



Umwelt- und Naturschutzpolitik als Gesellschaftspolitik

—

Konzepte und zukünftige Herausforderungen

(Bestandsaufnahme der laufenden Diskussionen, vorliegenden Konzepte und Darstellung zukünftiger Herausforderungen in den Themenfeldern Aktivierung zivilgesellschaftlichen Engagements, Gesellschaft gestaltende Wirkung von Umwelt- und Naturschutzpolitik, sowie Umweltpolitik und Fairness)

Abschlussbericht

Vorhaben FKZ UM 13 17 936

Vergabenummer 651/2013

Laufzeit: 1.11.2013 – 31.05.2015

Bearbeiterinnen und Bearbeiter

Prof. Dr. Dr. Martina Schäfer (ZTG), Projektleitung

Dr. Carsten Mann (ZTG)

Prof. Dr. Jana Rückert-John (ZTG, derzeit Hochschule Fulda)

Dipl.-Volkswirt Ulrich Petschow (IÖW)

Dr. Eugen Pissarskoi, M.A. (IÖW)

Dipl.-Pol. Thomas Vogelpohl (IÖW)

Kurzbeschreibung

Zwischen Umweltpolitik und Gesellschaftspolitik besteht ein enger Zusammenhang. Jede umweltpolitische Maßnahme soll zum gesellschaftlichen Wohlergehen beitragen und hat gesellschaftliche Folgen – dies gilt sowohl für vollzogene als auch für unterlassene Umweltmaßnahmen. Hauptziel dieses Projekts war es, einen Verständigungs- und Diskussionsprozess über Umweltpolitik und gesellschaftliche Wirkungen anzustoßen und zu moderieren. Hierfür wurde zunächst als gemeinsame Verständigungsgrundlage erarbeitet, was eine Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik kennzeichnet und welche Herausforderungen hiermit verbunden sind. Konkretisiert in Form von sieben Thesen wurden zwei umweltpolitische Programme, das Ressourceneffizienzprogramm ProgRess und das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020, exemplarisch analysiert. Die Ergebnisse wurden in insgesamt vier Fachgesprächen und zwei Informationsveranstaltungen vorgestellt und mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundesumweltministeriums und der nachgeordneten Behörden diskutiert. In diesem Prozess konnten zahlreiche gute Beispiele wie auch Hemmnisse einer Umweltpolitik im Wandel identifiziert und Implikationen für die umweltpolitische Praxis abgeleitet werden. Diese werden systematisch anhand der drei Themenfelder „Gesellschaftliche Wirkung von Umweltpolitik“, „Zivilgesellschaftliches Engagement, Beteiligung und Umwelthandeln“ sowie Fragen der „Fairness und Gerechtigkeit“ in diesem Bericht dargestellt und reflektiert. Abschließend werden Unterstützungsbedarfe und -erwartungen für den andauernden Prozess der Entwicklung in Richtung einer transformativen integrativen Umweltpolitik benannt.

Abstract

Environmental policy is closely linked to societal issues and social policy concerns. On the one hand environmental policy is supposed to contribute towards societal well-being. On the other hand, both its implementation as well as lacking implementation, go along with manifold social impacts. The main objective of this project was to initiate and moderate a process of mutual understanding regarding the various socio-environmental interactions and impacts of environmental policy. In the first phase of the project, a conceptual framework for characterising societally embedded environmental policy approaches was developed, resulting in seven central hypotheses. This framework served for the analysis of two environmental policy programs: the resource efficiency program `ProgRess` and the climate mitigation program `Aktionsprogramm Klimaschutz 2020`. The results of this analysis were presented and discussed in four expert workshops and two transfer meetings with representatives of different departments of the German environmental administration. In close exchange with the participants it was able to identify a broad range of good practices but also barriers for taking up a transformative environmental policy approach. The implications for future environmental policy practice are presented in this report structured along three thematic clusters `Social impacts of environmental policy`, `Civil society engagement, participation and environmental action` as well as issues of `Fairness and justice`. The report closes with suggestions for measures which support the transformation towards an integrative environmental policy which is able to take up future challenges.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	5
2	Kennzeichnung einer Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik	7
2.1	Zugang über Themenfelder	7
2.1.1	Das Themenfeld „Gesellschaftliche Wirkung von Umweltpolitik“	7
2.1.2	Das Themenfeld „Zivilgesellschaftliches Engagement, Beteiligung und Umwelthandeln“	7
2.1.3	Das Themenfeld „Fairness und Gerechtigkeit“	8
2.2	Zugang über Spannungsfelder	8
2.2.1	Das Spannungsfeld „Umweltschutz und Demokratie“	8
2.2.2	Das Spannungsfeld „Kultureller Wandel“	9
2.2.3	Das Spannungsfeld „Individuelle Chancen und gesellschaftliche Hemmnisse“	9
3	Konkretisierung einer Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik: Sieben Thesen	10
3.1	These 1: Gesellschaftliche Diskurse erkennen und nutzen	12
3.2	These 2: Gesellschaftliche Beteiligung ermöglichen	14
3.3	These 3: Soziale Innovationen als potentielle Lösungsansätze erkennen	16
3.4	These 4: Die Bandbreite umweltpolitischer Maßnahmen nutzen	18
3.5	These 5: Normative Belange in Aushandlungsprozessen berücksichtigen	19
3.6	These 6: Fairness als kulturellen Wert in Entscheidungen stärken	21
3.7	These 7: Ungerechtigkeiten verringern und Lebensqualität befördern	22
4	Ergebnisse aus den Fachgesprächen	24
4.1	Gesellschaftliche Wirkung von Umweltpolitik	25
4.2	Zivilgesellschaftliches Engagement, Beteiligung und Umwelthandeln	26
4.3	Fairness und Gerechtigkeit	29
5	Potenziale und Herausforderungen einer Umweltpolitik im Wandel	31
5.1	Gute Beispiele einer gesellschaftlichen Orientierung von Umweltpolitik	31
5.2	Herausforderungen und Barrieren einer transformativen Umweltpolitik	32
5.3	Übergreifendes Ergebnis des Diskussionsprozesses	33
5.4	Was ergibt sich für die behördliche Praxis der Umweltpolitik? Ein Ausblick	35
6	Quellenverzeichnis	36
7	Appendix	40
7.1	Anhang A: Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik: Ein Überblick	41
7.2	Anhang B: Materialien zum Fachgespräch „Ressourcenschutz“	44
7.3	Anhang C: Materialien zum Fachgespräch „Klimaschutz“	58

7.4	Anhang D: Materialien zum Fachgespräch „Gerechtigkeit in der Umwelt- und Naturschutzpolitik“	72
-----	--	----

1 Einleitung

Die im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte diskutierten gravierenden Umweltprobleme, wie Klimawandel und Ressourcenverschwendung, stellen moderne Gesellschaften vor enorme Herausforderungen. Die Bewältigung der Probleme erfordert tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen, die auch das Selbst- und Rollenverständnis von Umweltpolitik berührt. Die Veränderungsnotwendigkeiten übersteigen die Reichweite herkömmlicher Umweltpolitik bei Weitem: Umweltpolitik – auch unterlassene – wird zwangsläufig zur Gesellschaftspolitik. Jede umweltpolitische Maßnahme hat unmittelbare gesellschaftspolitische Folgen, gerade mit Blick auf die Verteilungswirkung von Belastungen und Entlastungen gesellschaftlicher Gruppen (Diefenbacher et al. 2014), aber auch in Bezug auf Gestaltungs-, Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten im persönlichen Lebensumfeld. Häufig ist Umweltpolitik nicht mit sofort spürbaren Konsequenzen für die Gesundheit und Lebensqualität von Menschen verbunden, sondern sie wirkt sich auf die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen aus. Dies wird insbesondere dann deutlich, wenn die zunehmenden und dramatischer werdenden Wirkungen einer unterlassenen Umweltpolitik und die mit der Bewältigung dieser Herausforderungen notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen in Betracht gezogen werden. Globale Probleme wie Klimawandel, Verlust der Artenvielfalt und deren gesellschaftliche Ursachen, die in Lebensstilen und Produktionsweisen zu suchen sind, die auf einem nicht-nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen basieren, gefährden die Wirtschaftsentwicklung, Gesundheit, Lebensqualität und den sozialen Frieden. Sich dieser Probleme ernsthaft anzunehmen, erfordert mehr als die Entwicklung geeigneter Zukunftstechnologien und effizienterer Wirtschaftsformen, sondern neue Wohlstandsmodelle unter Berücksichtigung von Fragen der Gerechtigkeit, der Partizipation und demokratischer Entscheidungsfindung (Hauff 1987; UNCED 1992). Die Bewältigung globaler Umweltprobleme macht eine umfassende integrative und gesamtgesellschaftliche Anstrengung notwendig, die Umwelt- und Naturschutzpolitik (im Folgenden: Umweltpolitik) in Deutschland wie anderswo in der Welt berührt.

Bereits in den 1970er Jahren wurde das Integrationsprinzip als eines der zentralen Prinzipien propagiert, das Umweltpolitik als eine Querschnittsaufgabe definiert (Simonis 2006). Umweltpolitik wirkt in eine Vielzahl von Politikfeldern hinein, wie Energie, Mobilität, Wohnen und Ernährung, und entfaltet hierdurch vielfältige gesellschaftliche Wirkungen. Sie ist Motor für Innovation und Beschäftigung, Treiber gesellschaftlicher Entwicklungen und Modernisierung und beeinflusst die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und in anderen Ländern, heute lebender und zukünftiger Generationen. In ihrer Funktion als einer verantwortungsbewussten, integrativen Gestaltungskraft ergibt sich für die Umweltpolitik seit jeher ein gesellschaftlich eng verbundener Anspruch. Zur Bewältigung von Umweltproblemen sind auch sozialwissenschaftliche und gesellschaftspolitische Fragestellungen relevant, denn ein nachhaltiger Umgang mit dem Schutzgut Umwelt umfasst einen Wandel von Konsumgewohnheiten, Alltagsroutinen und Wertorientierungen. Die gesellschaftliche Debatte über die Gerechtigkeit umweltpolitischer Maßnahmen (Beispiel Energiepreise), das Einfordern der Zivilgesellschaft von mehr Mitsprachemöglichkeiten und die Einsicht in die Grenzen technischer Lösungen machen den Bedarf deutlich, sich der Fragen „rund um den Faktor Mensch“ stärker anzunehmen, weitere Verbündete der Umweltpolitik zu suchen und neue Allianzen zu bilden.

Vor diesem Hintergrund ist eine zentrale Frage, wie dieser Herausforderung einer stärkeren Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen Umwelt und Gesellschaft systematisch begegnet werden kann. Dabei geht es beispielsweise darum, wie der Gestaltungswille und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, die letztlich von den Wirkungen von Umweltpolitik betroffen sind, für die Übernahme von Zukunftsverantwortung genutzt werden können und welche Handlungsoptionen sich durch gesellschaftliche Experimentier-, Lern- und Gestaltungsprozesse ergeben, um die

von Deutschland ausgehende Inanspruchnahme der globalen Umwelt stärker als bisher in den Blick zu nehmen und nicht-nachhaltige Pfadabhängigkeiten zu verlassen.

Die Einsicht, dass ein derartiger gesellschaftlicher Such- und Lernprozess notwendig ist, ist unter umweltpolitischen Akteuren recht weit verbreitet. Für eine Perspektivenerweiterung und Gestaltung von Umweltpolitik als bewusste Gesellschaftspolitik bietet der vom WBGU (2011) angestoßene Transformationsdiskurs eine wichtige Orientierung – vor allem die Idee eines „neuen Gesellschaftsvertrags“, der einen fundamentalen Kulturwandel beinhaltet. Das Ziel einer „großen Transformation“ ist es, Konzepte für neue Wohlfahrtsmodelle gesellschaftspolitisch so zu verankern, dass sie sich innerhalb der Grenzen der planetaren ökologischen Tragfähigkeit bewegen. Dies erfordert einen Wandel nahezu aller gesellschaftlichen Bereiche, deren Institutionen und Akteure. Ein gesellschaftlicher Wandel in Richtung nachhaltiger Entwicklung kann somit nicht „top-down“ vorgeschrieben und umgesetzt, sondern muss „bottom-up“ von vielfältigen gesellschaftlichen Akteuren getragen werden. Es geht um die Initiierung und Koordination eines „kooperativen Prozesses gemeinsamer gesellschaftlicher Zukunftsbewältigung“ (Wehrspau 2012; S. 38). Weitere Impulse für die Notwendigkeit einer stärker partizipativen Politikgestaltung ergeben sich aus Ansätzen der Verwaltungsmodernisierung im Sinne von „open government“ (Interaktionsfähigkeit von Staat und Zivilgesellschaft) und Politik 2.0 (Wintermann/Bildesheim 2013). Insofern ist der Ansatz, Umweltpolitik stärker als Gesellschaftspolitik zu verstehen, nicht allein inhaltlich gerahmt, sondern Teil der generellen Reformbemühungen der öffentlichen Verwaltung in Deutschland. Aber die Entscheidung, welcher Weg von der Einsicht zur Umsetzung einzuschlagen ist, erfordert die Klärung unzähliger Fragen, darunter auch, welche Rolle die Umweltpolitik innerhalb dieses gesellschaftlichen Such- und Lernprozesses spielen kann.

Das vom BMUB geförderte Vorhaben „Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik – Konzepte und zukünftige Herausforderungen“ greift diese Herausforderungen auf und möchte einen Beitrag zu einer integrierten, transformativen Umweltpolitik leisten. Hierfür wurde zunächst eine gemeinsame Verständigungsgrundlage erarbeitet, was eine Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik kennzeichnet und welche Herausforderungen hiermit verbunden sind. Konkretisiert in Form von sieben Thesen wurden daraufhin zwei umweltpolitische Programme exemplarisch analysiert und die Ergebnisse in insgesamt vier Fachgesprächen und zwei Informationsveranstaltungen vorgestellt und mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundesumweltministeriums und der nachgeordneten Behörden diskutiert. Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurden gute Beispiele wie auch Hemmnisse identifiziert und Implikationen für die umweltpolitische Praxis abgeleitet. Das Projekt versteht sich als Teil eines andauernden Prozesses, um die Umweltpolitik für die Herausforderungen des gesellschaftlichen Transformationsprozesses in Richtung Nachhaltigkeit besser aufzustellen.

Dieser Bericht soll eine Diskussionsgrundlage schaffen und dazu einladen, ein gemeinsames gesellschaftspolitisches Verständnis von Umweltpolitik, ihrer Aufgaben und möglicher geeigneter Ansätze zur Ausschöpfung von Synergien zu entwickeln. Er reflektiert den Verlauf des Projekts und zeigt auf, was ein gesellschaftspolitisch ausgerichtetes Verständnis von Umweltpolitik für die zukünftige politische Arbeit bedeuten könnte. Der Bericht ist chronologisch, dem Projektverlauf entsprechend, aufgebaut. Kapitel 2 dient zunächst dazu, Themen- und Spannungsfelder einer als Gesellschaftspolitik verstandenen Umweltpolitik darzustellen. Jedes Themen- und Spannungsfeld birgt dabei seine besonderen Herausforderungen. Deren Schnittmengen ermöglichen die Formulierung von sieben Thesen für eine Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik (Kapitel 3). Auf Basis dieser Thesen wurden zwei umweltpolitische Programme (ProgRess und die Klimaschutzstrategie 2020) exemplarisch auf ihre gesellschaftspolitische Ausrichtung hin analysiert und die Anregungen in Form von zwei Fachgesprächen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der entsprechenden Abteilungen im BMUB, UBA und BfN diskutiert. Zwei weitere Fachgespräche wurden zu den Themen „Gerechtigkeit in der Umwelt- und Naturschutzpolitik“ und der Reflektion des Projektverlaufs durchgeführt. Kapitel 4 fasst die Ergebnisse aus den Fachgesprächen der identifizierten Potenziale

und Hemmnisse einer Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik zusammen. Im abschließenden Kapitel 5 werden die bisherige Umsetzung und - mit Blick auf die Zukunft – Potenziale einer zukünftigen stärkeren Beachtung gesellschaftlicher Aspekte in der umweltpolitischen Arbeit diskutiert.

2 Kennzeichnung einer Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik

Der Zugang zu einer Perspektive auf Umweltpolitik, die verstärkt als Gesellschaftspolitik verstanden wird, erfolgt durch das Aufspannen von drei Themenfeldern und drei Spannungsfeldern (vgl. Tabelle 1 „Thesen im Überblick“, Kap. 3), die den gesellschaftlichen Kontext und Handlungsrahmen von Umweltpolitik charakterisieren. Wahl und Ausgestaltung der Themen- und Spannungsfelder sind das Ergebnis eines Abstimmungsprozesses mit dem auftraggebenden BMUB. Sie erlauben ein systematisches Vorgehen bei der Identifikation von Herausforderungen, mit denen Umweltpolitik im Zuge einer stärkeren Gesellschaftsorientierung konfrontiert ist.

2.1 Zugang über Themenfelder

Die Erweiterung der Perspektive von Umweltpolitik lässt sich mithilfe von drei zentralen Themenfeldern skizzieren. Es geht zum einen darum, inwiefern gesellschaftliche Diskurse von Umweltpolitik aufgegriffen werden und welchen Stellenwert Politikintegration hat (Kapitel 2.1.1). Zum anderen prägen Forderungen nach zivilgesellschaftlichem Engagement, der Beteiligung und partizipativen Gestaltung umweltpolitischer Prozesse und die Eruiierung ihrer Auswirkungen für das Umwelthandeln die umweltpolitische Arena (Kapitel 2.1.2). Ferner geht es um Fragen, wie Aspekte von Fairness und Gerechtigkeit in umweltpolitischen Entscheidungen Berücksichtigung finden (Kapitel 2.2.3). Diese Themenfelder stehen nicht isoliert voneinander, sondern sind in gesellschaftliche Diskussionen eingebettet, in denen Spannungen und Widersprüche zu Tage treten können und spezifische Herausforderungen für die Umweltpolitik darstellen. Bei den gewählten Themenfeldern kann die Umweltpolitik bereits auf langjährige wissenschaftliche und politische Auseinandersetzungen zurückgreifen, weswegen sie nachfolgend nur kurz skizziert werden.

2.1.1 Das Themenfeld „Gesellschaftliche Wirkung von Umweltpolitik“

Für eine Umweltpolitik, die sich verstärkt als Gesellschaftspolitik versteht, ist es von zentraler Bedeutung, dass sie gesellschaftliche Diskurse beobachtet und in Hinblick auf eigene Fragestellungen reflektiert. Eine aufmerksame Beobachtung und Analyse sowohl der Problemdimensionen als auch der damit verbundenen gesellschaftlichen Alternativen ermöglicht es der Umweltpolitik, ihre eigenen programmatischen Ziele und Aufgaben an aktuelle gesellschaftliche Diskurse anzuschließen und Problembeschreibungen, Argumentationen und Lösungsansätze aufeinander zu beziehen. Das Ziel ist hierbei die Integration unterschiedlicher Fachpolitiken (Politikintegration).

2.1.2 Das Themenfeld „Zivilgesellschaftliches Engagement, Beteiligung und Umwelthandeln“

Ein zentrales Themenfeld bilden das zivilgesellschaftliche Engagement sowie erweiterte Möglichkeiten der Beteiligung als Impulse der Erneuerung. „Good Governance“ umfasst, den anzustrebenden Kulturwandel für eine nachhaltige Gesellschaftstransformation nicht als Verordnung „von oben“ zu verstehen, sondern als kooperativen und partizipativen Prozess gemeinsamer gesellschaftlicher Zukunftsgestaltung. Eine aktive Rolle der Bürgerinnen und Bürger ist hierbei unerlässlich. Eine Transformation in Richtung Nachhaltigkeit erfordert zudem verändertes Alltagshandeln. Umweltpolitik kommt hierbei die Aufgabe zu, sich für ermöglichende Strukturen einzusetzen und entsprechende soziale Innovationen zu unterstützen.

2.1.3 Das Themenfeld „Fairness und Gerechtigkeit“

Das dritte zentrale Themenfeld nimmt das Thema Fairness und Gerechtigkeit in den Blick. Umweltpolitische (auch unterlassene) Maßnahmen haben einerseits finanzielle Lasten und Nutzen und andererseits nicht-finanzielle Wirkungen in Form der Bereitstellung oder Verknappung von Umweltleistungen, von denen verschiedene soziale Gruppen in unterschiedlichem Maße betroffen sind. Hierbei geht es für die Umweltpolitik darum, diese unterschiedlichen Verteilungswirkungen sichtbar zu machen und zu beurteilen. Zudem sollte Umweltpolitik reflektieren, wie bei der Entwicklung und Gestaltung von Maßnahmen grundlegende Prinzipien der Gerechtigkeit eingehalten werden können.

2.2 Zugang über Spannungsfelder

Die Diskussion um und innerhalb von Umweltpolitik ist ferner von drei zentralen Spannungsfeldern geprägt: Es geht um grundlegende Fragen, wie weit umweltpolitische Maßnahmen Einfluss auf die individuelle Lebensgestaltung der Menschen nehmen dürfen und müssen (Spannungsfeld Demokratie), und um Möglichkeiten, im Zuge der dynamischen und permanent stattfindenden Gesellschaftsentwicklungen den kulturellen Wandel zu gestalten (Spannungsfeld kultureller Wandel) sowie um das Spannungsfeld zwischen individueller Verantwortung für Verhaltensentscheidungen und den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die diese Entscheidungen fördern oder behindern können (Spannungsfeld Individuelle Chancen/ gesellschaftliche Hemmnisse). Die Spannungsfelder sind mit spezifischen Herausforderungen an die Politikgestaltung verbunden.

2.2.1 Das Spannungsfeld „Umweltschutz und Demokratie“

Umweltpolitik ist mit der Herausforderung konfrontiert, dass ihre Entscheidungen auch auf die Bedürfnisse der modernen Gesellschaft reagieren und gleichzeitig auf diese einwirken und sie verändern. So erfordert beispielsweise der globale Klimawandel oder der nicht-nachhaltige Umgang mit natürlichen Ressourcen auch eine Veränderung der Lebensgewohnheiten der Menschen und damit weitreichende gesellschaftliche Veränderungen, sowohl materiell als auch kulturell. Solche gesellschaftlichen Transformationsprozesse erweisen sich aufgrund von Verteilungs- und Zielkonflikten als große Herausforderung für demokratisch verfasste Gesellschaften. Ein Wandel zu nachhaltigen Verhaltens- und Konsumgewohnheiten ist gesellschaftlich häufig nicht populär, lässt sich schwer durchsetzen, ist mit Unsicherheiten verbunden und kann die Skepsis gegenüber umweltpolitischen Entscheidungen erhöhen. Gleichwohl werden mit zunehmender Übernutzung der natürlichen Ressourcen die Spielräume zur demokratischen Entwicklung neuer Vorstellungen von Lebensqualität und Wohlstand immer geringer, sowohl was die Bandbreite an möglichen Handlungsoptionen betrifft als auch die gebotene Dringlichkeit des Handelns. Die erforderlichen gesellschaftlichen Veränderungen, beispielsweise bezogen auf die Ressourcennutzung als auch auf kulturelle Modelle der Lebensweisen und damit einhergehenden Verteilungswirkungen, machen einen demokratisch gestalteten Transformationsprozess in Richtung Nachhaltigkeit zu einer anspruchsvollen und komplexen Aufgabe.

Entscheidungen zur Zukunftsgestaltung im Rahmen einer gesellschaftlichen Transformation machen permanente Aushandlungsprozesse, insbesondere auch über gesellschaftliche Zumutungen, die sich durch Einschränkungen ergeben, notwendig. Eine Möglichkeit, um auf diese Herausforderungen zu reagieren, stellen Mitwirkungsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft dar, die Möglichkeiten zur Teilhabe an Zukunftsverantwortungen eröffnen. Der WBGU stellt in diesem Zusammenhang die Frage, ob und wie das jetzige politische System zu einer kooperativen und deliberativen Demokratie transformiert werden kann (vgl. WBGU 2011). Die speziellen Herausforderungen, die mit einer partizipativen Politikgestaltung und der Etablierung einer gesellschaftlichen Beteiligungskultur verbunden sind, werden in Kapitel 3.1 vertiefend behandelt. Umweltpolitik, ist mit der Her-

ausforderung einer partizipativen Politikgestaltung konfrontiert, aber hat auch besonders gute Möglichkeiten, mit ihren Maßnahmen die Demokratie zu beleben.

2.2.2 Das Spannungsfeld „Kultureller Wandel“

Um die Herausforderungen der sozial-ökologischen Erneuerung zu meistern, ist ein umfassender Wandel von Lebens- und Konsumgewohnheiten erforderlich, d. h. veränderte gesellschaftliche Normen und Werte eines guten Lebens, das nicht auf Kosten heutiger und zukünftiger Generationen basiert. Doch wie diese Veränderungen genau aussehen müssen, ist mit Unsicherheiten, Risiken, Ambivalenzen und Nichtwissen verbunden. Das erschwert die Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten auf den kulturellen Wandel, der ohnehin stattfindet, möglicherweise aber nicht in Richtung Nachhaltigkeit und sozial-ökologischer Erneuerung. Kultureller Wandel ist kein umweltpolitischer Selbstläufer: die sich infolge kulturellen Wandels ändernden Handlungsweisen können positive wie negative Umweltfolgen nach sich ziehen. Welche gesellschaftlichen Akteure von den Konsequenzen kulturellen Wandels profitieren und welche benachteiligt werden, ist nicht allgemein zu beantworten, sondern muss stets im Einzelfall überprüft werden. Die Herausforderung für Umweltpolitik besteht darin, herauszufinden, welche Einflussmöglichkeiten sie auf den ohnehin stattfindenden kulturellen Wandel hat, um nachhaltige Entwicklung so zu gestalten, dass möglichst alle, auch benachteiligte soziale Gruppen, davon profitieren. Ein solcher Wandel erfolgt nicht von heute auf morgen. Stattdessen müssen neue Lebensstile und Konsumpraktiken experimentell erprobt, evaluiert und gefördert werden.

Vor allem sozialen Innovationen wird in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zugesprochen. Sie stellen als Erneuerungen von Lebensformen und Alltagskulturen der Menschen, aber auch als neue Formen der Bürgerbeteiligung und zivilgesellschaftlichem Engagement ein wichtiges Potenzial für die große gesellschaftliche Transformation dar (WBGU 2011). Soziale Innovationen geben nicht nur Impulse in die Gesellschaft, sondern aktivieren auch Bürgerinnen und Bürger, weil sie das Potenzial haben, konkrete an ihren Alltag angepasste Nachhaltigkeitslösungen vor Ort anzubieten. Sie stellen somit ein Muster für die Initiierung und Beeinflussung für Transformationsprozesse dar, da mit ihnen auch der gesellschaftliche Umgang mit Risiken, Widersprüchen und Nichtwissen erprobt werden kann und gesellschaftliche Lernprozesse initiiert werden können. Soziale Innovationen vervielfachen die Handlungsmöglichkeiten und erleichtern dadurch die Möglichkeiten nachhaltigen Handelns. Außerdem erhöhen sie durch die Flexibilisierung der Handlungsmöglichkeiten die Resilienz einer Gesellschaft in Krisensituationen und im Umgang mit Unsicherheiten.

2.2.3 Das Spannungsfeld „Individuelle Chancen und gesellschaftliche Hemmnisse“

Um das Ziel einer nachhaltigeren Gesellschaft zu erreichen, sind umfassende Verhaltensänderungen der Bevölkerung, insbesondere beim Konsumverhalten und dem persönlichen Engagement erforderlich. Generell wird für Deutschland zwar ein hohes Umwelt- und Naturbewusstsein festgestellt, zugleich hapert es aber unverändert an der Umsetzung im Alltagshandeln (z. B. Kuckartz/Rheingans-Heintze 2006). Dies kann damit erklärt werden, dass individuelles Handeln eingebettet ist in gesellschaftliche Strukturen, die umweltgerechtes Handeln ermöglichen oder hemmen können. Im Bereich der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung wurden in den letzten Jahrzehnten vielfältige Erkenntnisse zur Lücke zwischen Umweltbewusstsein und Umwelthandeln gewonnen (Brand 2011, Groß 2011, Huber 2011, Warde 2005, Spargaaren 2004, Diekmann/Preisendörfer 2001). Dabei ist auffällig, dass die umweltgerechten Praktiken eher bereichsbezogen und inkonsistent sind (Patchwork Charakter), weil strukturelle Barrieren die Alltagstauglichkeit behindern, wie etwa umgekehrte Preisstimuli, Versorgungsengpässe, ungenügende Infrastruktur, sowie entgegengesetzte Werte und Normen, wie sie z.B. durch die Werbeindustrie vermittelt werden (Brand 2011). Die sozialwissenschaftliche Umweltforschung konnte zeigen, dass ein

umwelt- und naturschutzgerechtes Verhalten zudem milieuspezifische Unterschiede aufweist, d. h. dass Bürgerinnen und Bürger prekärer Milieus, die mit geringeren finanziellen und kulturellen Ressourcen ausgestattet sind, hinsichtlich ihrer Verhaltensmöglichkeiten und Veränderungschancen benachteiligt sind (BMU/UBA 2013), und gleichzeitig aufgrund ihrer stark begrenzten Ressourcen häufig unfreiwillig einen geringeren Umweltverbrauch aufweisen.

Ein Verständnis der komplexen Zusammenhänge zwischen Strukturen, Wissen, Können und Handeln bietet die Chance, neue Anknüpfungspunkte für eigene Strategien und Maßnahmen zu entdecken, um Ermöglichungs- und Gelegenheitsstrukturen für eine nachhaltige Befriedigung von Bedürfnissen und entsprechende Alltagspraktiken zu schaffen.

3 Konkretisierung einer Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik: Sieben Thesen

In einem nächsten Projektschritt wurden die drei zuvor skizzierten Themenfelder (Gesellschaftliche Wirkung, Zivilgesellschaftliches Engagement/Beteiligung/Umwelthandeln; Fairness und Gerechtigkeit) und die drei Spannungsfelder (Demokratie, kultureller Wandel und individuelle Chancen/ gesellschaftliche Hemmnisse) zueinander in Beziehung gesetzt und die sich ergebenden Herausforderungen in Form von sieben Thesen konkretisiert. Die Thesen dienen im weiteren Projektverlauf als ein Analyseraster, mit dem Fachpolitiken aus den Bereichen Ressourcenschutz und Klimaschutz untersucht und die Ergebnisse in den Fachgesprächen strukturiert werden konnten.

Nachfolgend werden die Thesen und die mit ihnen verbundenen Herausforderungen für die Umweltpolitik detailliert beschrieben. Das Vorgehen ist dabei, dass zunächst A) die These begründet wird, bevor B) Facetten der These und Beispiele für die Herausforderungen beschrieben, und C) Wege zum Umgang mit den Herausforderungen exemplarisch aufgezeigt werden. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Thesen und ihren Bezug zu den drei Themen- und Spannungsfeldern wieder. Ihre zum Teil enge thematische Verschneidung verdeutlicht, dass sie sich klarer einzelnen Themenfeldern zuordnen lassen, wohingegen die Spannungsfelder quer zu ihnen liegen.

Tabelle 1: Thesen im Überblick

Themenfelder / Spannungsfelder	Gesellschaftliche Diskurse und Synergien für Umweltpolitik	Gesellschaftliches Engagement/Beteiligung, Umwelthandeln	Fairness und Gerechtigkeit
Demokratie	Umweltpolitik sollte gesellschaftliche Diskurse stärker als Chance erkennen und nutzen, um sich in laufende Transformationsprozesse und Diskussionen einbringen zu können (Politikintegration). (These 1)	Vor dem Hintergrund eines erweiterten Demokratieverständnisses ergibt sich für Umweltpolitik die Herausforderung, eine breite gesellschaftliche Beteiligung zu ermöglichen und diese in politische Prozesse der Strategie- und Maßnahmenentwicklung einzubetten. (These 2)	Eine Herausforderung der Umweltpolitik liegt darin, normative Belange sowohl von allen heute und in der Zukunft lebenden Menschen sowie der nicht-menschlichen Umwelt in demokratischen Aushandlungsprozessen angemessen zu berücksichtigen. (These 5)
Kultureller Wandel		Soziale Innovationen für Nachhaltigkeit und Klimaschutz sind für eine gesellschaftspolitisch orientierte Umweltpolitik von besonderer Bedeutung, da sie gesellschaftliche Probleme und Wege zu ihrer Lösung aufzeigen und zu einer breiten Diffusion nachhaltiger Normen und Lebensstile beitragen. (These 3)	Umweltpolitik kann mit seinen Maßnahmen zeigen, dass Fairness ein kultureller Wert ist, den es lohnt durch integratives Politikverständnis und im eigenen Alltag zu stärken. (These 6)
Individuelle Chancen/ gesellschaftliche Hemmnisse		Ausschließlich an Einstellungen und Wissen ausgerichtete umweltpolitische Maßnahmen zur Förderung von Umwelthandeln greifen zu kurz, da das Handeln der Bürgerinnen und Bürger in Alltagskontexte eingebettet ist, die umweltgerechtes Handeln unabhängig von entsprechenden Motiven ermöglichen oder verhindern können. (These 4)	Die Umweltpolitik steht vor der Herausforderung, bestehende Ungerechtigkeiten zu verringern, keine neuen entstehen zu lassen und die in ihr angelegten Chancen zur Erhöhung der individuellen Lebensqualität zu befördern und ökologisch gerechte Lebensweisen zu ermöglichen. (These 7)

Quelle: Eigene Darstellung

3.1 These 1: Gesellschaftliche Diskurse erkennen und nutzen

„Umweltpolitik sollte gesellschaftliche Diskurse stärker als Chance erkennen und nutzen, um sich in laufende Transformationsprozesse und Diskussionen einbringen zu können (Politikintegration).“

A) Begründung:

Umweltpolitik sollte aktuelle gesellschaftliche Diskurse – wie zur Postwachstumsgesellschaft und demografischem Wandel – als Chance erkennen und nutzen, um transformative Impulse in die Diskussionen einzubringen und diese ebenso aus den Debatten für ihre Arbeit aufzunehmen. Gesellschaftliche Diskurse sind Ausdruck gesellschaftlicher Krisen (wie zum Beispiel globale Finanzmarktkrise von 2009) und entsprechender Lösungs- und Gestaltungsvorschläge (Aderhold et al. 2014). Diskurse sind damit Anzeiger gesellschaftlichen Wandels, mit denen gesellschaftliche Verhältnisse (wie der steigende Energie- und Ressourcenverbrauch oder der anthropogen verursachte Klimawandel) durch verschiedene Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft problematisiert und alternative Lösungen diskutiert (z. B. alternative Wohlstandsindikatoren zum BIP) oder auch experimentell durch sogenannte „Change Agents“ oder „Pioniere des Wandels“ ausprobiert werden (zum Beispiel durch Transition Town Initiativen, Ökodörfer oder auch Unternehmen). Gesellschaftliche Diskurse und Debatten haben damit das Potenzial, gesellschaftliche Praktiken und Routinen in Form von Normen und Werten (zum Beispiel das Postulat der Leistungsgesellschaft oder Fortschritt als gesellschaftliche Maxime) zu irritieren und in Frage zu stellen. Das kann einerseits zu Verunsicherungen bisher gewohnter Routinen führen, bietet andererseits aber auch Chancen für Prozesse gesellschaftlicher Neugestaltung und eines kulturellen Wandels (Rückert-John 2013).

Die wesentlichen Herausforderungen für die Umweltpolitik bestehen in diesem Prozess darin, diese Debatten (a) als ein umwelt- und naturschutzpolitisches Aufgaben- und Gestaltungsfeld zu erkennen und sich hierbei entsprechend einzubringen. Hiermit verbunden ist (b) eine ministeriums- und ressortübergreifende Zusammenarbeit, die als Integration unterschiedlicher politischer Fachperspektive zu verstehen ist. Herausforderungen lassen sich vor allem hinsichtlich des bisherigen Verständnisses (Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich) von Umweltpolitik (mit Blick auf a) und eines bislang eher üblichen Ressortdenkens im Rahmen einer funktional differenzierten Politik und Verwaltung (mit Blick auf b) ausmachen. Eine wesentliche Aufgabe besteht deshalb darin, dass Umweltpolitik nicht nur gesellschaftliche Transformation in der Gesellschaft mitgestaltet, sondern diesen hiermit verbundenen kulturellen Wandel auch auf sich selbst bezieht.

Eine sich so verstehende Umweltpolitik kann den Bürgerinnen und Bürgern eine Offenheit der Politik gegenüber aktuellen gesellschaftlichen Problemen und alternativen Lösungsvorschlägen signalisieren und so an gesellschaftlicher Bedeutung und Relevanz für den Alltag gewinnen. Damit erweist sich Umweltpolitik als innovativ in dem Sinne, dass sie gesellschaftliche Krisen und Probleme als Chancen für eine Neugestaltung und -ausrichtung ihrer Ziele und Aufgaben begreift. Umweltpolitik nimmt mit diesem erweiterten Verständnis den Charakter von Gesellschaftspolitik an.

B) Facetten der These und Beispiele für die Herausforderungen:

Gesellschaftliche Debatten, mit denen die Umweltpolitik sich bereits auseinandersetzt und die hier beispielhaft genannt werden können, sind die des demographischen Wandels und der Postwachstumsgesellschaft. In verschiedenen Diskussionen zum demografischen Wandel wird gerade Schrumpfung auch als Chance gesehen, die in umweltrelevanten Bereichen zu einer Entlastung – beispielsweise in Hinblick auf Flächen – führen können (Hollbach-Grömig et al. 2012). So entstehen zum Beispiel in (ländlichen) Räumen, wo es auch um Rückbau von Gebäuden und Verkehrsflächen geht, zusätzliche Freiflächen und Brachen, bei denen die Anliegen des Natur- und Umweltschutzes zukünftig stärker berücksichtigt werden sollten.

Ebenso betrifft das Konzepte der Nachnutzung von Siedlungs- und Industriebrachflächen, die in schrumpfenden städtischen Räumen verfügbar werden. In erster Linie bedeutet eine schrumpfende Bevölkerung aber vor allem einen erhöhten Problemdruck durch verminderte Einnahmen der Kommunen und das Erfordernis, unter diesen Bedingungen eine Daseinsvorsorge sicher zu stellen (ebda.). Hiermit verbunden sind mögliche Kostensteigerungen (z. B. im Bereich Abwasser, Ressourcen- und Energienutzung, Abfall), die auch unter der Perspektive ökologischer Gerechtigkeit reflektiert werden müssen. Eine weitere Herausforderung für die Umweltpolitik, die insbesondere die Entwicklungen des demografischen Wandels und des Klimawandels verbindet, besteht darin, bei entsprechenden Maßnahmen (wie der Deutschen Klimaanpassungsstrategien, DAS) die veränderte Altersstruktur der Bevölkerung zu berücksichtigen (ebda.). Das betrifft zum Beispiel auch die Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit der älteren Bevölkerung bei sommerlichen Hitzeperioden. Mit dem demografischen Wandel ist ebenso ein verändertes Verhalten der älter werdenden Bevölkerung verbunden, das von der Umweltpolitik bei politischen Maßnahmen und Planungen (z. B. Verkehrsplanung) berücksichtigt werden muss. Im Verkehrsbereich sind das beispielsweise folgende, zu erwartende Entwicklungen: weniger Wege, da die Zahl der Arbeitswege geringer wird, jedoch eine größere Anzahl von Personen mit Führerschein, eine steigende Motorisierung vor allem bei älteren Frauen und eine verlängerte „mobile Lebenszeit“ (ebda.). Eine weitere Herausforderung, mit der die Umweltpolitik im Zuge des demografischen Wandels konfrontiert ist, bezieht sich auf den Fachkräftemangel im Bereich des Natur- und Umweltschutzes (d. h. Pflege und Erhalt von Naturschutzflächen). Hier geht es vor allem um die Gewinnung weiterer Aktiver und der Stärkung bürgerschaftlichen Engagements (ebd.). Auch begegnen die Kommunen der Herausforderung des demografischen Wandels teilweise bereits mit Instrumenten, die gleichzeitig positive Umweltwirkungen mit sich bringen. Eine abgestimmte Strategieentwicklung erscheint daher als sehr sinnvoll.

Auch die Debatte um eine Postwachstumsgesellschaft und -ökonomie (Paech 2009a, 2009b, 2005), bietet verschiedene inhaltlich-thematische Anschlüsse für die Umweltpolitik. Mit Blick auf Ressourcenschutz und Ressourceneffizienz sind hierbei vor allem Subsistenzstrategien, wie Nutzungsdauerverlängerung von Produkten durch Instandhaltung/Reparatur oder auch Modularität und die Nutzungsintensivierung von Produkten (Nutzen statt Besitzen, z. B. Gemeinschaftsnutzung) von Bedeutung. Solche sozialen Innovationen nachhaltigen Konsums und weitere, die auf Formen der Selbstversorgung und Eigenproduktion zielen (z. B. Eigenarbeit, (urbane) Subsistenz, Community-Gärten, Tauschringe, Netzwerke der Nachbarschaftshilfe, Verschenkmärkte, Einrichtungen zur Gemeinschaftsnutzung von Geräten/Werkzeugen), sollten bei der Entwicklung umweltpolitischer Strategien und Maßnahmen stärker als bisher Berücksichtigung finden (Rückert-John et al. 2013). Eine weitere Herausforderung könnte für die Umweltpolitik auch darin bestehen, sich stärker mit den in der Debatte dargelegten Argumenten für Suffizienz (Verzicht oder Chance, Entschleunigung und Zeitsouveränität, Lebensqualität, „gutes Leben“, Glück) auseinanderzusetzen und sich hierbei zu fragen, inwieweit diese anschlussfähig und nutzbar für Strategien des Ressourcenschutzes und der Ressourceneffizienz sind. Auch hierbei sollte Umweltpolitik berücksichtigen, inwieweit Suffizienzstrategien Aspekte ökologischer Gerechtigkeit berühren und mit welchen Argumenten sozial benachteiligten Milieus Suffizienzstrategien vermittelt werden können. Voswinkel (2013) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Diskurse über die Krise des Sozialstaates bei geringerem oder Nullwachstum, und hiermit verbunden die (gefühlte) Gefahr des sozialen Abstiegs, bisher unabhängig von den Chancen der Postwachstumsdebatte geführt werden. Eine Zusammenführung der Diskurse erscheint im Hinblick auf eine integrierte Umweltpolitik sinnvoll.

In den Interviews wurde deutlich, dass diese gesellschaftlichen Debatten zum Postwachstum vor allem im Zusammenhang mit den Themen Ressourceneffizienz und -schutz bzw. der Fortentwicklung von ProgRes beobachtet und analysiert werden. Hierbei sind insbesondere die Ergebnisse

der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ von Bedeutung. In der Diskussion wurde gesagt, dass man sich der Postwachstumsdebatte stellen muss. Mit Blick auf den Bericht der Enquetekommission werden relevante Anknüpfungspunkte zum Beispiel hinsichtlich einer Nutzungsdauerverlängerung und Nutzungsintensivierung von Konsumgütern erkannt.

Neben der Beobachtung und Analyse aktueller gesellschaftlicher Debatten kann auch gezeigt werden, wie die Akteure des Umwelt- und Naturschutzes bereits mit den Herausforderungen der Politikintegration umgehen. Am Thema „Deichrückverlegung“ lässt sich das beispielhaft für das BfN illustrieren. Denn für den Erfolg derartiger Projekte kommt es auf eine Zusammenarbeit unterschiedlicher Politikressorts auf unterschiedlichen politischen Ebenen (Bund, Länder und Kommunen) sowie zivilgesellschaftlicher Akteure an. Ein weiteres Beispiel zeigt, wie das BfN aktuelle gesellschaftliche Veränderungen auch als Chancen für eine politische Gestaltung nutzt: Vor dem Hintergrund einer geringeren Verkehrsnutzung der Bundeswasserstraßen und auch neuer Organisationsstrukturen bei der Wasserstraßendirektion sehen die Akteure des BfN gegenwärtig ein Gelegenheitsfenster für gemeinsame Projekte. Hierbei sollen zukünftig bei nicht mehr benötigten Bundeswasserstraßen der Kategorie C im stärkeren Maße Aspekte des Naturschutzes Berücksichtigung finden. Das Beispiel macht eine Politikintegration in den Bereichen Naturschutz und Verkehr deutlich.

C) Wege zum Umgang mit den Herausforderungen:

Umweltpolitik sollte deshalb gesellschaftliche Diskurse und Debatten aufmerksam beobachten und sie als Ausdruck gesellschaftlicher Krisen reflektieren beziehungsweise sie auf ihre Anknüpfungspunkte für umweltpolitische Themen und eine nachhaltige Entwicklung analysieren (z. B. hinsichtlich gesellschaftlicher Problemlagen und Dimensionen sowie Implikationen; hiermit verbundene soziale Ungleichheiten). Sie sollte darüber hinaus die alternativen Lösungsvorschläge und die in diesem Zusammenhang sich gründenden Initiativen und Projekte beobachten und sie hinsichtlich ihres innovativen Potenzials für eine Gesellschaftstransformation analysieren (z. B. soziale Innovationen). Eine aufmerksame Beobachtung und Analyse sowohl der Problemdimensionen als auch der gesellschaftlichen Alternativen ermöglicht es der Umweltpolitik, ihre eigenen programmatischen Ziele und Aufgaben an die aktuellen gesellschaftlichen Diskurse und Debatten anzuschließen, d. h. Problembeschreibungen, Argumentationen und Lösungsansätze, aufeinander zu beziehen.

Umweltpolitik sollte diese Prozesse nicht nur beobachten und analysieren, sondern sich auch aktiv hierbei einbringen. Nur so ist es ihr möglich, Impulse in den Debatten und Diskursen zu setzen und den Transformationsprozess mitzugestalten. Damit verbunden ist die Bestimmung eines neuen Rollenverständnisses, denn Umweltpolitik würde sich in den Transformationsprozessen als ein gesellschaftlicher Akteur neben anderen begreifen. Mit diesem neuen bzw. erweiterten Rollen- und Aufgabenverständnis von Umweltpolitik ist es notwendig, neue strategische Allianzen und Partnerschaften (wie beispielsweise zwischen Umwelt- und Sozialpolitik) sowie thematische Synergien zu bestimmen (z. B. Verknüpfung nachhaltigen Konsums mit Argumenten wie Gewinn von Lebensqualität).

3.2 These 2: Gesellschaftliche Beteiligung ermöglichen

„Vor dem Hintergrund eines erweiterten Demokratieverständnisses ergibt sich für Umweltpolitik die Herausforderung, eine breite gesellschaftliche Beteiligung zu ermöglichen und diese in politische Prozesse der Strategie- und Maßnahmenentwicklung einzubetten.“

A) Begründung:

Zum einen hat die „große gesellschaftliche Transformation“ in Richtung Nachhaltigkeit eine stärkere öffentliche Beteiligung an politischen Prozessen im Sinne einer „good governance“ sowie politi-

scher und sozialer Nachhaltigkeit zum erklärten Ziel. Zum anderen ist eine Integration von Partizipation und Engagement in politische Prozesse notwendig, um gemeinsame Visionen und Zielsetzungen sowie geeignete Strategien zur Zielerreichung zu entwickeln (WBGU 2011). Darüber hinaus können Wissen, Kompetenzen und Bereitschaft für die notwendigen weitreichenden Veränderungen nur dann generiert und gefördert werden, wenn die gesamte Bandbreite an Akteurs- und Bevölkerungsgruppen an allen Schritten des Transformationsprozesses ausreichend beteiligt wird. Dies erscheint insbesondere deswegen geboten, da ein Umsteuern in Richtung Nachhaltigkeit die Lebensumwelten von Menschen auf vielfältige Art betrifft (Wehrspau/Schack 2013a) und Lebensqualität, Wohlbefinden sowie Alltagspraktiken beeinflusst. Beteiligung kann durch den Einbezug von Alltagswissen zum einen zu besseren, d. h. an Bedürfnisse und Gewohnheiten angepassten sowie letztendlich auch wirtschaftlich erfolgreicherer Maßnahmen führen (Reimold/Seefried 2013, Alcantara et al. 2014).

B) Facetten der These und Beispiele für die Herausforderungen:

Insbesondere bei politischen Strategien, Entscheidungen und Maßnahmen, die in die Umwelt und Alltagskontexte von Menschen eingreifen, laufen intransparente, Top-down-Maßnahmen Gefahr, wenig akzeptiert und angenommen zu werden, Protestreaktionen und Blockadehaltungen hervorzurufen und letztendlich in der Umsetzung zu scheitern (Flasbarth et al. 2012). Auf Basis eines breit angelegten Verständnisses von politischer Partizipation sollte Umweltpolitik vielfältige Formen von Beteiligung einbeziehen und sowohl proaktives zivilgesellschaftliches Engagement im Umwelt und Naturschutz als auch Proteste gegen eigene Maßnahmen als Wunsch nach Beteiligung wahrnehmen. Im Hinblick auf zivilgesellschaftliches Engagement besteht - insbesondere bei inhaltlichen und strategischen Parallelen zwischen Umweltpolitik und Engagementpraxis - die Chance, aber auch die Herausforderung, auf Engagierte und ihre Organisationen stärker zuzugehen und mit ihnen zu kooperieren. Bei Protestbewegungen ist die Umweltpolitik mit der Herausforderung konfrontiert, diese bereits frühzeitig zu erkennen und bereits zu einem Zeitpunkt in die Planungen einzubeziehen, zu dem ein Aufeinander-Zugehen noch möglich ist.

Generell stehen Umweltpolitik bei der Integration von Beteiligung in die Strategien- und Maßnahmenentwicklung vor der übergeordneten Herausforderung, bisherige Praktiken und existierende, institutionelle Strukturen und Ressortzuschnitte ein Stück weit zu durchbrechen, und mit bisweilen knappen Ressourcen (zeitlich, personell) finanziell haushalten zu müssen. Zudem müssen sie dabei in Kauf nehmen, dass eine Öffnung politischer Prozesse für Beteiligung und insbesondere ein Einbezug von Protestbewegungen bedeuten kann, dass bestimmte Maßnahmen nicht in ihrer ursprünglichen Planung umgesetzt werden können, sondern in gemeinsamen Lernprozessen Alternativen entwickelt werden müssen. Die derzeitige Situation der Bürgerbeteiligung - vor allem bei Großvorhaben - wird in dieser Hinsicht als reformbedürftig angesehen: Es werden häufig zu wenig Informationen zu den Beteiligungsmöglichkeiten vermittelt, Beteiligung setzt oft zu spät ein, verfehlt nicht selten die für die Betroffenen relevanten Themen und gibt ihnen häufig nicht ausreichend Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten (Flasbarth et al. 2012, BfS et al. 2013).

C) Wege zum Umgang mit den Herausforderungen:

Um die positiven Effekte von Partizipation und Engagement nutzen zu können, ist es sinnvoll, eine entsprechende Beteiligungskultur zu befördern. Auch hier ist es sinnvoll, zwischen verschiedenen Formen von Beteiligung zu unterscheiden. Mit Umwelt- und Naturschutzakteuren können strategische Bündnisse geschlossen werden, um Synergien zu entwickeln, und eine höhere Wirkung umweltpolitischer Ziele zu entfalten (z. B. Zusammenarbeit mit Bürgerenergie-Verbänden beim Ausbau dezentraler Energieversorgung mit erneuerbaren Energien; vgl. auch die Aktivitäten des Referates Klimaschutz zum Klimaschutzplan 2050). Umweltpolitik kann sich außerdem an den Inhalten und Strukturen des freiwilligen Engagements orientieren, um Einblicke in gesellschaftliche Trends und Stimmungslagen zu bekommen oder eigene Aktivitäten (wie Strategieplanung oder Beteili-

gungsverfahren) daran auszurichten. Im Falle konkreter Strategieplanung und Maßnahmenumsetzung ist eine frühzeitige Betrachtung möglicher Folgen sowie davon betroffener Gruppen nötig (wie bei der Erstellung von Lärmaktionsplan der Abteilung Verkehr/ Lärm des UBA), um diese in den Prozess einzubeziehen. In beiden Fällen ist die Befähigung zur Beteiligung – auch gesellschaftlich marginalisierter Gruppen – und das Gewähren entsprechender Entscheidungsspielräume geboten. Partizipation und Engagement wird nur dann ermöglicht, wenn entsprechende Ressourcen zur Verfügung stehen, eine zielgruppenorientierte Ansprache und Prozessgestaltung erfolgt und gesellschaftlich marginalisierte Gruppen berücksichtigt werden (Stock et al. 2013, Landua et al. 2013). Insbesondere letzteres ist relevant, um zu vermeiden, dass soziale Probleme und Ungerechtigkeiten trotz eines bottom-up-Ansatzes verschärft werden. Befähigung als Voraussetzung für die Teilhabe bedeutet auch, dass entsprechende Kompetenzen und Möglichkeiten für eine Beteiligung gefördert oder auch zunächst hergestellt werden müssen. Weiterhin ist es essentiell, reelle Mitspracherechte zu gewähren, indem Entscheidungsspielräume geschaffen und entsprechende Verantwortlichkeiten übertragen werden. Dies kann unter anderem durch die kontinuierliche Offenlegung der tatsächlichen Beteiligungs- und Mitspracherechte durch die Initiatoren von Beteiligungsprozessen geschehen (Ammermann 2013), die illusorischen Beteiligungsmotiven und Enttäuschungen vorbeugen. Dies ist deshalb von Bedeutung, da eine völlig offene Gestaltung aufgrund der Orientierung an normativen Nachhaltigkeitsprinzipien als grundlegender Zielrichtung von Prozessen nicht möglich ist.

Weiterhin ist es nicht nur für einen effizienten Prozessverlauf und den Erfolg der Beteiligung, sondern auch zur Erreichung von Nachhaltigkeitszielen wichtig, dass die Beteiligten nicht starr auf ihren Eigeninteressen beharren, sondern zu Aushandlung und Ausgleich bereit sind. Die Forschung zu Allmende-Dilemmata zeigt in diesem Zusammenhang, dass die Bereitschaft wächst, wenn durch eine hohe Transparenz sowohl von Prozessgestaltung als auch von den jeweiligen Interessen interpersonales und System-Vertrauen hergestellt wird (Ernst 2008). Hierdurch wird für die Beteiligten deutlich, dass es auch andere Perspektiven gibt und das Aushandlungsobjekt ein „Allmendegut“ ist, auf das auch andere Parteien einen Anspruch haben. Ein Leitbild für die Anregung von Perspektivenübernahme und die Förderung der Gemeinwohlorientierung kann der „Citoyen“ sein, der/die aktiv und eigenverantwortlich am Gemeinwesen beteiligte Bürgerinnen und Bürger.

3.3 These 3: Soziale Innovationen als potentielle Lösungsansätze erkennen

„Soziale Innovationen für Nachhaltigkeit und Klimaschutz sind für eine gesellschaftspolitisch orientierte Umweltpolitik von besonderer Bedeutung, da sie gesellschaftliche Probleme und Wege zu ihrer Lösung aufzeigen und zu einer breiten Diffusion nachhaltiger Normen und Lebensstile beitragen.“

A) Begründung:

Umweltprobleme und sozio-kulturelle Entwicklungen hängen eng zusammen (Wehrspau/Schack 2013b) genauso wie Umweltschutzmaßnahmen zur Verschärfung aber auch Bewältigung sozialer Probleme beitragen können (Stieß 2013). Mittlerweile ist es weitgehend Konsens, dass Ziele gesellschaftlicher Transformation in Richtung Nachhaltigkeit, wie die Dekarbonisierung von Produktions- und Versorgungssystemen, nicht allein über technische Lösungen erreicht werden können, sondern die Veränderung sozio-technischer Regimes und damit sozialer Praxis voraussetzen (Schwarz/Howaldt 2013, Kropp 2013). Solche gesellschaftlichen Wandlungsprozesse sind auf soziale Innovationen angewiesen (Rückert-John 2013, WBGU 2011). Soziale Innovationen, d. h. von Bürgerinnen und Bürgern, zivilgesellschaftlichen oder privatwirtschaftlichen Akteuren initiierte Prozesse zur Lösung wahrgenommener gesellschaftlicher Probleme und Missstände, können sowohl

als Folge als auch Treiber kulturellen Wandels verstanden werden. Sie deuten auf steigende Beteiligungs- und Mitgestaltungsbedürfnisse sowie wahrgenommene Problemlagen und Herausforderungen in der Gesellschaft hin und bieten gleichzeitig Lösungsmöglichkeiten an, die eng an alltäglichen Lebenswelten ansetzen.

B) Facetten der These und Beispiele für die Herausforderungen:

Um soziale Innovationen angemessen berücksichtigen zu können, sollte eine gesellschaftspolitisch ausgerichtete Umweltpolitik daher nahe an gesellschaftlichen Veränderungs- und Wandlungsprozessen agieren, um zum einen aus diesen zu lernen (welche Probleme scheinen auf oder werden angesprochen? Welche Lösungen werden gefordert/ formuliert?) und sie zum anderen je nach Inhalt und Zielrichtung gezielt anzuregen und zu unterstützen. Wie Untersuchungen zeigen, sind vor allem solche sozialen Innovationen umweltpolitisch relevant, die sich explizit oder implizit an Nachhaltigkeitsprinzipien ausrichten und das Potenzial haben, zu einer breiten Diffusion nachhaltiger Normen und Werte sowie suffizienter Lebensstile beizutragen. Soziale Innovationen können insgesamt die Handlungsoptionen verbreitern und Gesellschaften anpassungsfähiger in (noch nicht abzusehenden) Krisen machen und bessere Reaktionsmöglichkeiten auf Veränderungen schaffen.

Die Herausforderung ist dabei, diese Innovationen zunächst zu entdecken, mit den Initiatoren in einen Dialog zu treten und im nächsten Schritt effektive Möglichkeiten der Förderung zu entwickeln (Rückert-John et al. 2014). Eine Neuausrichtung der Umweltpolitik, die sich stärker an der Berücksichtigung und Förderung solcher sozialer Innovationen orientiert, steht vor der großen Herausforderung, auch einen Wandel der politischen Kultur zu vollziehen. Dazu gehört, diese Form des aktiven Engagements und der gesellschaftlichen Mitgestaltung durch umweltpolitisches Handeln stärker wertzuschätzen, indem man sich für ihre Inhalte und Praktiken interessiert, sich daran orientiert und sie fördert.

C) Wege zum Umgang mit den Herausforderungen:

Um umweltpolitisch relevante soziale Innovationen systematisch betrachten und fördern zu können, kann sich Umweltpolitik an entsprechender Forschung orientieren. Zu den im Sinne der Förderung von Nachhaltigkeit wichtigen Entwicklungen gehören unter anderem solche Innovationen, die eine effizientere Nutzung von Ressourcen ermöglichen wollen (z. B. Upcycling, Do-It-Yourself), eine Dekarbonisierung von Infrastrukturen anstreben (wie Bürgerwindparks) oder die nachhaltige Formen des Produzierens und Wirtschaftens entwickeln (wie Community Supported Agriculture). Berücksichtigungswert sind zudem solche Projekte, die die Verantwortungsübernahme und das soziale Engagement von Bürgerinnen und Bürgern stärken wollen (z. B. nachbarschaftliches Wohnen), Umweltbildung fördern (wie Urbanes Gärtnern) oder mit unterschiedlichen Formaten sozialer Innovationen experimentieren (z. B. living labs) (vgl. Rückert-John et al. 2013, Jaeger-Erben et al. 2014). Aus der Beobachtung und Begleitung solcher und ähnlicher sozialer Innovationen kann Politik lernen, wie Anreiz- und Ermöglichungsstrukturen für Engagement geschaffen werden können und Engagement langfristig aufrechterhalten wird. Hierzu gehört beispielsweise die Bereitstellung von Räumen, Flächen und Ressourcen, die Erleichterung von Genehmigungspraktiken (wie Ausnahmetatbestände, Experimentierklauseln) und der Transfer der Erfahrungen von sozialen Innovationen durch Vernetzungsangebote (vgl. Rückert-John et al. 2014). Eine Orientierung an den Inhalten, Praktiken und Formaten nachhaltigkeitsorientierter sozialer Innovationen kann Umweltpolitik dabei unterstützen, Innovationsprozesse intern und extern zu initiieren und zu gestalten. Innerhalb der eigenen institutionellen Praxis kann Umweltpolitik beispielsweise im Bereich Beschaffungswesen selbst zu einem strategischen Konsumenten werden, der Nachhaltigkeitskriterien oberste Priorität einräumt.

3.4 These 4: Die Bandbreite umweltpolitischer Maßnahmen nutzen

„Ausschließlich an Einstellungen und Wissen ausgerichtete umweltpolitische Maßnahmen zur Förderung von Umwelthandeln greifen zu kurz, da das Handeln der Bürgerinnen und Bürger in Alltagskontexte eingebettet ist, die nachhaltigeres Handeln unabhängig von entsprechenden Motiven ermöglichen bzw. verhindern können.“

A) Begründung:

Umwelt und menschliches Handeln sind eng und untrennbar miteinander verflochten (vgl. Steg et al. 2012). Menschliches Handeln verändert Umwelt in erheblichem Maße genauso wie der Zustand der Umwelt wiederum auf menschliches Erleben und Handeln zurück wirkt. Viele alltägliche Handlungen sind umweltrelevant, ohne dass dies den Menschen im Handlungsvollzug bewusst ist, sie handeln vor allem „alltagsrational“, d. h. gemäß der Bedürfnisse und Anforderungen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung (Di Giulio et al. 2011). Auch bei vorliegender Motivation scheitert nachhaltiges Handeln daher oftmals daran, dass nachhaltige Handlungsoptionen nicht alltagstauglich erscheinen. Sie passen nicht zu der bisherigen alltäglichen Lebensführung, die sich in Anbetracht der Anforderungen und der zu Verfügung stehenden Möglichkeiten und Ressourcen langfristig etabliert hat und einen relativ reibungslosen Alltag ermöglicht (Schäfer/Jaeger-Erben 2011).

B) Facetten der These und Beispiele für die Herausforderungen:

Um nachhaltiges Handeln im Alltag zu fördern, sollte Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik sich in ihren Strategien stärker am Alltag der Menschen (und hierin zum Tragen kommenden Bedürfnissen) orientieren und ihre Maßnahmen daran ausrichten. Dabei setzt sie vor allem an den Handlungsbedingungen und -voraussetzungen an und weniger an abstrakten Wissensinhalten oder spezifischen Einstellungen und Motiven. Zum Tragen kommen dabei auf der einen Seite nicht-nachhaltige Infrastrukturen bzw. fehlende nachhaltige Alternativen zur Bedürfnisbefriedigung (Jaeger-Erben 2010), wie im Fall Mobilität fehlender oder nicht zugänglicher ÖPNV oder auf Automobilität ausgerichtete Stadtplanung.

Auf der anderen Seite werden die Möglichkeiten des umweltgerechten Handelns durch die Herausforderungen des Alltags sowie begrenzte kognitive, zeitliche, soziale und finanzielle Ressourcen eingeschränkt (Jackson 2005, Verplanken/Wood 2006). Für Umweltpolitik besteht die Herausforderung darin, die komplexen Zusammenhänge zwischen Strukturen, Wissen, Können und Handeln im Fall umweltrelevanter sozialer Praktiken zunächst zu verstehen und hierin Anknüpfungspunkte für eigene Strategien und Maßnahmen zu entdecken. Dabei ergibt sich die weitere Herausforderung, eine Balance zwischen Zwang und völliger Wahlfreiheit zu finden und gleichzeitig zu vermeiden, vor allem Verzichtsdebatten zu führen. Ferner ist es wichtig, die letztlich entwickelten Strategien und Maßnahmen sorgfältig hinsichtlich ihrer Wirkungen zu betrachten. Eine Orientierung an den Alltagskontexten von Menschen ist mit einer eher ganzheitlichen Perspektive verbunden, die nicht in einzelnen Ressorts denkt.

C) Wege zum Umgang mit den Herausforderungen:

Maßnahmen zur Förderung von umweltgerechtem Handeln im Alltag sollten die Alltagsrationalitäten ihrer Zielgruppen ernst nehmen, um auch weniger intrinsisch motivierte oder stärker eingeschränkte Menschen zu aktivieren. Dabei sollten sie vor allem an den Handlungsbedingungen und -voraussetzungen ansetzen und weniger an abstrakten Wissensinhalten oder spezifischen Einstellungen und Motiven. Der Fokus sollte darauf liegen Ermöglichungs- und Gelegenheitsstrukturen zu schaffen, die eine nachhaltige Befriedigung von Bedürfnissen und entsprechende Alltagspraxen begünstigen. Hierfür ist ein Austausch mit den Zielgruppen und eine lokalspezifische Herangehensweise wichtig.

Eine ergänzende Möglichkeit zu dieser Form der Aktivierung ist es, konkrete Handlungsanstöße (z.B. wie die von Thaler und Sunstein (2008) geprägten "Nudges") zu entwickeln, durch die nachhaltige Handlungsweisen beispielsweise durch das Design alltäglicher Handlungsräume oder auch preisliche oder zeitökonomische Anreize angestoßen bzw. attraktiver werden. Nudges alleine sind jedoch vor allem auf einzelne Handlungen ausgerichtet und sollten daher nicht zuungunsten einer integrativen Perspektive auf soziale Praktiken und Lebensstile als alleiniger Fokus verfolgt werden. Ferner brauchen sie eine demokratische Legitimation und glaubwürdige Kommunikation. Um die Komplexität alltäglicher Handlungspraxis zunächst zu verstehen, Maßnahmen systematisch und zielgruppenadäquat zu entwickeln und schließlich zu evaluieren, ist eine transdisziplinäre und inter-sektorale Herangehensweise (Zusammenarbeit mit Forschung, Zielgruppen, Wirtschaften, anderen Ressorts) sinnvoll. Eine übergreifende Strategie kann zudem zum Ziel haben, nachhaltige Handlungsoptionen langfristig zu einem gesellschaftlichen Standard werden zu lassen, so dass sie nicht mehr länger als Ausnahme oder Besonderheit gelten. Es gilt ordnungsrechtliche, planerische, informative und fiskalische Maßnahmen und Instrumente geschickt zu kombinieren und zu bündeln.

Unabhängig von der inhaltlichen Ausrichtung können politische Akteure und Institutionen mit „gutem Beispiel“ vorangehen und glaubwürdig kommunizieren, dass Nachhaltigkeit auch in ihrem Handeln das grundlegende Prinzip ist (z. B. ökologische Gebäudesanierung, Vermeidung oder Kompensation von Flugreisen, Bioprodukte in Kantinen, ökologische Beschaffung). Um diese Veränderung der Praxis anzuregen, sollten Anreizstrukturen entwickelt werden, um die institutionelle Lern- und Veränderungsbereitschaft zu erhöhen.

3.5 These 5: Normative Belange in Aushandlungsprozessen berücksichtigen

„Eine Herausforderung der Umwelt- und Naturschutzpolitik liegt darin, normative Belange sowohl von allen heute und in der Zukunft lebenden Menschen sowie der nicht-menschlichen Umwelt in demokratischen Aushandlungsprozessen angemessen zu berücksichtigen.“

A) Begründung:

Umwelt- und Naturschutzpolitik berührt die Interessen, die Wünsche, die Bedürfnisse, die Rechte und das Wohlergehen (kurz: die normativen Belange) sowohl von heute lebenden Menschen (auch auf anderen Kontinenten), von in der Zukunft lebenden Menschen als auch von nicht-menschlicher Umwelt (vgl. Schlosberg 2013). Die Umwelt- und Naturschutzpolitik ist gehalten – wenn sie Prinzipien der ökologischen Gerechtigkeit einhalten will – dafür zu sorgen, dass die normativen Belange all dieser Betroffenen berücksichtigt werden. Schutz der nicht-menschlichen Natur ist insbesondere Gegenstand der Naturschutzpolitik (vgl. Eser u.a. 2011; S. 24f.). Gleichzeitig ist sie demokratischen Entscheidungsprozessen verpflichtet.

Hieraus ergibt sich ein Spannungsfeld, in dem ökologische Gerechtigkeit – und das damit notwendigerweise verbundene langfristige und globale Denken – und demokratische Entscheidungsstrukturen miteinander in Einklang zu bringen sind. Der Umgang mit diesem Spannungsfeld ist mit zwei erheblichen Herausforderungen verbunden. Erstens ist es notwendig, die normativen Belange von in der Zukunft und außerhalb Deutschlands lebenden Menschen sowie der nicht-menschlichen Umwelt (a) zu erkennen und (b) gegebenenfalls in den jeweiligen nationalen demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen angemessen gegen die Interessen der heute und hier lebenden Menschen zu vertreten. Zweitens darf eine den Zielen der ökologischen Gerechtigkeit verpflichtete Umwelt- und Naturschutzpolitik auch die normativen Belange der hier und heute lebenden Menschen nicht außer Acht lassen. Insbesondere bei der Umsetzung der global und intergenerationell motivierten Maßnahmen sind die dabei möglicherweise entstehenden Lasten oft von nationalen Akteuren zu tragen. Diese Lasten müssen zwischen unterschiedlichen sozialen Milieus in der Ge-

sellschaft gerecht verteilt werden, wobei die legitimen Interessen von politisch unterrepräsentierten sozialen Gruppen in politischen Entscheidungsfindungsprozessen berücksichtigt werden müssen.

B) Facetten der These und Beispiele für die Herausforderungen:

Die erste Herausforderung wird an folgenden Beispielen sichtbar. Erstens zeigt die Klimaschutzpolitik die Schwierigkeit, Interessen zukünftiger Generationen adäquat durch demokratische Verfahren zu berücksichtigen: Ambitionierte Klimaschutzziele werden – gerade auf internationaler Ebene – als eine große Last für die hier und heute lebenden Menschen wahrgenommen. Sie erweisen sich aber auch auf nationaler Ebene als konfliktär und z.T. schwer durchsetzbar, beispielsweise wenn im Kontext der EEG-Reform auf die Kosten im Hier und Heute verwiesen wird, die Kosten des Nicht-Handelns hingegen nicht berücksichtigt werden. In der Naturschutzpolitik finden sich analoge Schwierigkeiten. Eser et al. (2011; S. 70), die ethische Argumentationen innerhalb der Naturschutzpolitik analysiert haben, machen darauf aufmerksam, dass Schutz nicht-menschlicher Umwelt in politischen Abwägungsprozessen häufig den ökonomischen Interessen der hier und jetzt lebenden Menschen unterliegt.

Die zweite Herausforderung zeigt sich an den folgenden Beispielen. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist durch intergenerationelle Gerechtigkeitsprinzipien motiviert. Aber es verteilt die Lasten zwischen heute lebenden Menschen ungerecht. Dessen Umlagemechanismus belastet finanziell schlechter gestellte soziale Milieus überproportional, während eine große Anzahl an Wirtschaftsunternehmen davon ausgenommen ist und vor allem Vermögende vom EE-Ausbau auch finanziell profitieren können (vgl. Ekardt 2010: 34, Meyer-Ohlendorf und Blobel 2008; S. 37ff. zu empirischen Daten über die Entwicklung der Energieausgaben Haushalte mit niedrigem Einkommen). Diese Spannungsverhältnisse haben zugleich wiederum Rückwirkungen auf die Akzeptanz weitreichender Veränderungsprozesse wie der Energiewende (Müller und Bruhn 2013).

Ein weiteres Beispiel ist der Stromtrassenausbau, der aus Klimaschutzgründen vorangetrieben wird, dessen Lasten aber im Hier und Heute verteilt werden müssen. Dabei stehen finanzielle Interessen von Grundstücksbesitzern und Anwohnern von Überlandleitungen im Konflikt mit den Interessen der Gemeinschaft, die die Kosten für die teureren Erdkabel übernehmen müsste.

C) Wege zum Umgang mit den Herausforderungen:

Eine generelle Strategie im Umgang mit den genannten Herausforderungen liegt darin, zunächst zu prüfen, welche Gerechtigkeitsprinzipien die Umweltpolitik stärken bzw. schützen will und zu welchen Verteilungseffekten die angestrebten umweltpolitischen Maßnahmen möglicherweise führen werden. Dies bietet die Grundlage, um die identifizierten Gerechtigkeitsherausforderungen proaktiv anzugehen, indem die umweltpolitischen Maßnahmen entsprechend angepasst und öffentlich kommuniziert werden. Beispielsweise werden im Kontext des Naturschutzes und der Anpassung an den Klimawandel Aushandlungsprozesse praktiziert, im Rahmen derer beispielsweise bei Deichrückverlegungen Landwirte für die Ausweitung von Auen als Retentionsflächen kompensiert werden. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass dem Naturschutz die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dabei können Bündnisse mit gesellschaftlichen Akteuren außerhalb des Umweltbereichs (beispielsweise Kirchen oder Sozialverbänden) eingegangen werden, um auf dieser Grundlage die Akzeptanz von Umweltpolitik zu stärken.

In Bezug auf die Herausforderungen an der Schnittstelle mit dem Thema „Demokratie“ gibt es Wege zum Umgang auf institutioneller Ebene. Es können Institutionen, Entscheidungsprozeduren und -regeln geschaffen werden, die die Berücksichtigung von in der Zukunft und im globalen Süden lebenden Menschen sowie der nicht-menschlichen Umwelt an demokratischen Entscheidungsprozessen stärken und z.T. auch erst ermöglichen. Die Institutionalisierung solcher Entscheidungsprozeduren stellt einen möglichen Beitrag dar, dem Vorsorgeprinzip ein höheres Gewicht bei der Rechtfertigung von politischen Maßnahmen zu verleihen.

Eine weitere Möglichkeit liegt darin, deliberative Verfahren, die den üblichen demokratischen Entscheidungsprozessen vorgelagert sind, zu institutionalisieren. Diese Ansätze sind mit Blick auf Nachhaltigkeit überwiegend nicht hinreichend, sie geben aber Orientierungen für die gesellschaftlichen Aushandlungsverfahren. Schließlich können Umwelt- und Sozialstandards eingeführt werden: In vielen Bereichen gerade entlang von Wertschöpfungsketten spielen Gerechtigkeitsaspekte noch gar keine Rolle. Standards wie beispielsweise für den nachhaltigen Goldanbau können dabei helfen, die Berücksichtigung von Gerechtigkeitsprinzipien zu etablieren.

3.6 These 6: Fairness als kulturellen Wert in Entscheidungen stärken

„Umwelt- und Naturschutzpolitik kann mit seinen Maßnahmen zeigen, dass Fairness ein kultureller Wert ist, den es lohnt durch integratives Politikverständnis und im eigenen Alltag zu stärken.“

A) Begründung:

Kultureller Wandel findet unabhängig davon statt, ob Umwelt- und Naturschutzpolitik sich bemüht, ihn in eine bestimmte Richtung zu lenken. Kultureller Wandel ist dabei kein umweltpolitischer Selbstläufer: Die sich infolge kulturellen Wandels ändernden Handlungsweisen können positive wie negative Umweltfolgen nach sich ziehen. Eine Herausforderung der Umweltpolitik besteht insofern darin herauszufinden, welche Möglichkeiten es gibt, auf den sich vollziehenden Wandel von Alltagspraktiken, Handlungsgewohnheiten und Normen in Richtung Nachhaltigkeit einzuwirken. Ein solcher kultureller Wandel wird signifikante Verteilungswirkungen haben und kann unter verschiedene Prinzipien der Gerechtigkeit betrachtet werden, z. B. unter dem Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit: Die Frage, welche sozialen Milieus von den Konsequenzen kulturellen Wandels profitieren und welche benachteiligt werden, ist allerdings nicht allgemein zu beantworten, sondern muss stets im Einzelfall überprüft werden.

Neben den Verteilungswirkungen kulturellen Wandels besteht ein Spannungsfeld zwischen den gegenwärtig verbreiteten Normen und Institutionen und den normativen Verpflichtungen, die wir gegenüber der nicht-menschlichen Umwelt sowie den im Globalen Süden und in der Zukunft lebenden Menschen haben. Unsere heutigen moralischen Denk- und Handlungsmuster sind – sowohl individuell als auch kollektiv – nur sehr begrenzt darauf ausgelegt, die Rechte von räumlich und zeitlich weit entfernten Menschen zu berücksichtigen und die normativen Verpflichtungen gegenüber der nicht-menschlichen Umwelt anzuerkennen (vgl. Gardiner 2011). Entsprechend werden viele kulturell verankerte Normen aber auch formalisierte Institutionen, die zur Verletzung von legitimen Interessen dieser Subjekte der Gerechtigkeit beitragen, heute nicht als moralisch problematisch wahrgenommen.

Es gilt also herauszufinden, welche Möglichkeiten es gibt, auf den ohnehin stattfindenden kulturellen Wandel in Richtung Nachhaltigkeit Einfluss zu nehmen, um die Ausbreitung von Fairness als kulturellen Wert zu unterstützen und den nachhaltigen kulturellen Wandel so zu gestalten, dass auch benachteiligte soziale Gruppen davon profitieren, und damit gleichzeitig zur Belebung der Demokratie beizutragen.

B) Facetten der These und Beispiele für die Herausforderungen:

Gesellschaftliche Trends und damit verbundene kulturelle Wertigkeiten können Nachhaltigkeit fördern als auch ihr zuwiderlaufen. Mit der gesellschaftlichen Tendenz zur Individualisierung geht beispielsweise eine geringere Bereitschaft zur Bindung an Organisationen der politischen Willensbildung wie Bürgerinitiativen oder Parteien einher. Individualisierung und Flexibilisierung können außerdem mit umweltschädlichem Verhalten wie z.B. erhöhter PKW-Nutzung einhergehen (Canzler 2000). Jedoch gibt es auch kulturelle Trends, die nachhaltigere Lebensweisen befördern. Beispielsweise kann beobachtet werden, dass neue Formen des kooperativen und kollaborativen Produzierens und Konsumierens entstehen. Auch wenn die ökologische Wirkung solcher Trends

derzeit nicht absehbar ist, bieten sie das Potential, umweltfreundliche Konsumpraktiken zu etablieren. Darüber hinaus bieten sie neue Möglichkeiten für individuelle Mobilität von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen (Beispiel Car Sharing). Im Hinblick auf Fairness liegt die Herausforderung darin, die entsprechenden Milieus am kulturellen Wandel in Richtung nachhaltiger Entwicklung teilhaben zu lassen (Dickel et al. 2014).

Ein weiteres Beispiel sind unterschiedliche kulturelle Trends im Ernährungsverhalten. Individualisierung und Flexibilisierung gehen einher mit verstärktem Außer-Haus-Essen und dem erhöhten Konsum von Fast Food, Convenience und Functional Food – Ernährungsweisen, deren ökologische, gesundheitliche und soziale Folgen noch unklar sind. Andererseits bergen ein verstärktes Gesundheitsbewusstsein und eine höhere Wertschätzung des Tierwohls Potentiale für die Verbreitung vegetarischer Ernährungsstile (vebu.de 2013; Die Welt 2014), was mit deutlichen Nachhaltigkeitseffekten verbunden wäre. Darüber hinaus würde ein reduzierter Fleischkonsum im Globalen Norden den Druck auf die landwirtschaftliche Produktion im Globalen Süden verringern, was mit entsprechenden positiven Effekten für die dortigen natürlichen Ressourcen und die dort lebenden Menschen und Tiere sowie das Klima allgemein einherginge (FAO 2006; Astleithner 2007; Elferink et al. 2008; Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2014). Der Trend zu vegetarischen und veganen Ernährungsweisen sollte aber auch im Hinblick auf seine Gerechtigkeitsimplikationen betrachtet werden: So ist es offen, ob der Wandel in den Ernährungsweisen alle gesellschaftlichen Gruppen betrifft und, falls es nicht der Fall ist, stellt sich die Frage, wie sich dieser gesellschaftliche Trend für alle sozialen Milieus öffnen lässt.

Die Beispiele zeigen, dass kultureller Wandel und gesellschaftliche Trends unterschiedliche Auswirkungen im Hinblick auf eine Transformation in Richtung nachhaltiger Entwicklung haben können. Seitens der Umwelt- und Naturschutzpolitik können nachhaltigkeitsrelevante Werte mit beispielhaftem Handeln und entsprechender Kommunikation gestärkt werden. Eine wesentliche Herausforderung besteht allerdings darin, dass die Kommunikationswege häufig stark auf institutionelle Akteure ausgerichtet sind, wie bspw. die Industrie, während die Verbraucherinnen und Verbraucher eher selten direkt angesprochen werden.

C) Wege zum Umgang mit den Herausforderungen:

Kultureller Wandel hat vielfältige Dimensionen und im Wandel verändern sich auch die Anknüpfungspunkte für Umweltpolitik. Der Wert der Fairness artikuliert sich beispielsweise in neuen Kooperationsformen oder auch dem Umgang mit der nicht-menschlichen Umwelt. Neue Kooperationsformen ermöglichen auch neue Formen der Einbeziehung von Umwelt, neue Formen ethischer und gesundheitsorientierter Betrachtungen bieten weitreichende Ansatzpunkte für die Umweltpolitik.

Somit kann die Umwelt- und Naturschutzpolitik zum einen bottom-up-Initiativen (wie soziale Innovationen) und gesellschaftliche Trends, die diese Verknüpfungen ermöglichen, identifizieren, analysieren, Anknüpfungspunkte ausloten und institutionell unterstützen. Zum anderen kann sie auch direkt zu entsprechendem kulturellen Wandel beitragen, indem die Umweltpolitik ihre alltäglichen Entscheidungen und Tätigkeiten, durch die sie ja wiederum gesellschaftlich relevante Denk- und Handlungshorizonte (re)produziert und gestaltet, konsequent am Wert der Fairness ausrichtet, beispielsweise im Bereich der öffentlichen Beschaffung (Green Public Procurement).

3.7 These 7: Ungerechtigkeiten verringern und Lebensqualität befördern

„Die Umwelt- und Naturschutzpolitik steht vor der Herausforderung, bestehende Ungerechtigkeiten zu verringern, keine neuen entstehen zu lassen und die in ihr angelegten Chancen zur Erhöhung der individuellen Lebensqualität zu befördern und ökologisch gerechte Lebensweisen zu ermöglichen.“

A) Begründung:

Umwelt- und Naturschutzpolitik sollte das Ziel verfolgen, bestehende Ungerechtigkeiten zu beseitigen und dabei keine neuen Ungerechtigkeiten entstehen zu lassen. Dabei üben umweltpolitische Maßnahmen (aber auch ihre Unterlassung) Einfluss auf die normativen Belange von unterschiedlichen sozialen Gruppen (sowohl heute als auch in der Zukunft lebenden) in sehr unterschiedlichen Dimensionen aus: Neben möglichen monetären Belastungen bringen umweltpolitische Maßnahmen diverse nicht-monetäre Vorteile (wie saubere Luft, Verringerung von Schadstoffen, Naturvielfalt) mit sich. Damit kann die Umwelt- und Naturschutzpolitik wichtige Beiträge zur Erhöhung der Lebensqualität leisten und damit gleichzeitig ökologisch gerechte Lebensweisen ermöglichen und attraktiver machen.

Diese Beiträge sind allerdings oft nicht unmittelbar ersichtlich und häufig zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen ungleich verteilt. Die Herausforderung, die sich für Umweltpolitik in diesem Zusammenhang stellt, besteht in Folgendem: Einerseits sollte sie die positiven Wirkungen von umweltpolitischen Maßnahmen und einer ökologisch gerechten Lebensweise auf die individuelle Lebensqualität herausarbeiten und kommunizieren, um so ihre Beiträge zur Lebensqualität in ihren unterschiedlichen Dimensionen für die verschiedenen sozialen Gruppen deutlicher herauszustellen. Andererseits sollte die Umweltpolitik die durch ihre Maßnahmen ausgelösten Belastungen im Auge behalten und dafür sorgen, dass sowohl die jeweiligen Nutzen als auch die jeweiligen Kosten bzw. Belastungen gerecht zwischen den unterschiedlichen betroffenen sozialen Gruppen verteilt werden.

B) Facetten der These und Beispiele für die Herausforderungen:

Studien zum Thema Gerechtigkeit im Auftrag des Umweltbundesamtes führen Evidenzen für die These auf, dass Haushalte mit niedrigem Einkommen stärker von Umweltbelastungen betroffen sind und im Schnitt weniger Umweltressourcen in Anspruch nehmen (Meyer-Ohlendorf und Blobel 2008, Hornberg u.a. 2011, Stieß 2013).

Ein Beispiel für diese Herausforderung kann im Thema Lärmschutz gesehen werden. Lärmschutzmaßnahmen erhöhen die Lebensqualität bestimmter sozialer Gruppen erheblich, indem sie der Gesundheit der betroffenen Anwohnenden zuträglich sind oder das Eigentum der betroffenen Immobilienbesitzerinnen und -besitzer aufwerten. Gleichzeitig besteht die Herausforderung, die nicht intendierten Nebenfolgen im Blick zu halten, z. B. Mietsteigerungen, die zur Verdrängung finanziell schlechter gestellter sozialer Gruppen führen können. Ein weiteres Beispiel für diese Herausforderung ist die energetische Gebäudesanierung. Diese führt neben ihren positiven Klimaschutzwirkungen zu einem erhöhten Wohnkomfort und niedrigeren Heizkosten. Aber auch mit ihr gehen oft Mietsteigerungen und Verdrängungseffekte einher (Holm 2011).

Eser u.a. (2011) identifizieren zahlreiche Glücksargumente für den Naturschutz: Letzterer macht das menschliche Leben glücklicher bzw. lebenswerter, weil Naturerfahrung ein Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung und der Freizeitgestaltung ist, weil Natur Gefühle der Faszination, Bewunderung und der Erhabenheit auslöst, weil die Wahrnehmung ihrer Schönheit das menschliche Leben bereichert, weil sie das Heimatgefühl prägt und weil die Landschaften als eine kulturelle Leistung und erhaltenswertes kulturelles Erbe wertgeschätzt werden (Eser et al. 2011, 72f.). Die Herausforderung für die Umwelt- und Naturschutzpolitik liegt zum einen darin, diese Beiträge des Naturschutzes zum gelingenden Leben zu kommunizieren, zum anderen aber auch dafür zu sorgen, dass möglichst alle sozialen Milieus von diesen Wirkungen des Naturschutzes profitieren.

C) Wege zum Umgang mit den Herausforderungen:

Generelle Strategien zum Umgang mit den Herausforderungen dieses Spannungsfeldes ähneln denen bezüglich der These 5: Es hängt von der konkreten Gestaltung einer umweltpolitischen

Maßnahme ab, welche soziale Gruppen hinsichtlich ihrer Lebensqualität von ihr profitieren und welche von ihr benachteiligt werden.

Einerseits sollten daher Verfahren erarbeitet werden, um regressive Verteilungseffekte umweltpolitischen Handelns sowie mögliche, nicht-intendierte Belastungen zwischen den verschiedenen betroffenen gesellschaftlichen Gruppen in den Blick zu nehmen. Andererseits könnten Strategien zum Umgang mit den auf diese Weise erfassbaren möglichen Verteilungskonflikten (mögliche Gegenmaßnahmen, proaktive Kommunikation, Screening und Bildung von möglichen Akteursallianzen) entwickelt werden. Darüber hinaus könnten die Vorteile umweltpolitischer Maßnahmen und einer ökologisch gerechten Lebensweise für die individuelle Lebensqualität mit positiv besetzten Begriffen kommuniziert werden, um zu ökologisch rechtem Handeln zu motivieren.

4 Ergebnisse aus den Fachgesprächen

Die sieben Thesen stellten die Grundlage für eine systematische Analyse ausgewählter umweltpolitischer Programme – das Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess) und das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 – dar. Diese Analysen wurden in Form jeweils eines Impulspapiers für die Fachgespräche zu den Themen Ressourcenschutz und Klimaschutz vorgelegt und mit Vertreterinnen und Vertretern der jeweiligen Referate des BMUB, UBA und BfN diskutiert (s. Anhang B und C). Im weiteren Verlauf wurden zwei weitere Fachgespräche (Thema „Gerechtigkeit“ und Reflektion des Projektverlaufs) sowie zwei Informationsveranstaltungen im BMUB durchgeführt (s. Anhang D), in denen die Analyseergebnisse vorgestellt und Potenziale und Herausforderungen der Umweltpolitik reflektiert wurden. Die Thesen, Potenziale und Herausforderungen wurden zu einem Überblickspapier kondensiert (s. Anhang A).

Da nicht die einzelnen Thesen, sondern vielmehr die mit ihnen verbundenen und sich zum Teil überschneidenden Herausforderungen diskutiert wurden, werden die Ergebnisse der Fachgespräche und Diskussionen nachfolgend anhand der drei Themenfelder „Gesellschaftliche Wirkung von Umweltpolitik“ (Kapitel 4.1), „Zivilgesellschaftliches Engagement, Beteiligung und Umwelthandeln“ (Kapitel 4.2) sowie Fragen der „Fairness und Gerechtigkeit“ (Kapitel 4.3) dargestellt. Im Kontext der Themenfelder war es möglich zu diskutieren, welche gesellschaftspolitischen Herausforderungen mit Umweltpolitik verknüpft sind, welche davon bereits bearbeitet wurden und werden, und wo Herausforderungen und Potenziale einer stärkeren Integration gesellschaftspolitischer Perspektiven bestehen. Die nachfolgenden Ausführungen fassen die Ergebnisse der vier Fachgespräche sowie der zwei Diskussionen im Rahmen der hausinternen Informationsveranstaltungsreihe „Voneinander lernen“ zusammen. Wo immer es möglich ist, wurden Potenziale und Hemmnisse mit Beispielen aus den analysierten Programmen ProgRess und dem Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 illustriert. Im Einzelnen wurden folgende Veranstaltungen durchgeführt:

Fachgespräche:

1. „Potenziale der Berücksichtigung gesellschaftspolitischer Aspekte in der Umwelt- und Naturschutzpolitik – das Beispiel ProgRess“, 15.9.2014, (Anhang B);
2. „Potenziale des Aufgreifens gesellschaftspolitischer Aspekte in der Umwelt- und Naturschutzpolitik – das Fallbeispiel Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“, 30.9.2014, (Anhang C);
3. „Gerechtigkeit in der Umwelt- und Naturschutzpolitik“, 16.10.2014, (Anhang D);
4. „Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik – Reflektion des Projekts“, 12.2.2015.

Informationsveranstaltungen:

1. „Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik – Herausforderungen und Ansätze“, BMUB Veranstaltungsreihe „Voneinander lernen“, BMUB Bonn, 30.4.2015
2. „Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik – Herausforderungen und Ansätze“, BMUB Veranstaltungsreihe „Voneinander lernen“, BMUB Berlin, 13.5.2015

4.1 Gesellschaftliche Wirkung von Umweltpolitik

Das erste Themenfeld bezieht sich auf die gesellschaftliche Wirkung von Umweltpolitik. Insbesondere zwei Aspekte waren für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Bedeutung: 1) Eine Notwendigkeit für Umweltpolitik, gesellschaftliche Entwicklungen in Form von gesellschaftlichen Debatten und Diskursen zu identifizieren und auf sie einzugehen und 2) die Unerlässlichkeit für Umweltpolitik, Themenfelder aus anderen Politikbereichen aufzugreifen, um Umweltaspekte zu stärken und Synergien zu nutzen. Mehrfach fällt in diesem Zusammenhang das Stichwort „Politikintegration“.

Sowohl in den analysierten umweltpolitischen Programmen, wie auch darüber hinaus, werden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zahlreiche Schnittstellen zwischen Umweltpolitik und Gesellschaft identifiziert. Umweltpolitik, so die Wahrnehmung vieler Teilnehmerinnen und Teilnehmer, hat in ihrer (zivil) gesellschaftlichen Relevanz nicht abgenommen, sondern einen steten Bedeutungszuwachs erfahren. Eine Erklärung hierfür wurde beispielsweise in der verstärkten medialen Berichterstattung über Umweltprobleme und die Notwendigkeit des umweltpolitischen Handelns gesehen.

Vor dem Hintergrund globaler Umweltprobleme wurden zahlreiche gesellschaftliche Diskurse von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern angesprochen, die umweltpolitisch relevant sind, etwa zur Suffizienz und zum Postwachstum, aber auch der demographische Wandel oder die Debatte über Gentrifizierung. Die Bedeutung einer Berücksichtigung gesellschaftlicher Diskurse als Ausdruck des permanenten kulturellen Wandels wurde betont.

Zum Beispiel weist das Ressourceneffizienzprogramm ProgRess in seiner Ausrichtung bereits heute eine hohe Anschlussfähigkeit an Wirtschaft und wirtschaftspolitische Diskurse, wie der zu qualitativem Wachstum und green economy, auf. An verschiedenen Stellen des Programms werden die Synergien zwischen der Erhöhung von Ressourceneffizienz und wirtschaftlichen Belangen aufgezeigt. Insbesondere die Entwicklung und der verstärkte Einsatz von Effizienztechnologien werden als eine Marktchance für die Wirtschaft verstanden. Weitere Beispiele, bei denen gesellschaftliche Diskurse durch ProgRess aufgegriffen werden, finden sich im Bereich „Nachhaltiges Planen und Bauen“. Hier werden Diskurse zum demographischen Wandel und zur Binnenwanderung als handlungsorientierende gesellschaftspolitische Entwicklungen herangezogen. Zudem werden im Bereich Konsum die Grenzen des Wachstums und die Notwendigkeit der Ressourcenschonung als gesellschaftspolitischer Orientierungsrahmen benannt. In diesem Bereich könnte der Bezug zu entsprechenden gesellschaftlichen Diskursen wie Postwachstumsökonomie oder Suffizienz aber noch deutlicher hergestellt werden. Aufgeführt wurde außerdem, dass sich die Umweltpolitik gesellschaftliche Diskussionen und Bewegungen, wie z. B. zu vegetarischen oder veganen Ernährungsstilen zunutze machen könne, um die Problematik der Massentierhaltung offensiver zu thematisieren.

Im Sinne einer Politikintegration wurden „das Schnüren von Politikpaketen“ und das Schmieden neuer politischer Allianzen als wichtige Voraussetzungen hervorgehoben, um umweltrelevante Aspekte besser und effektiver als bisher berücksichtigen zu können. Potenziale werden dahingehend gesehen, Akteure zu identifizieren, die sich als strategisch-relevante Bündnispartner für Abstimmungsprozesse beispielsweise über eine zukünftige Ressourcen- oder Klimaschutzpolitik eignen. Als Herausforderung für die Umweltpolitik gilt es verstärkt, Schnittstellen zu suchen, wie beispielsweise zwischen Umwelt- und Gesundheits- oder Sozialpolitik, sowie Synergien zu identifizieren, wie z.B. den Gewinn von Flächen für Naherholung und Naturschutz durch proaktive Planung in manchen schrumpfenden Städten. Solche politischen Kooperationen und Synergien bieten zahlreiche Potentiale gerade auch auf der kommunalen Ebene nach effizienten Lösungen zu suchen und für die Akzeptanz notwendiger umweltpolitischer Maßnahmen zu werben. Ein Politikbereich, der vor ähnlichen Herausforderungen des Anknüpfens an andere Ressorts und Themenfelder

steht, ist die integrierte Stadtentwicklung, die in den letzten Jahrzehnten zunehmend weitergehende Belange wie Gesundheit, Umweltschutz, Inklusion benachteiligter Gruppen etc. aufnimmt. Ein Austausch über entsprechende Strategien könnte sich als fruchtbar erweisen. Als übergreifende Bemühung der Formulierung einer integrativen Herangehensweise auf nationaler Ebene wird die derzeitige Arbeit an dem integrierten Umweltprogramm als zukunftsweisend erwähnt.

Gleichzeitig wurde in den Fachgesprächen und Informationsveranstaltungen hervorgehoben, dass weder eine Öffnung in Form eines verstärkten Aufgreifens gesellschaftlicher Diskurse, noch das Bestreben nach Politikintegration einfache Unterfangen sind. Zahlreiche Hemmnisse wurden identifiziert, etwa das vorherrschende Wachstumsparadigma, das alternative Diskurse wie zu suffizienten Lebens- und Konsumstilen blockiert, aber auch die ökonomischen und politischen Gefahren möglicher nationaler wie auch behördlicher Alleingänge, wenn es darum geht, die gesellschaftliche Transformation in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung voranzutreiben. Die derzeitigen Trends auf EU-Ebene wurden eher pessimistisch mit „Die Umwelt geht in Krisendiskursen unter“, beschrieben. Darüber hinaus gibt es bisher kaum Instrumente, gesellschaftliche Diskurse aufzugreifen.

Politikintegration, so die Einschätzung vieler Teilnehmerinnen und Teilnehmer, ist bisher noch keine Verwaltungsrealität. Hemmnisse bestehen durch die fachlichen und zum Teil räumlich segregierten ministeriellen Strukturen und eigenen Verwaltungslogiken, die unterschiedlichen fachpolitischen Perspektiven, die Deutungsanspruch erheben, wie auch aufgrund mangelnder Ressourcen, solche gesellschaftlichen und politischen Integrationen voranzutreiben und aktiv zu fördern. Stattdessen sind viele Behörden mit ihrer fachpolitischen Arbeit schon jetzt an ihren Leistungsgrenzen, so dass die Gefahr einer Überforderung bestünde.

Trotz der Wahrnehmung einiger Anknüpfungspunkte und dem vorhandenen Leitbild einer integrierten Vorgehensweise kann hinsichtlich des Aufgreifens aktueller gesellschaftlicher Diskurse überwiegend eher Ratlosigkeit konstatiert werden. Den meisten Beteiligten war nicht klar, wie eine – in periodischen Abständen notwendige – Suche nach entsprechenden Anknüpfungspunkten vorstangehen und systematisch in ihren Arbeitsalltag integriert werden könnte. An dieser Stelle zeichnet sich deutlicher Unterstützungsbedarf ab, der möglicherweise durch eine klare Zuweisung von Zuständigkeiten für das Thema, für die Formulierung von Forschungsbedarf und für die bedarfsbezogene Aufbereitung für die jeweiligen Fachpolitiken abgemildert werden könnte.

4.2 Zivilgesellschaftliches Engagement, Beteiligung und Umwelthandeln

Das Themenfeld zivilgesellschaftliches Engagement, Beteiligung und Umwelthandeln wurde sehr intensiv im Rahmen aller vier Fachgespräche diskutiert. Gesellschaftliche Beteiligung ist ein Aspekt, der sowohl für das Ressourceneffizienzprogramm als auch für das Aktionsprogramm 2020 und den Klimaschutzplan 2050 von herausgehobener Bedeutung ist. So wird bereits in der Einführung des Aktionsplans Klimaschutz betont, dass es notwendig ist, „für eine breite Akzeptanz neuer Maßnahmen zu werben und für eine breite Unterstützung in der Gesellschaft zu sorgen“. Ferner heißt es, dass man „beim Klimaschutz wie auch in anderen Politikfeldern überzeugen, mitnehmen, einbinden“ und deshalb Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger schaffen“ müsse. Somit umfasst dieses Themenfeld eine ganze Bandbreite von gesellschaftlichen Beteiligungsmöglichkeiten und Lernprozessen, vom persönlichen Alltagshandeln über Engagement in Initiativen, Verbänden bis hin zur breiten Bürgerbeteiligung und partizipativen Politikgestaltung.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aller Fachgespräche und Diskussionen sehen zahlreiche Potenziale, die eine partizipative Politikgestaltung mit sich bringt. Vorteile liegen etwa in einer Art „Feedbackfunktion“, die es der Umweltpolitik erlaubt, Beteiligungsverfahren aktiv zu nutzen, um gesellschaftliche Konfliktpotenziale zu eruieren und Erfahrungen im Umgang mit Konflikten zu

sammeln. Der Mehrwert für Politik liegt in einer „lebensnahen Rückkopplung“ hinsichtlich der Wahrnehmung und Wirkungen politischer Maßnahmen. „Umweltpolitik kann so erfahren und lernen, was Lebensnähe ist.“ Bei der Frage wer beteiligt werden sollte, wurde die Wichtigkeit der Verbände-beteiligung von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern hervorgehoben. Hier werden bereits Dialoge mit vielfältigen Verbänden und Partnern geführt zum Beispiel im Rahmen der Strategie zur Biologischen Vielfalt mit Wirtschaftsverbänden, aber auch – als relativ neue Strategie, um weitere Bevölkerungsgruppen zu erreichen – mit Religions- und Migrationsgemeinschaften. Ein anderes Beispiel stellt die Stadtentwicklung dar, insbesondere Initiativen der „Sozialen Stadt“, in denen Sozialverbände aber auch ökologische Verbände auf allen Ebenen einbezogen werden. Teilweise gab es jedoch auch kritische Stimmen hinsichtlich der „eingefahrenen Diskussionen“ auf Verbänderebene, bei denen häufig bereits bekannte konträre Positionen aufeinandertreffen. Im Bereich des Ressourcenschutzes wird selbstkritisch von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern angemerkt, dass zwar Wirtschaftsverbände einbezogen werden, aber kaum Verbraucherverbände. Hier wird Handlungsbedarf gesehen, im Übrigen auch, weil manche Beteiligungsprozesse von (mächtigen) Interessensträgern ausgenutzt werden könnten.

Über die Beteiligung von Verbänden hinaus, scheint deshalb auch eine „echte“ Bürgerbeteiligung unabdingbar zu sein, da sich Politik generell in einer Vertrauenskrise befindet. „Hier tut Bürgerbeteiligung not, aber nicht pro forma, sondern gut geplant, um die gesellschaftliche Akzeptanz und Vertrauenskrise nicht zu verstärken, sondern Vertrauen zurück zu gewinnen.“, wie im Fachgespräch betont wurde. Hauptnutzen von echter Bürgerbeteiligung ist das gegenseitige Lernen. Darüber hinaus birgt sie großes Potenzial, den Bürgerinnen und Bürgern die Komplexität und auch das Funktionieren von Politik zu vermitteln. Partizipation fördert das Politikverständnis und erhöht die Reform- und Kompromissbereitschaft.

Angemerkt wurde weiterhin, dass transparent kommuniziert werden müsse, was mit Ergebnissen aus Beteiligungsverfahren passiert, da es i.d.R. keine Verpflichtung gibt, die Anregungen in die weitere Strategieentwicklung oder Planung aufzunehmen. Insofern ist es für Umweltpolitik wichtig, aufzuzeigen, was Bürgerinnen und Bürgern bei Beteiligungsverfahren erwarten können, wenn sie sich beteiligen. Eine zentrale Aufgabe bei Beteiligungsprozessen ist es ferner, die unterschiedlichen gesellschaftlichen wie auch politischen Positionen transparent für alle Beteiligten zu machen. Welche Perspektiven gibt es, wer dominiert? Erfolgreiche Bürgerbeteiligung, so die Meinung vieler Teilnehmerinnen und Teilnehmern, trägt zur Belebung von Demokratie bei und kann Demokratie im Allgemeinen stärken.

Zu Gute kommt Umweltpolitik, dass in der Zivilbevölkerung ein hohes Umweltbewusstsein vorhanden ist. Ebenso ist die gesellschaftliche Bereitschaft, sich umweltpolitischen Fragen anzunehmen sehr ausgeprägt. Hier werden viele mögliche Ansatzpunkte für eine stärkere Gesellschaftsorientierung der Umweltpolitik gesehen. Beteiligung, so das Credo der Teilnehmenden ist kein neues Thema, und es stehen bereits heute schon zahlreiche Hilfsmittel, Verfahren und Informationen zur Verfügung, auch innerhalb der umweltpolitischen Verwaltung. Die Umsetzungschancen für verbindliche Beteiligungsverfahren werden als gut eingeschätzt, sofern dies gewünscht ist: „In der Verwaltung gibt es keinen Protest, sondern Vorgaben müssen umgesetzt werden“, so ein Teilnehmer. Beteiligung ist auch eine Chance für die umweltpolitische Verwaltung, da sie Umdenkprozesse und Wandlungsprozesse innerhalb der behördlichen Strukturen ermöglichen kann.

Neben diesen optimistischen Äußerungen wurde andererseits deutlich, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern häufig mit der konkreten Umsetzung von Beteiligungsverfahren überlastet sehen. Weder ist genügend Wissen vorhanden, um für die jeweilige Zielstellung die passenden Zielgruppen gewinnen und für sie geeignete Beteiligungsverfahren auswählen zu können, noch ist vorab meistens geklärt, wie mit den Rückmeldungen, z. B. auf eine Online-Befragung, im weiteren Verlauf umgegangen wird. Ähnlich wie im vorhergehenden Kapitel werden fehlende Ressourcen

als ein zentrales Hemmnis für eine verstärkte Bürgerbeteiligung bzw. eine angemessene Berücksichtigung der dabei generierten Ergebnisse genannt. Im Berufsalltag stehen eher die Kosten und der zu bewältigende Mehraufwand im Vordergrund, als dass solche Verfahren als eine Investition in die Zukunft gesehen werden. Das hängt unter anderem auch damit zusammen, dass der unmittelbare Nutzen von Bürgerbeteiligung schwer fassbar ist, bzw. häufig erst mit zeitlicher Verzögerung (z. B. Entgegenwirken des Vertrauensverlustes in die Politik) eintritt. „One-in-one-out“ Regelungen (Diese Regelung besagt, dass zusätzliche Kosten an einer Stelle durch die Einsparung von Kosten an einer anderen Stelle kompensiert werden müssen) und Kosten-Nutzen Abschätzungen sind Ausdruck dieser auf kurzfristige Effizienz zielenden Vorgaben und schränken die Chancen für umfangreiche Bürgerbeteiligung zusätzlich ein.

Ferner passt der zeitliche Mehraufwand, den Beteiligungsverfahren verlangen, häufig nicht zu den politischen Zeithorizonten, gemessen in Legislaturperioden oder die engen Zeitvorgaben bei konkreten politischen Entscheidungen. Am Beispiel Stadtplanung wurde verdeutlicht, dass zum Teil schnelle Entscheidungen verlangt sind und es oft schwierig ist, lange Diskussionen zu führen. Dass bei fehlenden Beteiligungsverfahren gerade in der Stadtplanung aufgrund von Protesten teilweise mit jahrelangen Verzögerungen zu rechnen ist (wie bei Stuttgart 21), wird in solche Erwägungen noch ungenügend einbezogen.

Ein weiterer Aspekt, der im Zusammenhang mit Bürgerbeteiligung diskutiert wurde, sind Fragen der Legitimation: Welche Legitimation hat eine Übertragung von Beteiligungsverfahren in politische Entscheidungsverfahren? Von einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde hervorgehoben, dass es sich bei der Umweltverwaltung um demokratisch legitimierte Entscheidungsträger handelt. Entsprechend wurde gefragt, warum Wahlergebnisse weniger Legitimität als Beteiligungsverfahren hätten? Hier müssten Erwartungen bei zivilgesellschaftlichen Beteiligungsverfahren zunächst geklärt werden und die Zielstellung genauer beschrieben werden. Geht es bei Bürgerbeteiligung überhaupt um Entscheidungen oder eher um ein ausgeglichenes Meinungsbild, Einbeziehen von neuen Ideen und Lösungsmöglichkeiten, aber auch Problemsichten, die vorher noch nicht so deutlich waren? Andernfalls kann es zu Frustration bei allen Akteuren kommen.

Neben diesen intensiven Diskussionen zu den Chancen und Schwierigkeiten mit Bürgerbeteiligung wurde in den Fachgesprächen weiter die Notwendigkeit für Umweltpolitik diskutiert, Bürgerinnen und Bürger in ihrer Rolle als Konsumentinnen und Konsumenten aktiv und strategisch einzubeziehen. Dieser Punkt spielte gerade im Hinblick auf Ressourcenschutz eine wichtige Rolle, da Suffizienzstrategien am Alltagshandeln ansetzen. Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Fachgespräche wurde Unsicherheit geäußert, wie so ein Verfahren aussehen und wie z. B. die Auswahl geeigneter Personen erfolgen könnte. Hierzu werden bereits erste Erfahrungen mit neuartigen Verfahren gesammelt, wie bei ProgRess 2.

Positiv wurde in diesem Zusammenhang die Anregung aufgenommen, soziale Innovationen stärker in diesem Themenfeld hinsichtlich ihres Potentials des Zugangs zu Gesellschaft zu berücksichtigen. Soziale Innovationen erproben Formen nachhaltigerer Produktion und nachhaltigen Konsums und haben eine hohe Bedeutung als gesellschaftliche Experimentierräume beispielsweise für ressourcenleichte oder klimafreundliche Lebensstile. Im Hinblick auf Ressourcenschutz und Ressourceneffizienz sind vor allem soziale Innovationen, wie Nutzungsdauerverlängerung von Produkten durch Instandhaltung/Reparatur/Upcycling oder auch Modularität und die Nutzungsintensivierung von Produkten (Nutzen statt Besitzen, z. B. Gemeinschaftsnutzung) von Bedeutung. Sie können eine wichtige Rolle dabei spielen, dominante Wertvorstellungen zum Erwerb und der Nutzung von Produkten in Frage zu stellen und damit zum kulturellen Wandel beizutragen. Durch soziale Innovationen können zudem neue Kooperationen und Bündnisse z. B. für den Klima- und Ressourcenschutz entstehen. Die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) wurde als Beispiel dafür herangezogen, wie die Umweltpolitik mit der Herausforderung umgeht, den Wert sozialer Innovatio-

nen als gesellschaftliche Experimente zur Lösung umwelt- und gesellschaftspolitischer Fragen anzuerkennen sowie zu ihrer Stabilisierung und Ausweitung beizutragen. Ein weiteres Beispiel stellt das vom Umweltbundesamt geförderte Projekt „Modelle gelebter Nachhaltigkeit“ dar, in dem das Potential des Erfahrungstransfers von Ökodörfern für nachhaltigen Konsum eruiert wurde. Es geht auch darum, die Handlungsoptionen zu verbreitern, um eingetretene Pfade verlassen zu können, flexibler auf Veränderungen reagieren zu können und insgesamt widerstandsfähiger gegenüber Krisen und Ungewissheiten zu werden.

In den Diskussionen wurde deutlich, dass eine Offenheit hinsichtlich des stärkeren Einbezugs von sozialen Innovationen vorhanden ist, häufig aber große Unsicherheit besteht, wie eine Sondierung der Potenziale vonstattengehen könnte. Hierzu wurde kritisch angemerkt, dass nicht alle sozialen Innovationen Nachhaltigkeitspotenziale aufweisen und dass insbesondere die Abschätzung der Bedeutung für eine Veränderung von Mehrheitspraktiken eine Herausforderung darstellt. Hinsichtlich der Förderung solcher Innovationen wurde geäußert, dass hierfür der Spielraum auf nationaler Ebene gering ist und mehr Möglichkeiten auf lokaler Ebene bestehen.

Zusammenfassend kann zu diesem Themenfeld resümiert werden, dass der Bedarf für ernstzunehmende Bürgerbeteiligung weitgehend gesehen wird und die meisten Beteiligten in diesem Themenfeld Handlungsbedarf sehen. Damit das Potenzial solcher Verfahren ausgeschöpft werden kann, wird allerdings Unterstützung in der Planung und Durchführung benötigt. Die Erkenntnis, dass es sich hierbei um beidseitige Lernprozesse handelt und dass für gute Beteiligungsprozesse entsprechende Zeiträume benötigt werden, hat sich erst teilweise durchgesetzt. Weitaus weniger vertraut waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit dem Thema soziale Innovationen, das aus wissenschaftlicher Sicht sehr viel weitergehende Anknüpfungspunkte bietet (Rückert-John et al. 2014), um Transformationsprozesse zu unterstützen.

4.3 Fairness und Gerechtigkeit

Sowohl in den Fachgesprächen zum Ressourcen- und Klimaschutz wurden Aspekte von Fairness und Gerechtigkeit und ihre Bedeutung in umweltpolitischen Entscheidungen und Strategien explizit betrachtet, als auch dem Thema ein eigenes Fachgespräch gewidmet (Anhang D). Natürliche Ressourcen und eine intakte Umwelt sind wesentliche Grundlagen, um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen und um ein gelingendes Leben zu führen. Die unterschiedlichen Verteilungswirkungen von Umweltpolitik sichtbar zu machen und zu reflektieren, bietet der Umweltpolitik einen wichtigen Orientierungsrahmen für ihre gesellschaftliche Ausrichtung. Entsprechend wurden Chancen und Grenzen umweltpolitischer Entscheidungen, die Fairness und Gerechtigkeitsaspekte berücksichtigt, eruiert.

Zunächst wurde diskutiert, welche Rechte und Gerechtigkeitsdimensionen im Bereich Umwelt- und Naturschutz relevant sind. Es handelt sich um Rechte für ein gutes Leben, für Gesundheit und die Eigenwerte der Natur verbunden mit den verschiedenen Gerechtigkeitsdimensionen der sozialen und globalen Gerechtigkeit, der Zukunftsgerechtigkeit, sowie Fragen der ökologischen Gerechtigkeit. Gerechtigkeit, so der Beginn der Diskussion, ist ein machtvoll Thema, das fest in der Gesellschaft verankert ist, auch weil die soziale Ungleichheit wächst. In Bezug auf das Einkommen herrscht eine zunehmende Ungleichheit. Häufig werden in diesem Kontext ambitionierte Klimaschutzziele als eine große Last für die hier und heute lebenden Menschen wahrgenommen. Auf nationaler Ebene erweisen sie sich als konfliktär und z. T. schwer durchsetzbar, beispielsweise wenn im Kontext der EEG-Reform auf die Kosten im Hier und Heute verwiesen wird, die Kosten des Nicht- Handelns hingegen nicht berücksichtigt werden. Ein möglicher Ansatzpunkt für Umweltpolitik ist es, ihren Beitrag zur Begrenzung sozialer Ungleichheit herauszuarbeiten, die (gerechte) Verteilung der Kosten und Nutzen von Ressourcenverbrauch darzulegen und die Möglichkeiten und Chancen des grünen Wachstums darzustellen, etwa zur Schaffung von Arbeitsplätzen, sozialen Investitionen und Dienstleistungen. In der Kommunikation kann außerdem hervorgehoben

werden, dass viele der öffentlichen Güter, die durch Umweltpolitik erhalten und geschützt werden – gute Luftqualität und sauberes Wasser, Grün in der Stadt, Artenvielfalt etc., aber auch Engagementmöglichkeiten und die Möglichkeit zur Teilhabe an Zukunftsverantwortung – allen Menschen unabhängig von Einkommen und Status zugutekommen (sollte).

Von einer der Referentinnen wurde betont, dass ein abnehmendes beziehungsweise Nullwachstum bereits gesellschaftliche Realität ist, was noch stärker in die Debatte eingebracht werden könnte. So hat sich die Höhe der Arbeitslosenquote in den letzten Jahren bereits vom Wirtschaftswachstum entkoppelt. Seit Jahrzehnten ist außerdem bekannt, dass es zwischen der Höhe des Bruttosozialprodukts und subjektiver Lebensqualität ab einer gewissen Entwicklungsstufe keinen Zusammenhang mehr gibt. Entscheidend sind dann z.B. die Unterschiede zwischen Arm und Reich. Von einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde betont, dass es in modernen Gesellschaften zahlreiche Mechanismen, wie Formen der Selbstverpflichtung und Solidarität gibt, um Gerechtigkeit im gesellschaftlichen Alltag zu gewährleisten. Potenzial für die Umweltpolitik wird darin gesehen herauszuarbeiten, wie solche Mechanismen besser als bisher genutzt werden könnten, z. B. im Planungsrecht.

Es wird die Sorge geäußert, dass das Gerechtigkeitsthema die umweltpolitische Arbeit überfrachtet. Aber wo Umweltpolitik mit Ungerechtigkeitsempfinden konfrontiert wird, muss sie reagieren. Beispielsweise ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) durch intergenerationelle Gerechtigkeitsprinzipien motiviert. Gleichwohl wird darauf verwiesen, dass dessen Umlagemechanismus finanziell schlechter gestellte soziale Milieus überproportional belastet, während Vermögende z.B. durch die Installation von Solaranlagen vom EE-Ausbau finanziell profitieren können und zugleich eine große Anzahl an Wirtschaftsunternehmen von den Belastungen durch das EEG ausgenommen sind. Es scheint daher für Umweltpolitik wichtig zu sein, genau zu definieren, über welche und wessen Rechte gesprochen wird, wo sie zur Geltung kommen, und entsprechend zwischen Grundbedürfnissen und weiteren Anforderungen an ein „gutes Leben“ zu unterscheiden.

Ein weiteres Beispiel aus den Fachgesprächen, das illustriert, wie mit Fairness und Gerechtigkeitsfragen in der Umweltpolitik umgegangen werden kann, sind die Rohstoffpartnerschaften als Teil des Ressourceneffizienzprogramms ProgRes. Sie greifen die Herausforderung auf, die Interessen und Bedürfnisse der im Hier und Jetzt lebenden Menschen zu befriedigen und gleichzeitig die normativen Belange der in anderen Teilen der Welt Lebenden zu berücksichtigen, also die Prinzipien der intragenerationalen Gerechtigkeit zu wahren. „Rohstoffpartnerschaften“ haben das Ziel, die Rohstoffversorgung in Deutschland zu sichern und gleichzeitig – bei entsprechender Ausgestaltung – Rechte von Menschen in Ressourcen exportierenden Ländern zu wahren. Dazu ist es notwendig, dass soziale und ökologische Anliegen und Standards in den Abkommen als gleichberechtigte oder gar vorrangige Anliegen anerkannt werden. Die Idee solcher bilateraler Partnerschaften bietet einen Ansatzpunkt, Aspekte von Fairness und Gerechtigkeit zu berücksichtigen, gleichwohl sind sie in ihrer derzeitigen Form noch nicht weitgehend genug, wie Teilnehmerinnen und Teilnehmer erwähnten.

In der Diskussion wurde festgestellt, dass Aspekte von Fairness und Gerechtigkeit eher akademische Diskussionen widerspiegeln und Gerechtigkeitsargumente bisher wenig in der umweltpolitischen Arbeit berücksichtigt werden. „Darum drückt man sich“, wie es formuliert wurde. Eine Herausforderung besteht darin aufzuzeigen, dass Umweltpolitik auch Entscheidungen verlangt, die Einschränkungen und gegebenenfalls Ungerechtigkeiten nach sich ziehen. Doch ist es notwendig, die Sinnhaftigkeit dieser Entscheidungen überzeugend und nachvollziehbar zu machen. Schließlich wurde angeführt, dass die Durchsetzungsfähigkeit nicht nur am besseren (in diesem Kontext faireren und gerechteren) Argument, sondern auch von Macht- und Interessensfragen abhängt. Eine zentrale Herausforderung für Umweltpolitik liegt darin, neue Interessenkoalitionen entstehen zu lassen und Entscheidungsprozeduren zu etablieren, die Aspekte von Fairness und Gerechtigkeit

keit stärker berücksichtigen. Bedarf wird hier vor allem gesehen, das Thema Gerechtigkeit für die umweltpolitische Arbeit „handhabbar“ zu machen.

5 Potenziale und Herausforderungen einer Umweltpolitik im Wandel

Das Projekt „Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik“ hatte zum Ziel, Potenziale und Herausforderungen einer gesellschaftlich orientierten Umweltpolitik zu reflektieren und einen Verständigungsprozess für die politische Praxis zu initiieren und zu begleiten. Eine solche Zielsetzung unterscheidet sich von anderen wissenschaftlichen Studien der Politikberatung, wo es zumeist darum geht, möglichst konkrete und (politik-)praxisnahe Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. In diesem Projekt ging es vielmehr darum, eine analytische Metaebene einzunehmen, um nach Anschlussstellen für eine gemeinsame Grundlinie vorhandenen Know-hows im Umgang mit gesellschaftlichen und gesellschaftspolitischen Herausforderungen zu suchen. Dies verlangte eine iterative, sich herantastende Vorgehensweise mit unbestimmtem Ausgang und machte das Projekt zu einem höchst anspruchsvollen Unterfangen für alle Beteiligten.

Während in den vorherigen Kapiteln die inhaltlichen Überlegungen des Projekts dargestellt wurden, diskutieren wir in diesem Kapitel abschließend den Verlauf und die Implikationen des Projekts. Es werden die (Zwischen-)Ergebnisse einer laufenden und internen Diskussion über die Herausforderungen einer gesellschaftsorientierten Umweltpolitik und ihrer Potenziale für die Umweltpolitikgestaltung dargestellt.

Im Kern des Projektes ging es darum, eine gemeinsame Verständigungsgrundlage zu schaffen und herauszuarbeiten, was unter „Gesellschaftspolitik“ verstanden wird, und wie eine stärkere „Gesellschaftsorientierung“ aussehen kann. Es wurden „gute Beispiele“ identifiziert, bei der eine derartige Perspektive deutlich erkennbar wird. Zudem wurden aber auch die Schwierigkeiten und Hemmnisse diskutiert, neue Wege zu beschreiten. Explizit wurde bei der Durchführung der Fachgespräche der Freiraum betont, sich von üblichen Konventionen zu lösen und im Sinne einer Öffnung das mögliche strategische Vorgehen zu diskutieren. Im Folgenden werden zunächst die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern identifizierten guten Beispiele, Herausforderungen und Schwierigkeiten, eine Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik in der politischen Realität praktisch umzusetzen, beschrieben, bevor die übergreifenden Ergebnisse des Diskussionsprozesses und die sich hieraus ergebenden Implikationen für die behördliche Praxis der Umweltpolitik diskutiert werden.

5.1 Gute Beispiele einer gesellschaftlichen Orientierung von Umweltpolitik

Ausgangspunkt der Diskussion über Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik ist die Feststellung der Teilnehmerinnen und Teilnehmern, dass sich heute bereits eine Vielzahl von guten Beispielen finden lassen, wie umweltpolitische Programme sehr verschiedene Aspekte gesellschaftlicher Bedarfe berücksichtigen. Übergeordnete Themen, wie der gesellschaftliche Wandel und die Notwendigkeit einer aktiven Transformationspolitik in Richtung nachhaltige Entwicklung, bilden seit nunmehr zehn Jahren wichtige Orientierungen für die Umweltpolitik. Diese Überlegungen basieren auf der Erkenntnis, dass sich umfassende Wandlungsprozesse nur schwerlich top-down realisieren lassen, sondern dass der Einbezug von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern und von Stakeholder-Gruppen notwendig ist für die Legitimität politischer Maßnahmen, deren gesellschaftliche Akzeptanz und die Aushandlung unausweichlicher Kompromisse einer pluralistischen Gesellschaft. Umweltpolitik ist eine zentrale gesellschaftliche Gestaltungskraft mit Verantwortung für heutige und zukünftige Generationen in Deutschland und darüber hinaus. Entsprechend finden sich viele Formen gesellschaftlicher Beteiligung in den fachpolitischen Prozessen wieder, zum Beispiel bei der

Wahl und Gestaltung von Klimaschutzstrategien auf kommunaler Ebene, bei Vorschlägen für Einsparpotenziale natürlicher Ressourcen im Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess 2), bei online gestützten Bürgerdialogen, einer integrativen Energiepolitik oder in Form von Reallaboren. Zudem avancieren Partizipations- und Beteiligungsthemen wie Citizen Sciences zu umweltpolitisch geförderten Forschungsprogrammen, die – gestützt durch den Wissenschaftsrat – Eingang in die politische Praxis finden.

Laut Einschätzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmern in den Fachgesprächen verdeutlichen die vielen guten Beispiele zwei Aspekte hinsichtlich der gesellschaftlichen Orientierung von Umweltpolitik: Sie zeigen einerseits, dass die umweltpolitische Verwaltung mit ihrer differenzierten Aufgabenteilung nach Umweltmedien und an Verwaltungsabläufe angepasste Organisationsformen durchlässiger gegenüber gesellschaftlichen Anregungen und Impulsen zu sein scheint, als sich zunächst vermuten lässt. Gleichwohl stellten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einschränkend fest, dass es sich bei den Beispielen zumeist um Einzelfälle handelt, bei denen eine gesellschaftliche Öffnung in Programmen oder Strategien ausprobiert wird, ohne dass ein umfassendes Überführen in den politisch-administrativen Mainstream erfolgt. Eine partizipative Politikgestaltung und Implementierung, das Aufgreifen sozialer Innovationen oder gesellschaftlicher Diskurse erfolgt bislang (noch) wenig systematisch. Häufig sind solche Initiativen gebunden an Einzelpersonen, eine gesellschaftliche Öffnung ist weder politisch verankert noch in den behördlichen Strukturen durchgängig festgeschrieben. Doch woran liegt das? Wie kommt eine Diskrepanz zwischen der politischen Praxis der „Expertokratie“ und dem Wissen um die Notwendigkeit integrativer und gesellschaftlicher Umweltpolitikgestaltung zustande? Warum scheint es schwierig zu sein, mit gutem Beispiel dabei voranzugehen und eingetretene Pfade zu verlassen, um die „große Transformation“ (WBGU 2011) in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung gesellschaftspolitisch anzugehen? Hier wurden in den Fachgesprächen zahlreiche Herausforderungen und Schwierigkeiten von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern benannt, die im nächsten Kapitel beschrieben werden.

5.2 Herausforderungen und Barrieren einer transformativen Umweltpolitik

Ein Großteil der Zeit in den Fachgesprächen des Projektes wurde für die Problem- und Ursachenanalyse verwendet, die einer stärkeren Gesellschaftsorientierung der Umweltpolitik im Wege stehen. Die Frage nach den Herausforderungen und Schwierigkeiten einer stärkeren Gesellschaftsorientierung der Umweltpolitik war ein fester Bestandteil eines jeden Fachgesprächs, die von den Teilnehmenden identifiziert und erläutert wurden.

Auf der individuellen Ebene wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine mögliche Angst vor Veränderungen als eine wichtige Ursache genannt, die einer systematischen Berücksichtigung gesellschaftlicher Aspekte, und damit einer Abweichung von institutionellen umweltpolitischen Prozessen und Verfahrensweisen, entgegensteht. Der Einbezug gesellschaftlicher Perspektiven erfordert neue Arbeitsroutinen und Entscheidungswege, und damit verbunden, andere (zusätzliche) Ressourcen und Kompetenzen, die alte Abläufe in Frage stellen oder ablösen können. Gewohnte Pfade müssten hierzu verlassen und Pfadabhängigkeiten aufgebrochen werden, was – in der mitunter als radikal empfundenen Forderungen – in Folge Unsicherheiten und Ablehnung auslösen kann.

Die Furcht vor Neuem betrifft Administration gleichermaßen wie unternehmerische oder zivilgesellschaftliche Akteure. Sie gilt als zentrales Hemmnis im Kontext von Gesellschaftstransformationen. Menschen fällt es schwer, Vertrautes und somit Kalkulier- und Planbares als individuelle Orientierung für das tägliche Tun und Handeln aufzugeben. Doch wird nicht nur die Unsicherheit im Hinblick auf neue Arbeitsverfahren bei Planung und Durchführung von politischen Maßnahmen von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern angesprochen, sondern vielmehr scheint mit einer gesell-

schaftlichen Öffnung auch die Angst vor der Infragestellung individueller Kompetenz einherzugehen. Gilt doch traditionell gerade die Umweltpolitik als eine Fach- und somit expertenbasierte Politik, so ist die Angst vor einer Abgabe beziehungsweise Öffnung der Diskussions- und Entscheidungsprozesse für „gesellschaftliche“ Expertinnen und Experten mit der Sorge der Verzichtbarkeit und des Infragestellens des eigenen Expertenstatus und des beruflichen Daseins verbunden.

Eine ähnliche Sorge vor Souveränitätsverlusts und der Verzichtbarkeit der Fachkompetenz, und somit eng verbunden mit dem individuellen Handeln, findet sich auf institutioneller Ebene wieder. Doch im Gegensatz zur individuellen Ebene stehen hier Hemmnisse der unterschiedlichen Ressortzuständigkeiten im Vordergrund, die einer gesellschaftlichen Öffnung hemmend im Wege stehen können. Die segregierte Aufgabenteilung nach Umweltmedien und Themenbereichen finden sich sowohl innerhalb der Umweltverwaltung als auch zwischen den verschiedenen zuständigen Ministerien wieder. Deren Interaktions- und Handlungsspielräume sind in einem politischen System in der Regel fest definiert und besetzt. Das bedeutet, Forderungen nach einer gesellschaftlichen Öffnung finden nicht in einem „luftleeren Raum“ statt, sondern in einem System, welches aus zahlreichen Struktureinheiten und Akteuren besteht, die spezifische Rollen ausüben und unterschiedlich mit Macht und Befugnissen ausgestattet sind. Wenn eine gesellschaftliche Öffnung lediglich in einem einzelnen Ressort stattfindet, aber nicht im weiteren Systemumfeld, so wird ein möglicher Verlust an Macht und Bedeutung der eigenen Rolle zur Bedrohung.

In diesem Zusammenhang wird auch auf die negativen Erfahrungen in der Vergangenheit verwiesen, als nach der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 eine starke ökonomische Orientierung auch in der Umweltdebatte als ein scheinbar idealer Lösungsweg für Politikintegration Einzug hielt. Die Verengung der Argumentation, dass Umweltschutz auf betrieblicher und nationaler Ebene mit betrieblichen Einsparungen, der Entwicklung neuer Unternehmenszweige und der Entstehung neuer Arbeitsplätze einhergeht, erweist sich nun als eine Einschränkung des Möglichkeitsraums. Die Diskussionen um die Potentiale einer „Green Economy“ verdeutlichen eine Herangehensweise, die stark auf win-win-Strategien fokussiert ist, die aber, alleine genommen, nicht zu einer weitgehenden Transformation herrschender Wirtschafts- und Lebensstile führen.

5.3 Übergreifendes Ergebnis des Diskussionsprozesses

Im Rahmen der Fachgespräche wurde eine Reihe von Hemmnissen und Problembereichen von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern identifiziert, die einer stärker gesellschaftlich orientierten Umweltpolitik im Wege stehen. In einer „klassischen“ Politikberatungsstudie wäre der nächste Schritt, konkrete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, die auf der Problemanalyse aufbauen: Mehr Beteiligungsräume schaffen, mehr Ressourcen einspeisen, Informationen aufbereiten und den Wissenstransfer effizienter organisieren. Doch mangelt es tatsächlich an Wissen darüber, wie eine gesellschaftlich rezeptive und partizipative Politikgestaltung aussehen kann? Gezielt wurde an dieser Stelle nach Durchführung der Fachgespräche inne gehalten und Abstand zum üblichen Prozedere genommen. Vielleicht ist es gerade dieser Druck auf, und in den Behörden, schnelle Lösungen zu generieren, der eine nachhaltige Politikgestaltung behindert und der stattdessen reflektiert werden sollte?

Die handlungsleitende These, die das letzte Fachgespräch motivierte, war stattdessen, dass Probleme weniger in (alternativen) Lösungsoptionen und (möglicherweise unausgereiften) Instrumenten zu suchen seien, als vielmehr in einer zu kurzen, abgebrochenen „Öffnungsphase“, in der das Problem analysiert wird, die Interessenslagen sondiert werden, Lösungsideen generiert und diskutiert werden, Widersprüchlichkeiten erkannt werden, kurz: die unangenehme Phase, in der die gesamte Komplexität in ihrer Unsicherheit und Unstrukturiertheit zu Tage tritt und mit ihr die Möglichkeit, neue Pfade zu erkennen, auszuprobieren und daran zu lernen. Aufgrund des häufig hohen Schließungs- und Ergebnisdrucks, der von vielen Teilnehmenden konstatiert wurde, tendieren so-

wohl zivilgesellschaftliche Akteure als auch die politische Praxis dahin, schnell zu konkreten politischen Lösungen gelangen zu wollen. Angesichts der Notwendigkeit eines grundlegenden gesellschaftlichen Transformationsprozesses, gerät diese Praxis allerdings an ihre Grenzen.

Die Fachgespräche machten deutlich, dass der zum Beispiel durch Wahlperioden induzierte Zeitdruck, die Mediendemokratie sowie eine Überforderung der Behörden durch die schiere Vielfalt und Komplexität der Themen, das Bestreben befördern, möglichst schnell und kurzfristig zu Lösungen zu gelangen. Die Folgen sind, dass gesellschaftliche Aushandlungsprozesse tendenziell zu früh abgebrochen werden, beziehungsweise (Ziel-)Konflikte gar keine Beachtung finden. Ein Problem ist dabei, dass möglicherweise gar nicht auffällt, wenn Pfadabhängigkeiten durch neue Maßnahmen eher stabilisiert werden statt nach Handlungsalternativen zu suchen.

Doch gerade bei umweltpolitischen Entscheidungen im Umgang mit natürlichen Ressourcen müssen vielfach auch konfliktäre Nutzungsinteressen gegeneinander abgewogen werden, um zu Lösungen im Sinne nachhaltiger Entwicklung zu gelangen. Tradeoffs und Kompromisse sind ein integraler Bestandteil umweltpolitischer Lösungen. Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung ist in seiner Normativität so angelegt, dass es Zielkonflikte beziehungsweise konfliktäre Visionen beinhaltet und Aushandlungsprozesse zwischen unterschiedlichen Akteuren mit Blick auf die drei verschiedenen Nachhaltigkeitsdimensionen notwendig macht. Das Offenlegen und Aushandeln unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen ist somit ein zentraler Grundgedanke nachhaltiger Entwicklung und einer demokratischen Politikgestaltung in pluralistischen Gesellschaften. Werden stattdessen Spannungen, Konflikte und Widersprüche nicht hinreichend beachtet oder die Auseinandersetzung mit ihnen übersprungen, besteht die Gefahr, Probleme in andere Kontexte oder in die Zukunft zu verlagern. Entsprechend wird die Möglichkeit versäumt, aus dem Konfliktlösungsprozess zu lernen. Solche Lern- und Reflexionsprozesse gelten jedoch als zentral für die gesellschaftliche Transformation, da sie es letztlich ermöglichen, an soziale Realitäten anzuschließen.

Eine zentrale Frage, die sich aus der Diskussion ergab, war, wie sich die Spannungen, die sich in Phasen der Problemdefinition und der Suche nach Lösungen ergeben, nicht voreilig aufgelöst werden, sondern zugelassen werden können. Mehr noch als bisher gilt es, Widersprüche, Konflikte und Problemlagen zu würdigen und für die gesellschaftspolitische Abstimmung produktiv zu machen. Dahinter steht die Erkenntnis, dass in der modernen Gesellschaft die Umweltpolitik mit Widersprüchen konfrontiert ist, die sich nicht auflösen lassen, sondern mit denen Umgangsweisen gefunden werden müssen. Hierzu zählen gesellschaftliche aber auch umweltpolitische Zielkonflikte zwischen Ökonomie und Ökologie, zwischen gesellschaftlicher Entwicklung versus Umweltschutz, etc. Einfache und schnelle Lösungen scheinen weder möglich noch sinnvoll zu sein, ebenso wenig wie es eindeutig richtige oder falsche Lösungen oder Visionen gibt. Jede politische Entscheidung impliziert eine Abwägung der Interessen und der Optionen zu bestimmten Zeiten.

Eine gesellschaftliche Forderung an Umweltpolitik ist es, diese Entscheidungen offen zu legen, transparent und anfechtbar zu machen und sich im Sinne demokratischer Entscheidungsfindung rechtfertigen zu müssen (und zu können). Umweltpolitik kann lernen, Diversität und Vielfalt nicht als Bedrohung der eigenen Fachkompetenz zu verstehen, sondern sie als konstruktiven Motor einer nachhaltigen Gesellschaftspolitik aktiver zu nutzen, etwa um Synergien mit anderen Gesellschafts- wie Politikbereichen zu suchen: mit Fachressorts anderer Ministerien, z. B. der Sozialpolitik, und mit Bürgerinnen und Bürgern sowie mit Verbänden. Hierfür müssen Spannungen jedoch ausgehalten werden, was vielfältige Streit-, Aushandlungs- und Gestaltungskompetenzen erfordert (de Haan 2004). Ein Teilnehmer nennt als einen Indikator für zu frühe Schließungsprozesse: „Wenn es keinen Streit gibt, werde ich misstrauisch!“. Solche Abwägungen unterliegen permanenten Wandlungsprozessen als Ergebnis koevolutionärer Entwicklungen von Systemstrukturen, Technologien und Kulturen (vgl. auch Geels 2002, 2004).

Gelegenheitsfenster für die Wahrnehmung bestimmter Probleme und Lösungsoptionen öffnen sich und schließen sich im Laufe der Entwicklungen wieder. Entsprechend besteht eine weitere Forderung an und für Umweltpolitik darin, zu einer dynamischen „Und-Logik“ bestehend aus temporären Kompromissen und Allianzen zu gelangen, deren Zweckmäßigkeit regelmäßig überprüft wird. Dieses dynamische Wechselspiel bestehend aus Aushandlung, Fixierung, Prüfung, Nachjustierung, und somit Phasen der Öffnung und Schließung, ist eine Gradwanderung und der anspruchsvollere Weg für umweltpolitische Strategieentwicklung.

5.4 Was ergibt sich für die behördliche Praxis der Umweltpolitik? Ein Ausblick

Wie im Rahmen des Projekts gezeigt werden konnte, prallt die verbreitete Einsicht in die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Veränderung zu einer nachhaltigen Entwicklung häufig auf nicht nachhaltige Pfadabhängigkeiten sowohl in der gesellschaftlichen wie auch in der politischen Praxis. Eine gesellschaftspolitische Perspektive eröffnet Wege, diese Pfadabhängigkeiten zu erkennen, ihre Logik verstehen und ihre Sinnhaftigkeit reflektieren zu können. Das ist eine zentrale Voraussetzung für förderliche strukturelle Bedingungen, um das gesellschaftliche Potenzial für nachhaltige Konsum- und Lebensstilveränderungen aufzugreifen, fördern und für die sozial-ökologische Erneuerung der Gesellschaft nutzen zu können. Mit einem solchen Verständnis können ambivalente und konfliktäre Akteursgruppen eher in Gestaltungsprozesse eingebunden werden, um Lösungspotenziale und -wege gemeinsam zu eruieren. Ein solcher Gestaltungsansatz beinhaltet Einschätzungs-, Lern- und Experimentierprozesse und damit eine enge Verzahnung zwischen Umweltpolitik und Gesellschaft.

Die Umweltpolitik hat in den letzten Jahrzehnten verschiedentlich ausprobiert, wie Anknüpfungen an gesellschaftliche Diskurse geschaffen, das Integrationsprinzip gestärkt oder Prozesse für Interessensgruppen und Bürgerinnen und Bürgern geöffnet werden können. Was jedoch in den Fachgesprächen zu Tage trat, ist eine durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vielfach erlebte Blockadehaltung und eine mangelnde Kooperationskultur genährt von einer Unsicherheit, ob umweltpolitische Entscheidungen tatsächlich Veränderungen in Richtung nachhaltiger Gesellschaftstransformation befördern können. Auch in Zukunft wird es von erheblicher Bedeutung sein, behördeninterne Pfadabhängigkeiten und Blockaden zu erkennen und deren Sinnhaftigkeit für eine transformative Umweltpolitik zu reflektieren. Die Institutionen der Umweltpolitik sind vor dem Hintergrund bestimmter Umweltbedingungen und Handlungsrationitäten historisch gewachsen, ebenso wie die Rollen der hierin agierenden Akteure. In Zeiten des permanent stattfindenden gesellschaftlichen Wandels und im Zuge einer stärkeren gesellschaftlichen Öffnung gilt es nicht per se, alles Bestehende zu ersetzen. Doch wichtig ist die Öffnung für Innovationen um sich dynamischen Entwicklungen anpassen zu können.

Gesellschaftlich orientierte Politikgestaltung für die sozial-ökologische Erneuerung impliziert auch eine Transformation der Umweltpolitik und ihrer Verwaltung. Dies verlangt ein exploratives Vorgehen, eine stärkere Öffnung und permanentes Prüfen, wo die Umweltpolitik steht und welche Veränderungsprozesse angeregt beziehungsweise unterstützt werden können. Hierbei sollte es um einen Strategieprozess mit integrierten Feedbackschleifen und Mechanismen der Selbstvergewisserung gehen, ob Innovationen ihre beabsichtigten Wirkungen zeigen oder alte Pfade beschritten bzw. stabilisiert werden. Es gibt bereits zahlreiche Initiativen, an die angeknüpft werden kann, wie beispielsweise der Leitfaden zur Strategieentwicklung oder die Arbeit am Integrierten Umweltprogramm (IUP). Dieses Projekt stellt einen Brückenbaustein zwischen Umweltpolitik und Gesellschaft dar und bietet einen Strukturierungsvorschlag für den Umgang mit gesellschaftspolitischen Herausforderungen der Umweltpolitik an. Ein Flyer, der in kurzer und verständlicher Form einen Überblick zu einer Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik gibt und in Form von sechs Schlaglichtern pointiert darstellt, findet sich in Anhang A.

6 Quellenverzeichnis

- Aderhold, J., C. Mann, J. Rückert-John, M. Schäfer (2014): Soziale Innovationen und förderliche Governance-Formen im gesellschaftlichen Transformationsprozess. Abschlussbericht des UBA-Projekts UFOPLAN 3712 17 100. Dessau (in Fertigstellung)
- Alcántara, S., Kuhn, R., Renn, O., Bach, N., Böhm, B., Dienel, H.-L., Ullrich, P., Schröder, C., Walk, H. (2014): DELIKAT – Fachdialoge Deliberative Demokratie: Analyse partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess, Texte 31/2014, Dessau: Umweltbundesamt, URL Dokument <http://www.umwelt-bundesamt.de/publikationen/delikat-fachdialoge-deliberative-demokratie-analyse>, aufgerufen am 12.01.2015.
- Ammermann, U. (2013): Zentrale Standards bei Bürgerbeteiligungsprozessen. In: BfS et al. (Hrsg.), 40-43.
- Astleithner, Florentina (2007): Fleischkonsum als Kriterium für nachhaltige Ernährungspraktiken. In: Brunner, Karl-Michael; Geyer, Sonja; Jelenko, Marie; Weiss, Walpurga; Astleithner, Florentina (Hrsg.): Ernährungsalltag im Wandel. Chancen für Nachhaltigkeit. Wien: Springer, S. 149-171.
- BMU/UBA (2013): Umweltbewusstsein in Deutschland 2012. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage.
- Brand, Karl-Werner (2011): Umweltsoziologie und der praxistheoretische Zugang. In: Groß, M. (Hg. (2011): Handbuch Umweltsoziologie. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 173-198.
- Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), Robert Koch-Institut (RKI), Umweltbundesamt (UBA): UMID 02/2013: Themenheft: Bürgerbeteiligung im Umwelt- und Gesundheitsschutz; Positionen, Perspektiven, Handlungsfelder. URL Dokument https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/419/publikationen/umid_2_2013.pdf, aufgerufen am 12.06.2014.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2012): Deutsches Ressourceneffizienzprogramm (Progress) – Programm zur nachhaltigen Nutzung und zum Schutz der natürlichen Ressourcen. Berlin. URL Dokument http://www.bmub.bund.de/fileadmin/bmuimport/files/pdfs/allgemein/application/pdf/progress_bf.pdf, aufgerufen am 12.06.2014.
- Canzler, Weert (2000): Das Auto im Kopf und vor der Haustür: Zur Wechselbeziehung von Individualisierung und Autnutzung. Soziale Welt 52(2): S. 191-207.
- de Haan, Gerhard (2004): Ergebnisse und Perspektiven des BLK Programms "21". In: Dokumentation der Abschlussveranstaltung des BLK-Programms "21". Berlin. Seiten 25-31
- Diefenbacher, H.; Duewell, M.; Philips, J.; Leggewie, K.; Sommer, B.; Petschow, U.; Pissarskoi, E.; Zieschank, R. (2014). Konzepte gesellschaftlichen Wohlstands und ökologische Gerechtigkeit. UBA. URL Dokument <http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/konzepte-gesellschaftlichen-wohlstands-oekologische>, aufgerufen am 12.01.2015.
- Dickel, Sascha; Ferdinand, Jan-Peter; Petschow, Ulrich (2014, im Erscheinen): Produktionsmuster einer kollaborativen Ökonomie. IÖW Schriftenreihe. Berlin: Institut für ökologische Wirtschaftsforschung.
- Diekmann, Andreas; Preisendörfer, Peter (2001): Umweltsoziologie. Eine Einführung. Rowohlt's Enzyklopädie.
- Die Welt (2014): Deutschland nimmt Abschied vom Fleisch. URL Dokument <http://www.welt.de/wirtschaft/article127895363/Deutschland-nimmt-Abschied-vom-Fleisch.html>, aufgerufen am 12.05.2014
- Di Giulio, A., Brohmann, B., Clausen, J., Defila R., Fuchs, D., Kaufmann-Hayoz, R. und Koch, A. (2011). Bedürfnisse und Konsum – ein Begriffssystem und dessen Bedeutung im Kontext von Nachhaltigkeit. In Defila et al. (Hrsg.): Wesen und Wege nachhaltigen Konsums. München: oekom, 47-72.
- Ekardt, Felix (2010): Soziale Gerechtigkeit in der Klimapolitik. Reihe Staat und Zivilgesellschaft 249. Düsseldorf: Hans Böckler Stiftung.
- Elferink, E.V.; Honhebel, S.; Moll, H.C. (2008): Feeding livestock food residue and the consequences for the environmental impact of meat. Journal of Cleaner Production 16(12): 1227-1233.

- Ernst, A. (2008): Ökologisch-soziale Dilemmata. In E.D. Lantermann & V. Linneweber (Hrsg.), Enzyklopädie der Psychologie, Serie IX, Umweltpsychologie, Bd. 1. (S. 569-605). Göttingen: Hogrefe.
- Eser, Uta; Neureuther, Ann-Kathrin; Müller, Albrecht (2011): Klugheit, Glück, Gerechtigkeit. Ethische Argumentationslinien in der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt. BfN-Schriftenreihe Naturschutz und Biologische Vielfalt 107. Bonn: Bundesamt für Naturschutz.
- FAO (2006): Livestock's long shadow: environmental issues and options. Rom: Food and Agriculture Organization of the United Nations. URL Dokument <ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/010/a0701e/a0701e.pdf>, aufgerufen am 12.06.2014.
- Flasbarth, J., Wörner, J.-D. und Sailer, M. (2012): Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungs- und Genehmigungsverfahren neu denken. Dessau: Umweltbundesamt. URL Dokument <http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/4370.pdf>, aufgerufen am 12.06.2014.
- Gardiner, Stephen M. 2011. A Perfect Moral Storm: The Ethical Tragedy of Climate Change. Oxford University Press.
- Geels, F. W. (2002). Technological transitions as evolutionary reconfiguration processes: a multi-level perspective and a case-study. *Research Policy*, 31(8-9), 1257–1274. Elsevier.
- Geels, F.W. (2004). Understanding system innovations: a critical literature review and a conceptual synthesis. In: Elzen, B., Geels, F., Green, K. (Ed.). *System Innovation and the Transition to Sustainable Development. Theory, Evidence and Policy*. Edward Elgar Publishing. S. 19 – 47.
- Groß, Matthias (Hg.) (2011): *Handbuch Umweltsoziologie*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hansson, S.O (2014). Risk. *The Stanford Encyclopedia of Philosophy*. Edward N. Zalta (ed.), URL Dokument <http://plato.stanford.edu/archives/spr2014/entries/risk/>, aufgerufen am 12.06.2014.
- Hauff, V. (1987). *Unsere gemeinsame Zukunft – der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*: Greven 1987 (Original: WCED: Our Common Future; Oxford 1987).
- Heinrich-Böll-Stiftung; BUND; Le Monde diplomatique (2014): *Fleischatlas 2014. Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Hollbach-Grömig, B., Böhme, C., Blieffert, H., & Floeting, H. (2012). *Programme des Bundes für die nachhaltige Stadtentwicklung und Soziale Stadt*. BMVBS-Online-Publikation, 03/2012.
- Holm, Andrej (2011): *Stadtumbau und Gentrifizierung: Ein ökosoziales Paradoxon*. *Politische Ökologie*, Heft 124: S. 45-52.
- Hornberg, Claudia; Bunge, Christiane; Pauli, Andrea (2011): *Strategien für mehr Umweltgerechtigkeit. Handlungsfelder für Forschung, Politik und Praxis*. UFOPLAN-Vorhaben FK 3708 61 201 1. Bielefeld: Universität Bielefeld.
- Huber, Joseph (2011): *Allgemeine Umweltsoziologie*. 2., vollständig überarbeitete Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jackson, Tim (2005): *Motivating Sustainable Consumption: A review of evidence on consumer behaviour and behavioural change*. Centre for Environmental Strategy: University of Surrey.
- Jacob, K, Graaf, L. & Bär, H. (2014): *Transformative Environmental Policy*. Discussion Paper Forschungszentrum für Umweltpolitik, Freie Universität Berlin, June 2014. URL Document http://www.sd-network.eu/pdf/doc_workshops/2014%20berlin/transformative%20environmental%20policies_FFU_11.7.2014.pdf, aufgerufen am 10.03.2015
- Jaeger-Erben, M. (2010). *Zwischen Routine, Reflektion und Transformation – die Veränderung von alltäglichem Konsum durch Lebensereignisse und die Rolle von Nachhaltigkeit*. Dissertationsschrift, TU Berlin.
- Jaeger-Erben, M., Rückert-John, J. & Schäfer, M. (2014): *Sustainable consumption through social innovation: A typology of innovations for sustainable consumption practices*. In: *Journal of Cleaner Production* (im Erscheinen).
- Kropp, C. (2013): *Nachhaltige Innovationen - Eine Frage der Diffusion?* In: Rückert-John, J. (Hrsg.) *Sozial Innovation und Nachhaltigkeit*. Wiesbaden: Springer VS. 87-102.
- Kuckartz, Udo; Rheingans-Heintze, Anke (2006): *Trends im Umweltbewusstsein*. Wiesbaden: VS Verlag.

- Landua D, Beckmann K, Bock S, Reimann B (2013): Auf dem Weg, nicht am Ziel. Aktuelle Formen der Bürgerbeteiligung – Ergebnisse einer Kommunalbefragung. Berlin (= Difu-Papers). URL Dokument <http://www.difu.de/publikationen/2013/auf-dem-weg-nicht-am-ziel.html>., aufgerufen am 12.06.2014.
- Meyer-Ohlendorf, Nils; Blobel, Daniel (2008): Untersuchung der Beiträge von Umweltpolitik sowie ökologischer Modernisierung zur Verbesserung der Lebensqualität in Deutschland und Weiterentwicklung des Konzeptes der Ökologischen Gerechtigkeit: Hauptstudie – Modul 1-3. UFOPLAN Vorhaben FK 3707 17 102/01. Berlin: Ecologic Institut.
- Müller, Klaus; Bruhn, Claudia (2013) Energiearmut als Querschnitts-Herausforderung – Impulse für eine politische Strategie. WISO direkt: Analysen und Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, August 2013. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Paech, Niko (2009a): Eine Ökonomie jenseits des Wachstums. Einblicke Nr. 49. Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.
- Paech, Niko (2009b): Wachstum „light“? Qualitatives Wachstum ist eine Utopie. In: Wissenschaft & Umwelt. Interdisziplinär 13.
- Paech, Niko (2005): Nachhaltigkeit zwischen ökologischer Konsistenz und Dematerialisierung: Hat sich die Wachstumsfrage erledigt? In: Natur und Kultur 6/1 (2005): 52-72.
- Reimold, I. und Seefried, H. (2013): Frühzeitige Bürgerbeteiligung für eine bessere Planung im Verkehr und in der Stadtentwicklung. In: BfS et al. (Hrsg. Siehe oben). 139-143.
- Rückert-John, Jana (Hg.) (2013): Soziale Innovationen und nachhaltige Entwicklung. Perspektiven sozialen Wandels. Wiesbaden: Springer VS.
- Rückert-John, J., M. Jaeger-Erben, M. Schäfer (2014): Nachhaltiger Konsum durch soziale Innovationen – Konzepte und Praxis. Abschlussbericht des UBA-Projekts UFOPLAN 3711 93 333 (in Fertigstellung).
- Rückert-John, J., Jaeger-Erben, M. Schäfer, M., Aderhold, J. & John, R. (2013). Soziale Innovationen für nachhaltigen Konsum. Kriterien zur Analyse und Systematisierung. Institut für Sozialinnovation. Beiträge zur Sozialinnovation Nr. 11. Berlin.
- Schäfer, M. / Jaeger-Erben, M. (2011): Lebensereignisse als Gelegenheitsfenster für nachhaltigen Konsum? Die Veränderung alltäglicher Lebensführung in Umbruchsituationen. In: Defila R./ Di Giulio, A, & Kaufmann-Havoz, R.(Hg.) „Wesen und Wege nachhaltigen Konsums“. München: oekom.
- Schlosberg, D. (2013): Theorising environmental justice: the expanding sphere of a discourse. In: Environmental Politics 22(1): 37–55.
- Schmitz, Friederike, Hrsg. 2014. Tierethik: Grundlagentexte. Berlin: Suhrkamp.
- Schwarz, M. und Howaldt, J. (2013): Soziale Innovationen im Fokus nachhaltiger Entwicklung- Herausforderung und Chance für die soziologische Praxis. In: Rückert-John, J. (Hrsg.) Sozial Innovation und Nachhaltigkeit. Wiesbaden: Springer VS. 53-70.
- Shrader-Frechette, Kristin Sharon. 2002. Environmental justice: creating equality, reclaiming democracy. New York: Oxford University Press.
- Simonis, Udo E. (2006) Umweltpolitik – ein lexikalisches Stichwort. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik. 4. Aufl., München: C.H. Beck Verlag, S. 520-524.
- Spargaaren, Gert (2004): Sustainable consumption: a theoretical and environmental perspective. In: Dale Southerton et al. (Hg.): Sustainable Consumption. The Implications of Changing Infrastructures of Provision. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, 15–31
- Steg, L., van den Berg, A.E. und de Groot, J.I.M (2012.): Environmental Psychology - An Introduction. West Sussex: John Wiley and Sons.
- Stieß, I. (2013): Synergien von Umwelt- und Sozialpolitik - Soziale Innovationen an der Schnittstelle von Umweltschutz, Lebensqualität und sozialer Teilhabe. In: Rückert-John, J. (Hrsg.) Sozial Innovation und Nachhaltigkeit. Wiesbaden: Springer VS. 33-49.

- Stock, M. (2013): Die Zukunft der Bürgerbeteiligung - Herausforderung und Perspektiven. In: BfS et. al (Hrsg), 15-20.
- Thaler, R.H. und Sunstein, C.R. (2008): Nudge: Improving decisions about health, wealth, and happiness. Yale University Press, New Haven.
- UNCED (1992). A Guide to Agenda 21. United Nations Commission on Environment and Development, Geneva.
- vebu.de (2013): Anzahl der Vegetarier in Deutschland. Berlin: Vegetarierbund Deutschland e.V. (VEBU). URL Dokument <<https://vebu.de/lifestyle/anzahl-der-vegetarierinnen>>, aufgerufen am 12.01.2014.
- Verplanken, B. and Wood, W., (2006): Interventions to break and create consumer habits. Journal of Public Policy & Marketing, 25 (1), 90-103.
- Voswinkel, S. (2013): Was wird aus dem 'Fahrstuhleffekt'? Postwachstum und Sozialer Aufstieg. Working Paper 08/2013 der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften. Friedrich-Schiller Universität Jena, Jena.
- Warde A. (2005): Consumption and Theories of Practice. Journal of Consumer Culture 5 (2): 131–153.
- WBGU (Hrsg) (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Bericht des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. Berlin: WBGU. URL Dokument <http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf>., aufgerufen am 12.01.2014.
- Wehrspaun, M. (2012): Ökologische Gerechtigkeit. Umriss eines integrativen Konzeptes und seiner Bedeutung für die Förderung von Umweltbewusstsein und Nachhaltigkeitsengagements. Dessau-Roßlau. Juli.
- Wehrspaun, M. und Schack, K. (2013a): Von der Bürgerbeteiligung zur gesellschaftlichen Erneuerung. In BfS et al. (siehe oben). 34-39.
- Wehrspaun, Michael; Schack, Korinna (2013b): Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik. In: Rückert-John, J. (Hg.) 2013): Soziale Innovation und Nachhaltigkeit. Konzepte sozialen Wandels. Springer VS: Wiesbaden. 19-31.
- Wintermann, O.; O. Bildesheim (2013): Warum wir endlich eine Politik 2.0 benötigen. URL Dokument <http://www.gov20.de/warumwir-endlich-eine-politik-2-0-benotigen>, aufgerufen am 12.06.2014.

7 Appendix

- Appendix A: Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik: Ein Überblick
- Appendix B: Materialien zum Fachgespräch „Ressourcenschutz“
- Appendix C: Materialien zum Fachgespräch „Klimaschutz“
- Appendix D: Materialien zum Fachgespräch „Gerechtigkeit in der Umwelt- und Naturschutzpolitik“

7.1 Anhang A: Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik: Ein Überblick

Einleitung

Umweltpolitik ist Gesellschaftspolitik. Jede umweltpolitische Maßnahme soll zum gesellschaftlichen Wohlergehen beitragen und hat gesellschaftliche Folgen – dies gilt sowohl für vollzogene als auch für unterlassene Umweltmaßnahmen. Dieser Flyer stellt einen Ausschnitt aus der aktuellen Diskussion über die gesellschaftliche Relevanz umweltpolitischen Handelns dar. In Form von sechs Schlaglichtern finden Sie Hinweise und Beispiele, was unter einer stärkeren gesellschaftlichen Orientierung der Umweltpolitik verstanden werden kann. Sie sind gedacht als Einladung sich an der Diskussion zu beteiligen, um zu einem gemeinsamen Verständnis einer Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik zu kommen. Weitere Informationen sowie Hintergründe zum Projekt können Sie dem ausführlicheren UBA Text zu diesem Thema mit dem Titel „Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik“ entnehmen.

Gesellschaftliche Entwicklungen identifizieren und nutzen

Für eine Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik ist es von zentraler Bedeutung, dass sie verstärkt gesellschaftliche Entwicklungen erkennt und auf sie eingeht. Gesellschaftliche Debatten und Diskurse – z. B. wie zur Postwachstumsgesellschaft oder zu den demografischen Veränderungen – sind Ausdruck gesellschaftlichen Wandels. Mit ihnen werden gesellschaftliche Verhältnisse durch Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft problematisiert und alternative Lösungen diskutiert. Ihre Beobachtung ermöglicht es der Umweltpolitik, ihre eigenen Ziele und Aufgaben an aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen anzuschließen. Gleichzeitig können diese Debatten und Diskurse als „Früherkennungssystem“ genutzt werden, um gesellschaftliche Wandlungsprozesse rechtzeitig wahrzunehmen und sich entsprechend zielgerichtet einzubringen. Umweltpolitik ist innovativ, wenn sie gesellschaftliche Krisen und Probleme als Chancen für eine Neugestaltung und Neuausrichtung ihrer Ziele und Aufgaben begreift, als eigenständiger Betreiber des Wandels (so genannter Change Agent) agiert und Möglichkeiten auslotet, neue Allianzen einzugehen.

Beispiel

Bei der „Demografiestrategie: Politik für alle Generationen“ der Bundesregierung geht es um eine „demografiefeste“ Gestaltung der Gesellschaft durch die Initiierung breiter Dialogprozesse. Umweltpolitik setzt sich dafür ein diesen Prozess mit der Nachhaltigkeitsstrategie zu verzahnen, um Synergien zwischen Umweltpolitik und Gestaltung des demografischen Wandels zu identifizieren und zu nutzen.

Zeit und Raum für gesellschaftliche Aushandlungsprozesse schaffen

Eine sozial-ökologische Erneuerung der Gesellschaft braucht das Engagement der Bevölkerung und den Dialog mit gesellschaftlichen Akteuren. Es geht um die Frage, wie umweltpolitische Prozesse für die Zivilgesellschaft geöffnet und interaktiv gestaltet werden können, einschließlich der Herausforderung, mit unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen vom Zusammenleben in einer nachhaltigen Gesellschaft umzugehen und diese konstruktiv zu nutzen. In diesem Zusammenhang gilt es, Perspektivenvielfalt zuzulassen, zu moderieren und Kompromisse zu suchen. Das Ziel von gemeinsamen Aushandlungsprozessen ist es, möglichst optimale Entscheidungen zu treffen, die auf breiter Akzeptanz basieren. Das heißt allerdings nicht, dass in allen Bereichen stets Konsens herstellbar ist. Vielmehr ist es wichtig die Ambivalenz unterschiedlicher Zielvorstellungen offen zu legen und politische Kompromisse zu entwickeln.

Als ein Leitprinzip kann für Umweltpolitik gelten, Spannungen und Konflikte zuzulassen und mit ihnen konstruktiv umzugehen. Dies erfordert entsprechende Kompetenzen im Bereich Mediation und Konfliktmanagement. Ein systematisches Aufarbeiten und reflektieren der Konfliktprozesse können dabei helfen, solche Kompetenzen zu erlangen und aus den gemachten Erfahrungen zu lernen.

Im Sinne einer nachhaltigen Zukunftsgestaltung hat Umweltpolitik ein besonderes Interesse, an gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen mitzuwirken. Umweltpolitik kann Austauschplattformen kreieren und für ein kooperatives Miteinander Sorge tragen. Im Rahmen solcher Austauschplattformen können unterschiedliche Zukunftsvisionen und Entwicklungspfade formuliert und diskutiert werden. Sie können Anstöße für Kooperationen und neue Allianzen aus Politik und Verwaltung liefern, um kluge Kombinationsmöglichkeiten politischer Instrumente und Strategien auf den Weg zu bringen und Redundanzen bzw. Widersprüche zwischen politischen Strategien zu vermeiden. Durch einen solchen Austausch- und Abstimmungsprozess werden die Entscheidungsgrundlagen verbessert und Umweltpolitik trägt dadurch gleichzeitig zur Belebung von Demokratie bei.

Beispiel

Beispiel für das Verhandeln konfliktärer Ziele und Strategien ist das geplante Kompetenzzentrum "Naturschutz und Energiewende". Ein neu initiiertes, kontinuierlicher Dialog mit Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und weiteren gesellschaftlichen Gruppen soll zu einer Versachlichung der Debatten und konstruktiven Lösung von Konflikten vor Ort beitragen.

Fairness und Gerechtigkeit in Entscheidungen berücksichtigen

Im Zuge einer stärkeren Gesellschaftsorientierung geht es für die Umweltpolitik darum, die durch sie ausgelösten Verteilungseffekte und -konflikte frühzeitig in den Blick zu nehmen, proaktiv damit umzugehen und diese zu kommunizieren. Sowohl vollzogene als auch unterlassene Umweltpolitik bringt einerseits finanzielle Lasten und Nutzen mit sich und andererseits nicht-finanzielle Wirkungen in Form der Bereitstellung oder Verknappung von Umweltleistungen. Von diesen sind verschiedene soziale Gruppen in unterschiedlichem Maße betroffen oder können davon profitieren.

Mittelfristig wird es notwendig sein, Entscheidungsprozeduren und -regeln der Umweltpolitik einzuführen, die Aspekte der Fairness und Gerechtigkeit von in der Zukunft und im globalen Süden lebenden Menschen stärker berücksichtigen. Zudem stellt sich auch die Frage, wie der Eigenwert der Natur bei der Entwicklung und Gestaltung von Maßnahmen stärker einbezogen werden kann. Dies erfordert von der Umweltpolitik den Bürgerinnen und Bürgern den gesellschaftlichen Mehrwert ökologischer Entwicklungspfade aufzuzeigen wie auch die zu erwartenden Schäden, Kosten und Belastungen durch eine unterlassene Umweltpolitik. Im Rahmen der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse können Wirkungen der Umweltpolitik thematisiert, für Akzeptanz geworben und neue Bündnisse mit gesellschaftlichen Akteuren außerhalb des Umweltbereichs wie beispielsweise Kirchen oder Sozialverbände eingegangen werden.

Beispiel

Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung nimmt sowohl Aspekte der Verteilungsgerechtigkeit für künftige Generationen, wie auch der globalen Fairness zur Stärkung ökologischer und sozialer Kriterien in rohstoffproduzierenden Ländern in den Blick. Fragen eines fairen nationalen Lastenausgleichs mit Blick auf sozial benachteiligte Gruppen stellen weitere Herausforderungen dar.

Soziale Innovationen als potentielle Lösungsansätze erkennen

Soziale Innovationen sind von Bürgerinnen und Bürgern, zivilgesellschaftlichen oder privatwirtschaftlichen Akteuren initiierte Prozesse, die zur Lösung wahrgenommener gesellschaftlicher Probleme und Missstände beitragen können. Sie setzen eng an alltägliche Lebenswelten an. Prominente Beispiele sind Carsharing, Energiegenossenschaften, Tauschbörsen oder Re-use und Upcycling Initiativen. Der Umweltpolitik kann hier die Aufgabe zukommen, die experimentelle Erprobung neuer nachhaltiger Wirtschafts- und Lebensstile zu ermöglichen und damit verbundene Lernprozesse zu unterstützen.

Vergleichbar mit Entwicklungslaboren für die Technologieentwicklung ist es auch für soziale Innovationen wichtig, Räume für neue Ansätze und Ideen zu schaffen, die als Experimentierorte der

modernen Gesellschaft fungieren. Umweltpolitik kann dabei eine Rolle als steuernder, ermöglichender oder moderierender Akteur einnehmen, der die Vielfalt gesellschaftlicher Initiativen und Lösungsansätze fördert. Ferner kann Umweltpolitik begleitende Evaluationen durchführen lassen, um die Wirkweisen sozialer Innovationen und deren Effekte zu untersuchen.

Beispiel

Mit dem Projekt „Ökodörfer als Modelle der gelebten Nachhaltigkeit“ hat das Umweltbundesamt Möglichkeiten des Transfers von sozialen Innovationen aus Experimenten in breitere Bevölkerungsschichten gefördert. Gesellschaftliche Experimente wurden hierdurch anerkannt und aufgewertet und ein Dialog zwischen Akteuren gefördert, die sich sonst kaum begegnet wären.

Integrative Konzepte und komplexe Systemperspektiven fördern

Eine stärkere gesellschaftliche Perspektive der Umweltpolitik beinhaltet eine integrierte und systemumfassende Betrachtungsweise von sozialen, ökologischen und ökonomischen Belangen, die nicht separat voneinander gehandhabt werden können. Für Umweltpolitik bedeutet dies eine möglichst fach- und sektorübergreifende Planung, um die vielfältigen Wechselwirkungen aller gesellschaftlichen Systeme zu erfassen und die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen. Eine komplexe Systemperspektive bedeutete darüber hinaus, die Zusammenhänge zwischen Governance-Strukturen und Institutionen (als Regulierungsrahmen), und Wissen und Handeln der gesellschaftlichen Akteure für umweltrelevantes Verhalten herauszuarbeiten und Anknüpfungspunkte für geeignete umweltpolitische Strategien und Maßnahmen zu identifizieren.

Strategisch bedeutet dies, aktiv Schnittstellen zu anderen Politikbereichen und Ressorts zu suchen. Umweltpolitik kann hierfür aufzeigen, dass die ökologische Dimension einen zentralen Bestandteil vieler Politiksektoren bildet und Synergien bestehen, die es herauszuarbeiten und zu nutzen gilt. Gleichzeitig kann Umweltpolitik signalisieren, dass auch die sozialen und wirtschaftlichen Aspekte von ihr mitberücksichtigt werden und sie bereit ist, zu einer integrativen Gesellschaftspolitik beizutragen. Die Idee einer „Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik“ kann hierbei als ein integratives Konzept gewinnbringend sein.

Beispiel

Die Erweiterung des Zuständigkeitsbereichs des BMUB für Stadtentwicklung, Wohnen und Bauen birgt Chancen und Potenziale, Umwelt- und Klimaschutzziele in weitere politische Sektoren und gesellschaftliche Lebensbereiche zu integrieren und Reibungsverluste zu vermindern.

Unterstützungsstrukturen systematisch nutzen

Eine perspektivische Erweiterung von Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik kann man als einen innerbehördlichen Transformationsprozess in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung verstehen und letztlich als integralen Bestandteil einer transformativen Umweltpolitik. Wissenschaft hat in diesem Prozess die Aufgabe, eine Wissensgrundlage für einen solchen Wandlungsprozess bereitzustellen. Wissenschaftliche Erkenntnisse können den Prozess der Neuausrichtung unterstützen und reflektierend begleiten. Die Umweltpolitik kann die Ergebnisse der vermehrt inter- und transdisziplinären Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung nutzen und sie systematisch für die Bereitstellung von System- und Orientierungswissen, die Sondierung gesellschaftlicher Diskurse sowie die Eruierung förderlicher und hinderlicher Bedingungen einsetzen. Ferner stehen bereits innerhalb der Behörden verschiedene unterstützende Strukturen zur Verfügung.

Beispiel

Die Einrichtung des Referats für Beteiligung am BMUB ermöglicht es, die Fachabteilungen in der Planung, Durchführung und Auswertung von Maßnahmen der Bürgerbeteiligung zu beraten und zu unterstützen.

7.2 Anhang B: Materialien zum Fachgespräch „Ressourcenschutz“

1. Einladung
2. Impulspapier



Fachgespräch Ressourcenschutz

Ort: Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin, Raum 6.06

Zeit: 15. September 2014, 9-13 Uhr mit anschließendem Mittagsimbiss

Die aktuelle Umwelt- und Naturschutzpolitik sieht sich im Zuge der erforderlichen großen Transformation immer stärker mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen konfrontiert und mit der Herausforderung, Themen wie Partizipation, soziale Innovationen und Fairness bei der Planung und Umsetzung umweltpolitischer Maßnahmen stärker zu berücksichtigen und als Ansatzpunkte zur Beförderung umweltpolitischer Anliegen zu nutzen.

Das vom BMUB geförderte Vorhaben „Umwelt- und Naturschutzpolitik als Gesellschaftspolitik – Konzepte und zukünftige Herausforderungen“ sondiert, wie in verschiedenen umweltpolitischen Bereichen mit dieser Herausforderung umgegangen wird. Auf dieser Grundlage soll im BMUB und den nachgeordneten Behörden eine Diskussion über ein gemeinsames Verständnis von Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik angeregt werden.

Am **15.9.2014** soll die Debatte in Form eines Fachgesprächs beispielhaft zum Thema Ressourcenschutz geführt werden. Dazu wird bis Anfang September ein Vorbereitungspapier verschickt.

Zum Fachgespräch sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BMUB und der nachgeordneten Behörden (UBA und BfN) herzlich eingeladen. Bitte melden Sie sich **bis 31.8.14** bei Frau Prof. Schäfer (schaefer@ztg.tu-berlin.de) an.



Ablauf Fachgespräch Ressourcenschutz am 15.9.2015

Wann	Was	Wer
9.00-9.15	Begrüßung durch BMUB und Auftragnehmer Vorstellung der Intention des Projekts und des Fachgesprächs	BMUB, ZTG/IÖW
Block I: Diskussion der Potenziale der Berücksichtigung gesellschaftspolitischer Fragestellungen für den Ressourcenschutz		
9.15-9.45	Input der Auftragnehmer zu den zur Diskussion stehenden Thesen und ihrer Relevanz für den Ressourcenschutz	ZTG
9.45-10.45	Diskussion	Moderation: ZTG
10.45-11.00	Pause	
Block II: Diskussion der nächsten Schritte und des Unterstützungsbedarfs		
11.00-11.20	Externer Kommentar zur Relevanz der Integration gesellschaftspolitischer Aspekte in Ressourcenschutz-Strategien <ul style="list-style-type: none"> • Welche Erfahrungen liegen hierzu am Wuppertal Institut vor? • Wie können die Potenziale ausgeschöpft werden? 	Dr. Maja Göpel, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
11.20-11.35	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenfassung der wichtigsten Punkte aus der Diskussion • Vorstellung weiterer geplanter Schritte im Projekt 	ZTG
11.35-12.45	Diskussion über die nächsten Schritte und den Unterstützungsbedarf: <ul style="list-style-type: none"> • Was ist notwendig, damit gesellschaftspolitische Fragestellungen besser in die alltägliche Arbeit integriert werden können? • Welcher Unterstützungsbedarf wird hierfür gesehen? • Welche Formate sind dazu geeignet? • Wie kann die Diskussion zu diesem Thema im BMUB, UBA, BfN in Zukunft weitergeführt/ vertieft/ institutionalisiert werden? 	Moderation: ZTG
12.45-13.00	Wrap Up, Verabschiedung	BMUB

Impulspapier

Potenziale der Berücksichtigung gesellschaftspolitischer Aspekte in der Umwelt- und Naturschutzpolitik – das Beispiel ProgRes

Das Projekt „Umwelt- und Naturschutzpolitik als Gesellschaftspolitik – Konzepte und zukünftige Herausforderungen“ soll einen konkreten Beitrag zu einer integrierten Umweltpolitik leisten. Die aktuelle Umweltpolitik sieht sich immer stärker mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen konfrontiert. Ob die Forderung nach Bürgerbeteiligung, die Entwicklung sozialer Innovationen oder Debatten über Fairness, Gerechtigkeit und Demokratie – für die Planung und Umsetzung umweltpolitischer Maßnahmen sind neue Herausforderungen entstanden, auf die Umweltpolitik reagieren muss.

Das vom BMUB geförderte Vorhaben „Umwelt- und Naturschutzpolitik als Gesellschaftspolitik – Konzepte und zukünftige Herausforderungen“ sondiert, wie in verschiedenen umweltpolitischen Bereichen mit diesen Herausforderung umgegangen wird. Das Projekt soll eine Diskussionsgrundlage schaffen für die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses von Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik und hilfreichen Unterstützungsstrukturen.

Dies stellt die Grundvoraussetzung für eine integrativ ausgerichtete Umweltpolitik dar, die damit nicht nur ihre Anschlussfähigkeit an andere Politikfelder, sondern auch ihre Reichweite und Effektivität vergrößert. Die Auftragnehmer, das Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin (ZTG) und das Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), haben hierzu ein Thesenpapier erarbeitet, das eine Systematik zur Bearbeitung gesellschaftspolitischer Fragestellungen anbietet und als Grundlage für den Verständigungsprozess dienen kann.

Zur Systematisierung der gesellschaftspolitischen Perspektive wird sie in diesem Vorhaben mit den drei Themenfeldern „Gesellschaftliche Wirkung von Umwelt- und Naturschutzpolitik“, „zivilgesellschaftliches Engagement, Beteiligung und Umwelthandeln“ sowie „Fairness und Gerechtigkeit“ beschrieben, die jeweils mit den drei Spannungsfeldern „Demokratie“, „kultureller Wandel“ und „individuelle Chancen und gesellschaftliche Hemmnisse“ verknüpft sind.

Im Folgenden sind die Potenziale, die sich aus einer solchen gesellschaftspolitischen Perspektive ergeben, beispielhaft für das Themenfeld Ressourcenschutz dargestellt. Hierbei handelt es sich um eine Sondierung auf der Basis maßgeblicher Dokumente zum Deutschen Ressourceneffizienzprogramm „ProgRes“ der Bundesregierung¹, das im Februar 2012 verabschiedet wurde und seitdem kontinuierlich fortgeschrieben wird. Das Impulspapier ist wie folgt aufgebaut: Nach einer allgemeinen Einschätzung zur gesellschaftspolitischen Relevanz des Ressourcenschutzes anhand der vorliegenden Dokumente zu ProgRes werden die im Papier formulierten grundlegenden Thesen an das Ressourceneffizienzprogramm angelegt und in Hinblick darauf diskutiert, wie eine sozialwissenschaftliche Perspektive zu einer erfolgreichen, fairen und demokratischen Ressourcenschutzpolitik weiter beitragen kann.

¹ Basis für die Sondierung sind vorrangig Stellungnahmen und Berichte zu ProgRes auf der Website des „Netzwerks Ressourceneffizienz“ und Berichte aus dem Forschungsprojekt PolRes (FFU/ IÖW 2013).

Das vorliegende Dokument wird als Impulspapier für das Fachgespräch am 15. September 2014 verstanden, bei dem diskutiert werden soll, welche Möglichkeiten zum Umgang mit den gesellschaftlichen Herausforderungen des Ressourcenschutzes bereits umgesetzt werden, welche weiteren Potenziale gesehen werden und wie diese Erweiterung der Perspektive unterstützt werden kann.

Allgemeine Einschätzungen zur gesellschaftspolitischen Relevanz von Ressourcenpolitik

Das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm (ProgRes) wurde vom Bundeskabinett am 29. Februar 2012 verabschiedet. Ziel von ProgRes ist es, durch die nationale Ressourceneffizienzpolitik dazu beizutragen, die Entnahme und Nutzung natürlicher Ressourcen nachhaltiger zu gestalten, Umweltbelastungen zu reduzieren sowie die globale Verantwortung für die ökologischen und sozialen Folgen der Ressourcennutzung wahrzunehmen (BMUB 2012: 7 ff.). Damit sollen der strukturellen Nicht-Nachhaltigkeit derzeitiger Ressourcennutzungen begegnet und ökologische und soziale Aspekte in zukünftige Nutzungskonzepte integriert werden.

Eine solch weitgehende sozial-ökologische Orientierung und Umsetzung ist nur unter Beteiligung der relevanten gesellschaftlichen Akteure möglich. Entsprechend kommen Maßnahmen und Governance-Strategien bei ProgRes zum Einsatz, die auf Kooperationen, Vereinbarungen und auf Informations- und Bildungsangebote abzielen. Neben solchen akteursorientierten Strategien spielen ressourceneffiziente Zukunftstechnologien eine entscheidende Rolle, um dem Ziel einer nachhaltigen Ressourcennutzung und deren gesellschaftlicher Verankerung näher zu kommen.

Die Ausrichtung von ProgRes auf Effizienzsteigerung sowie die Fokussierung auf einzelne Sektoren und Stoffströme sind wichtige Strategieelemente einer wirksamen Ressourcenpolitik. Gleichzeitig sind Strategien wichtig, die auf einen reduzierten Einsatz von Ressourcen fokussieren und auf die sozialverträgliche Gestaltung von Ressourcenpolitik unter den Bedingungen einer verringerten Verfügbarkeit. Soll das Ziel der Ressourceneinsparung erreicht werden, sind auch die Bürgerinnen und Bürger mit „Zumutungen“ im Sinne von Ressourcenverknappung bzw. -verteuerung und der Notwendigkeit veränderter Verhaltensroutinen und Konsumgewohnheiten konfrontiert. Zudem geht der Abbau von Rohstoffen mit teilweise massiven Eingriffen in die natürliche Umwelt einher. Aus Entwicklungs- und Schwellenländern wird zudem neben Umweltschäden und Biodiversitätsverlust auch von Menschenrechtsverletzungen berichtet. Die global steigende Nachfrage nach Rohstoffen droht die Lage zu verschärfen. Es besteht die Gefahr von massiven sozialen Konflikten und kriegerischen Auseinandersetzungen, die kaum mehr politische Gestaltungsspielräume lassen. Eine konsequente Ressourcenschonungspolitik wird spürbare Auswirkungen auf den Alltag aller Menschen haben. Daher scheint es ratsam zu sein, frühzeitig gesellschaftliche Akzeptanz zu schaffen und vorbereitend auf die Einsicht in die Notwendigkeit veränderter Lebensgewohnheiten und ressourcenschonender Maßnahmen hinzuwirken. Hierbei muss besonders berücksichtigt werden, dass unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und Akteure in unterschiedlicher Art und Weise von den Anforderungen nachhaltigerer Ressourcennutzung betroffen sind bzw. sein werden. Dies sind Beispiele für die grundlegenden gesellschaftspolitischen Herausforderungen, mit denen umwelt- und naturschutzpolitische Maßnahmen konfrontiert sind und zunehmend sein werden.

Die Sozialwissenschaften können wesentlich dazu beitragen, die gesellschaftspolitische Relevanz von Ressourcenpolitik aufzuzeigen und Strategien im Umgang mit den Herausforderungen zu erarbeiten. Mithilfe der einzelnen im Thesenpapier bearbeiteten Themenfelder „Gesellschaftliche

Diskurse und Synergien für Umwelt- und Naturschutzpolitik“, „Gesellschaftliches Engagement, Beteiligung und Umwelthandeln“ sowie „Fairness und Gerechtigkeit“ einschließlich der damit verknüpften Spannungsfelder „Demokratie“, „kultureller Wandel“ und „individuelle Chancen und gesellschaftliche Hemmnisse“ lassen sich Anknüpfungspunkte identifizieren, wie sich Ressourcennutzungskonzepte gesellschaftlich einbetten lassen. Potenziale ergeben sich vor allem durch das Aufgreifen gesellschaftspolitischer Diskurse für die Suche nach neuen Bündnispartnern, die Schaffung einer neuen Beteiligungskultur, die Förderung sozialer Innovationen oder die Beachtung von Fairnessaspekten in ressourcenpolitischen Entscheidungsprozessen. Diese gesellschaftspolitischen Anknüpfungspunkte werden im Folgenden systematisch beschrieben und Fragen ihrer Relevanz und Umsetzbarkeit an die umweltpolitischen Expertinnen und Experten formuliert.

Bezüge von ProgRess zu den Themen- und Spannungsfeldern

Die Behandlung gesellschaftspolitischer Aspekte in der Ressourcenpolitik soll sich im Folgenden an den grundlegenden, im Rahmen des Projekts „Umwelt- und Naturschutzpolitik als Gesellschaftspolitik“ formulierten, Thesen orientieren. Anhand dieser sieben Thesen wird diskutiert, wo aus sozialwissenschaftlicher Perspektive Anknüpfungspunkte für eine erfolgreiche, gerechte und demokratische Ressourcenpolitik bestehen. Die Thesen liegen an den Schnittstellen zwischen den oben bereits erwähnten drei Themenfeldern „Gesellschaftliche Wirkung von Umwelt- und Naturschutzpolitik“, „Zivilgesellschaftliches Engagement/Beteiligung/Umwelthandeln“ und „Fairness und Gerechtigkeit“, mit denen die gesellschaftspolitische Perspektive in diesem Projekt systematisiert wird. Sie sind im Kontext gesellschaftlicher Diskussionen verankert, die zu Spannungen zwischen der Ausrichtung und Wirkweise von ressourcenpolitischen Maßnahmen im gesellschaftlichen Kontext führen können.

Diese Spannungsfelder stellen gesellschaftspolitische Herausforderungen für die Ressourcenpolitik dar. Sie werden beschrieben mit „*Demokratie*“ (Ressourcenpolitische Entscheidungen können nicht top-down ‚verordnet‘ werden, sondern müssen demokratisch legitimiert sein); „*Kultureller Wandel*“ (‚Ressourcenleichte Lebensstile‘ widersprechen dem derzeitigen Verständnis von Lebensqualität und Wohlstand); und „*Individuelle Chancen und gesellschaftliche Hemmnisse*“ (Die Veränderung individueller Verhaltensroutinen erfordert eine Flankierung durch unterstützende strukturelle Rahmenbedingungen).

Durch eine systematische Analyse von ProgRess im Kontext der Themen- und Spannungsfelder ist es möglich, für jede These zu diskutieren, welche gesellschaftspolitischen Herausforderungen mit der Ressourcenpolitik verknüpft sind, welche davon bereits bearbeitet werden sowie wo Herausforderungen und Potenziale einer stärkeren Integration gesellschaftspolitischer Perspektiven bestehen.

These 1: Eine Umwelt- und Naturschutzpolitik, die gesellschaftliche Diskurse als Chance erkennt und nutzt, kann sich besser in laufende Transformationsprozesse und Diskussionen einbringen (Stichwort „Politikintegration“).

Das Ressourceneffizienzprogramm ProgRess weist in seiner Ausrichtung bereits heute eine hohe Anschlussfähigkeit an Wirtschaft und wirtschaftspolitische Diskurse, wie der zu qualitativem Wachstum, auf. So werden an verschiedenen Stellen des Programms die Synergien zwischen der Erhöhung von Ressourceneffizienz und wirtschaftlichen Belangen aufgezeigt. Insbesondere die Entwicklung und der verstärkte Einsatz von Effizienztechnologien werden als eine entscheidende Marktchance für die Wirtschaft verstanden. Das Ausschöpfen dieser Synergien ist für die Strategie von ProgRess von zentraler Bedeutung. Sie trägt zur nachhaltigen Nutzung und zum Schutz natür-

licher Ressourcen bei und fördert gleichzeitig die Wirtschaftskraft beziehungsweise behindert sie nicht.

Weitere Beispiele, bei denen gesellschaftliche Diskurse durch ProgRes aufgegriffen werden, finden sich in Beispielfeld 3 „Nachhaltiges Planen und Bauen“. Hier werden Diskurse zum demographischen Wandel und zur Binnenwanderung als handlungsorientierende gesellschaftspolitische Entwicklungen herangezogen. Zudem werden im Bereich Konsum die Grenzen des Wachstums und die Notwendigkeit der Ressourcenschonung als gesellschaftspolitischer Orientierungsrahmen benannt. Ähnlich wie bei der Maßnahmenumsetzung des Diskurses zum qualitativen Wachstum, geht es in diesen Beispielfeldern um die Erreichung eines bewussteren Konsums in Form von vermehrter Nutzung ressourceneffizienter Produkte.

Der Fokus des Programms liegt im Bereich der Angebotsseite auf Maßnahmen der Effizienzsteigerung durch technischen Fortschritt, Produktentwicklungen und Nutzungskonzepte einschließlich Recycling und Kreislaufführung. Zusätzlich zu einer ressourcenschonenden Produktgestaltung ergeben sich aus sozialwissenschaftlicher Perspektive weitere gesellschaftspolitische Anknüpfungspunkte an gesellschaftliche Diskurse für eine nachhaltige Ressourcenpolitik. Einsparungen von Ressourcen geraten dort an ihre Grenzen, wo Einspareffekte durch zusätzliches Wachstum kompensiert werden, sogenannte Rebound Effekte. Z.B. wurde im Rahmen der Enquete Kommission „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ entsprechend eine absolute Reduktion des Umweltverbrauchs diskutiert (vgl. Münch et al. 2013: 2; Presseerklärung NABU vom 29.2.2012).

Damit geht einher, dass in einigen gesellschaftlichen Bereichen (Verbände, Kirchen etc.) die Diskussion über Suffizienz als normativem Orientierungsrahmen für Veränderungsmaßnahmen geführt wird. Suffizienzstrategien eröffnen die Chance, die Veränderung von Lebensstilen und Konsummustern verstärkt in den Blick zu nehmen, wenn es gelingt, veränderte Lebensgewohnheiten nicht als Verzicht, sondern als Zugewinn an Lebensqualität zu verdeutlichen. Eine Erweiterung der ressourcenpolitischen Strategien hin zum Leitbild einer „ressourcenleichten Gesellschaft“ bietet somit Anknüpfungspunkte an den gesellschaftlichen Diskurs des Postwachstums.

Folgerung: Durch eine gesellschaftspolitische Perspektive können Bezüge der Umweltpolitik zu gesellschaftlichen Diskursen identifiziert und hergestellt und in Hinblick auf ihre fördernden und hindernden Implikationen für umweltpolitische Ziele analysiert werden.

Fragen an die Experten:

- Welche Bezüge zu anderen gesellschaftlichen Debatten werden gesehen und diskutiert?
- Wie werden der Nutzen und das Potenzial eingeschätzt, die Ressourcenschutzpolitik durch das Aufgreifen aktueller Diskurse maßgeblich voranzubringen?

These 2: Vor dem Hintergrund eines erweiterten Demokratieverständnisses ergibt sich für Umwelt- und Naturschutzpolitik die Herausforderung, eine breite gesellschaftliche Beteiligung zu ermöglichen und diese in politische Prozesse der Strategie- und Maßnahmenentwicklung einzubetten.

Die Entwicklung des Ressourceneffizienzprogramms ProgRes bot bereits verschiedenen gesellschaftlichen Interessensgruppen die Möglichkeit, sich an der Programmgestaltung, seiner Schwerpunktsetzung und der Maßnahmenauswahl zu beteiligen. Bei den beteiligten Stakeholdern handelt es sich größtenteils um Wirtschaftsakteure aus den Bereichen Produktion und Verarbeitung. In geringerem Umfang wurden außerdem Gewerkschaften, Verbraucherzentralen oder die Deutsche

Bundesstiftung Umwelt einbezogen. Zusätzliche Potentiale ergeben sich dadurch, weitere zivilgesellschaftliche sowie bürgerschaftliche Akteure stärker an Gestaltungsprozessen zukünftiger Ressourcenpolitik zu beteiligen, denn sie können als Expertinnen und Experten für ihren Alltag in vielfältiger Weise zur Ressourcenschonung beitragen. Hierbei ist es von Bedeutung, verschiedene Zielgruppen mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Instrumenten einzubeziehen. Bestandteil einer neuen Beteiligungskultur ist es, die Gestaltungsspielräume gegenüber den Mitwirkenden frühzeitig offenzulegen und förderliche Rahmenbedingungen für ernstgemeinte Partizipation zu schaffen (z.B. niedrighschwellige Zugänge für unterschiedliche Personenkreise, Empowerment, Aufwandsentschädigungen, Freistellungen).

Folgerung: Die Sozialwissenschaften können in diesem Bereich einerseits zur Gestaltung der Verfahren und Methodenentwicklung beitragen und andererseits bei der Auswertung und Bewertung der Ergebnisse unterstützen.

Fragen an die Experten:

- Was wird in Bezug auf Bürgerbeteiligungsverfahren, geeignete Methoden, „echte“ Mitspracherechte und Entwicklung einer neuen Beteiligungskultur bereits diskutiert?
- Wie werden der Nutzen und das Potenzial einer breiten Bürgerbeteiligung eingeschätzt, die Ressourcenschutzpolitik maßgeblich voranzubringen?
- Welche Hindernisse und welcher Unterstützungsbedarf werden gesehen?

These 3: Soziale Innovationen für Nachhaltigkeit, Klima- und Ressourcenschutz sind für eine gesellschaftspolitisch orientierte Umwelt- und Naturschutzpolitik von besonderer Bedeutung, da sie gesellschaftliche Probleme und Wege zu ihrer Lösung aufzeigen und zu einer breiten Diffusion nachhaltiger Normen und Lebensstile beitragen.

Ein sozialwissenschaftlich orientiertes Innovationsverständnis geht über technologische Innovationen zur Steigerung der Ressourceneffizienz hinaus und schließt soziale Innovationen im Sinne von alternativen Angebots- und Nutzungsformen mit ein. Soziale Innovationen können für nachhaltigere Produktion und nachhaltigen Konsum eine wichtige Rolle spielen (siehe auch Rückert-John et al. 2014; Scholl et al. 2013: 1 ff.). Sie haben eine hohe Bedeutung als gesellschaftliche Experimentierräume beispielsweise für ressourcenleichte Lebensstile, sie können eine wichtige Rolle dabei spielen, dominante Wertvorstellungen zum Erwerb und der Nutzung von Produkten in Frage zu stellen (Lernprozesse) und können damit einen Beitrag zum kulturellen Wandel leisten. Durch soziale Innovationen können zudem neue Kooperationen und Bündnisse für den Ressourcenschutz entstehen.

Soziale Innovationen bieten für die Ressourcenpolitik zahlreiche Anknüpfungspunkte. In bestehenden Förderprogrammen und -initiativen (wie z. B. der Verbändeförderung) wird bereits die Entstehung sozialer Innovationen untersucht und gefördert. Beispiele mit hoher Relevanz für den Ressourcenschutz sind Reparaturcafés oder Re-Use-Werkstätten, Tauschringe, Car-Sharing- oder Secondhand-Anbieter sowie Pionierprojekte von zivilgesellschaftlichen Initiativen für nachhaltige Lebensstile (zum Beispiel Beratungssysteme und Community-Bildung im Web 2.0, BMUB 2012: 54).

Auch die öffentliche Beschaffung übernimmt eine wichtige Vorreiterfunktion für die Ausweitung sozialer Innovationen. Sie wird in ProgRes als ein wichtiges Handlungsfeld benannt (vgl. Münch et al. 2013: 1 ff.) und bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte. Gerade in diesem Feld kann sich die

Umweltverwaltung als Pionier durch beispielhaftes Handeln zeigen. So könnte eine Entwicklung von der Nische in den Mainstream befördert werden, wenn für kommunale Fuhrparks Car-Sharing genutzt wird oder wenn kommunale Fuhrparks auch für Car-Sharing zur Verfügung stehen. Ähnliche Entwicklungen wären zu erwarten, wenn Angebote des Teilens und Tauschens beziehungsweise der Bezug von Re-Use-Produkten verstärkt durch öffentliche Einrichtungen aufgegriffen oder befördert würden. Eine entsprechend offensive, innovative und verbindliche öffentliche Beschaffungspolitik kann daher ein wichtiges Element für den Ressourcenschutz sein. Bisher bestehen bei der praktischen Umsetzung noch deutliche Potenziale: In Deutschland werden bisher nur 46 Prozent der öffentlichen Ausgaben umweltfreundlich gestaltet.

In diesem Zusammenhang existieren zahlreiche Herausforderungen, wie das Ausräumen von Rechtsunsicherheiten und Risiken für Beschaffer, fehlende Orientierungsgrundlagen und Informationsdefizite sowie Mehrkosten (Münch et al. 2013: 2 ff.), denen es sich zu stellen gilt.

Folgerung: Eine gesellschaftspolitische Perspektive kann dazu beitragen, soziale Innovationen mit Relevanz für den Ressourcenschutz zu identifizieren, Förderempfehlungen zu erarbeiten und zu evaluieren.

Fragen an die Experten:

- Was wird in Bezug auf die Entwicklung und Nutzung sozialer Innovationen bereits diskutiert?
- Wie werden der Nutzen und das Potenzial eingeschätzt, die Ressourcenpolitik durch soziale Innovationen maßgeblich voranzubringen?

These 4: Ausschließlich an Einstellungen und Wissen ausgerichtete umweltpolitische Maßnahmen zur Förderung von Umwelthandeln greifen zu kurz, da das Handeln der Bürgerinnen und Bürger in Alltagskontexte eingebettet ist, die umweltgerechtes Handeln unabhängig von entsprechenden Motiven ermöglichen oder verhindern können.

Das Handlungsfeld von ProgRess, „Konsum ressourceneffizienter gestalten“ zielt explizit auf die Schaffung von unterstützenden Strukturen für nachhaltigeres Alltagshandeln ab. In dem Programm wird hervorgehoben, dass die Konsumentinnen und Konsumenten durch ihre Kaufentscheidungen Einfluss auf Art und Menge des Ressourceneinsatzes haben. Verantwortungsbewusstes Handeln wird daher als Kernkompetenz mithilfe von ProgRess gefördert. Entsprechend werden Bildungs- und Informationsmaßnahmen für die Zielgruppe Handel und Konsument eine zentrale Bedeutung beigemessen und die Strategie verfolgt, den Konsumentinnen und Konsumenten Informationen und Wissen zu Umweltschutz und Ressourcenschonung, z. B. in Form von Labels, zur Verfügung zu stellen. Handlungsleitende Idee ist es, Verbraucher und Konsumenten verstärkt für ressourcenschonende Produkte, deren nachhaltige Nutzung und anschließende Entsorgung zu sensibilisieren, um langfristig ein öffentliches Bewusstsein für die Notwendigkeit eines schonenden und effizienten Umgangs mit Ressourcen zu schaffen. Allerdings liegt die Entwicklung nachhaltiger Lebensstile nicht allein in der Verantwortung jedes Einzelnen. Deshalb ist es notwendig, über die individuellen Maßnahmen der Information und Umweltbildung hinaus die Potenziale für einen wirksamen Ressourcenschutz zu nutzen, die in der Etablierung struktureller Rahmenbedingungen liegen, um nachhaltigeres Alltagshandeln zu ermöglichen bzw. zu vereinfachen (z.B. entsprechende Maßnahmen der Stadt- und Infrastrukturentwicklung, Etablierung von Angeboten und Dienstleistungen, die ressourcenleichte Lebensstile erleichtern).

Folgerung: Die Sozialwissenschaften können dazu beitragen, die komplexen Zusammenhänge zwischen Strukturen, Wissen, Können und Handeln für umweltrelevante soziale Praktiken herauszuarbeiten und Anknüpfungspunkte für geeignete Strategien und Maßnahmen zu identifizieren.

Fragen an die Experten:

- Was wird bereits in Bezug auf die Einbettung notwendiger Verhaltensänderungen in den Alltag der Bevölkerung diskutiert?
- Wie werden der Nutzen und das Potenzial eingeschätzt, die Ressourcenschutzpolitik maßgeblich durch die Schaffung struktureller Rahmenbedingungen für ressourcenleichte Lebensstile voranzubringen?

Thesen zu Fairness/Gerechtigkeit

Aufgrund des engen thematischen Zusammenhangs zwischen den Thesen 5-7 im Themenfeld Fairness/Gerechtigkeit wird ihre Relevanz für die Ressourcenpolitik im folgenden Abschnitt gemeinsam behandelt.

These 5: Eine Herausforderung der Umwelt- und Naturschutzpolitik liegt darin, normative Belange sowohl von den heute und in der Zukunft lebenden Menschen sowie der nicht-menschlichen Umwelt in demokratischen Aushandlungsprozessen angemessen zu berücksichtigen.

These 6: Umwelt- und Naturschutzpolitik kann mit seinen Maßnahmen zeigen, dass Fairness ein kultureller Wert ist, den es lohnt, durch integratives Politikverständnis und im eigenen Alltag zu stärken.

These 7: Die Umwelt- und Naturschutzpolitik steht vor der Herausforderung, bestehende Ungerechtigkeiten zu verringern, keine neuen entstehen zu lassen und die in ihr angelegten Chancen zur Erhöhung der individuellen Lebensqualität zu befördern und ökologisch gerechte Lebensweisen zu ermöglichen.

Natürliche Ressourcen sind ein wesentliches Mittel, um grundlegende menschliche Bedürfnisse zu befriedigen und um ein gelingendes menschliches Leben zu führen. Gleichzeitig sind sehr viele natürliche Ressourcen knapp. Damit ergeben sich bei der Nutzung natürlicher Ressourcen Fragen der Verteilungsgerechtigkeit. Weil insbesondere viele abiotische Rohstoffe auf begrenzten Territorien vorhanden sind, während alle Menschen weltweit auf sie angewiesen sind, kommen außerdem Prinzipien globaler Gerechtigkeit beim Umgang mit diesen Rohstoffen ins Spiel. Schließlich ist insbesondere für die nationale Politik die Frage der gerechten Verteilung von Ressourcen innerhalb eines Landes von Bedeutung und somit eng mit der sozialen Frage verknüpft.

In Bezug auf die **intergenerationelle** Gerechtigkeit ist insbesondere das Verbrauchsniveau in der Gegenwart von entscheidender Bedeutung dafür, welche Ressourcen künftigen Generationen zur Verfügung stehen werden. Die folgende Minimalforderung an intergenerationelle Gerechtigkeit ist (innerhalb der akademischen Literatur) kaum umstritten: Zukünftige Generationen sollen zumindest die gleichen Möglichkeiten erhalten ein gutes menschliches Leben zu führen, wie sie vorherigen Generationen zur Verfügung standen. Die Enquete Kommission (1994) hat bereits frühzeitig dieses Prinzip auf den Umgang mit Ressourcen übertragen: Im selben Maße, in dem endliche Ressourcen verbraucht werden, müssen Ersatzpotenziale im Bereich nicht-endlicher Ressourcen für künftige Generationen bereitgestellt werden. Um diesem Prinzip zu genügen, stellen Strategien

der Wiedergewinnung und Kreislaufwirtschaft von endlichen Rohstoffen eine Möglichkeit dar, durch die die weitere Gewinnung und der Verbrauch endlicher Rohstoffe verringert werden kann. Eine weitere Möglichkeit sind Suffizienzstrategien, durch die der Gesamtumlauf von Rohstoffen reduziert wird.

Im Hinblick auf **intragenerationelle** Gerechtigkeit stellen sich insbesondere Fragen der Fairness internationaler Handelsbeziehungen und der Bedingungen, unter denen endliche abiotische Rohstoffe gewonnen werden. Es gibt zahlreiche Anhaltspunkte dafür, dass bei der Entnahme und der Verarbeitung von Rohstoffen gegen Prinzipien sozialer und ökologischer Gerechtigkeit verstoßen wird (z. B. schwerwiegende Eingriffe in die Natur, Umsiedlung der Landbevölkerung ohne angemessene Kompensation) und dass die Einnahmen aus dem Verkauf von Rohstoffen für die Finanzierung von kriegerischen Auseinandersetzungen und politische Umstürze genutzt werden (Letzteres wird unter dem Stichwort „Ressourcenfluch“ diskutiert.). Einige Philosophinnen und Philosophen (z. B. Peter Singer, Thomas Pogge) argumentieren, dass die Industrieländer für Ungerechtigkeiten mitverantwortlich sind, wenn sie Ressourcen nutzen oder erwerben, obwohl sie wissen, dass sie unter ungerechten Bedingungen gewonnen oder verarbeitet wurden.

In diesem Zusammenhang ist die 2010 beschlossene Rohstoffstrategie der Bundesregierung, die Rohstoffpartnerschaften mit ausgewählten Lieferländern auch zum Ausgleich von Nord-Süd-Ungerechtigkeiten vorsieht (BMUB 2012: 43), als ein wichtiger Schritt zu begrüßen. Hier heißt es, dass „Deutschland im Rahmen seiner Möglichkeiten dazu beitragen will, dass die ‚ökologischen Rucksäcke‘ seiner Importe reduziert und negativen Auswirkungen aufgrund von Verlagerungseffekten und Abfallexporten („Burden shifting“) weitestgehend vermieden werden“ (BMUB 2012: 32). Geschehen soll dies durch Kooperationen mit Partnerländern zur Ausgestaltung von Verfahren und Standards und durch den Transfer von umwelt- und ressourcenschonenden Technologien. Durch diesen Transfer sollen Entwicklungs- und Schwellenländer beim Aufbau innovationsfreundlicher Rahmenbedingungen und bei der Identifikation und Umsetzung eigener Wege nachhaltiger Entwicklung unterstützt werden (BMUB 2012: 32).

Als weiterer Aspekt stellt sich die Frage des Umgangs mit „Abfällen“ aus Industrieländern, die potenzielle Rohstoffreservoirs darstellen. Der Ausbau einer ressourceneffizienten Kreislaufwirtschaft hat in ProgRess Vorrang (BMUB 2012: 57-60). Hier kommt es darauf an, regelmäßig zu evaluieren, inwieweit die formulierten Handlungsansätze bisher umgesetzt wurden. Besteht dennoch die Notwendigkeit der Entsorgung von Reststoffen, so ist zu prüfen, ob manche (Welt-)Regionen oder Bevölkerungsgruppen hierdurch unverhältnismäßig belastet sind – oder davon unverhältnismäßig profitieren.

Die Fragen der intergenerationellen und der globalen Gerechtigkeit haben auch Implikationen für die Frage nach der Gerechtigkeit im Umgang mit Ressourcen im nationalen Kontext. Zum einen liefern Prinzipien intergenerationeller und globaler Gerechtigkeit Gründe dafür, den Ressourcenverbrauch auf nationaler Ebene absolut zu reduzieren. Damit stellt sich in Bezug auf den Umgang mit Ressourcen eine analoge Gerechtigkeitsfrage wie bezüglich des Klimaschutzes: wenn Prinzipien intergenerationeller und globaler Gerechtigkeit eine absolute Verbrauchssenkung fordern, wie kann diese Reduktion auf nationaler Ebene so umgesetzt werden, dass benachteiligte soziale Gruppen nicht übermäßig getroffen werden? Da zu erwarten ist, dass bei einigen Rohstoffen künftig weltweite Knappheit eintreten wird, verschärft sich diese Frage. Konkret kann dies zu stark erhöhten Kosten für viele Produkte führen. Das wirft weitere Fragen auf: Wird die höhere Belastung gleichmäßig auf die Partner der Wertschöpfungskette verteilt oder allein an die Endkundinnen und -kunden weitergegeben? Wird einer unverhältnismäßigen finanziellen Belastung mancher Bevölke-

rungsgruppen durch entsprechende Maßnahmen gegengesteuert? Hier bieten sich für die Ressourcenpolitik zahlreiche Anknüpfungspunkte, diese Aspekte stärker als bisher gesellschaftlich zu diskutieren und aufzugreifen.

Folgerung 1: Eine gesellschaftspolitische Perspektive kann dazu beitragen, die unterschiedlichen Gerechtigkeitsdimensionen heute – zukünftig, lokal – global zu identifizieren und die damit verbundenen Herausforderungen einer gerechten Verteilung der Lasten von Ressourcenschutzmaßnahmen herauszuarbeiten.

Folgerung 2: Die Sozialwissenschaften können dazu beitragen, gesellschaftliche Trends zu suffizienteren Lebensstilen zu identifizieren und Empfehlungen zu erarbeiten, wie sich diese Potenziale systematischer für eine gerechtere Ressourcenpolitik nutzen lassen.

Folgerung 3: Eine gesellschaftspolitische Perspektive kann Aspekte der Umsetzung intragenerationeller Gerechtigkeit thematisieren, damit hier und heute benachteiligte Gruppen durch entsprechende Maßnahmen nicht noch mehr Nachteile erleiden, sondern bestenfalls davon profitieren.

Folgerung 4: Die Sozialwissenschaften können systematisch herausarbeiten, wie sich Ressourcenschutzpolitik positiv auf die individuelle Lebensqualität für verschiedene soziale Gruppen auswirken kann. Sie können Empfehlungen erarbeiten, wie neue Ungerechtigkeiten vermieden und bestehende verringert werden.

Fragen an die Experten:

- Was wird bereits in Bezug auf Fairness und Gerechtigkeit innerhalb der Ressourcenpolitik diskutiert?
- Wie werden der Nutzen und das Potenzial eingeschätzt, den Erfolg der Ressourcenschutzpolitik zu sichern und/oder maßgeblich voranzubringen indem Aspekte von Fairness und Gerechtigkeit stärker einbezogen werden?

Schlussfolgerung

Ressourcenpolitik ist mit zahlreichen gesellschaftlichen Herausforderungen konfrontiert. Das Programm ist bereits dahingehend angelegt, gesellschaftspolitische Aspekte zu berücksichtigen, insbesondere in den angebotsorientierten Bereichen der effizienteren Ressourcennutzung und -produktion. Zusätzliche Potenziale des Einbezugs gesellschaftspolitischer Aspekte ergeben sich dahingehend, in weiteren Politikfeldern Akteure zu identifizieren, die sich als strategisch-relevante Bündnispartner für Abstimmungsprozesse über eine zukünftige Ressourcenpolitik eignen. In diesem Zusammenhang sind auch soziale Innovationen zu nennen, die bereits gesellschaftlich Resonanz finden und an Bedarfe der Alltagswelt anschließen. Chancen und Grenzen einer neuen Beteiligungskultur, die Fairness und Gerechtigkeitsaspekte berücksichtigt und über formale Ansprüche hinausgeht, können eruiert werden. Schließlich können die Sozialwissenschaften den Bereich des nachhaltigen Alltagshandelns und dessen Relevanz für den Ressourcenschutz umfassend analysieren und die Entwicklung struktureller Maßnahmen unterstützen.

Für das Fachgespräch sind folgende übergreifende Fragen interessant:

- Welcher Beitrag/welche Unterstützung wird von den Sozialwissenschaften erwartet/ gewünscht, um den Herausforderungen einer erfolgreichen, gerechten und demokratischen Ressourcenpolitik zu begegnen?

- Wie wird der Nutzen der einzelnen Thesen für eine erfolgreiche, gerechte und demokratische Ressourcenpolitik eingeschätzt?

Referenzen

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2012): Deutsches Ressourceneffizienzprogramm (Progress) – Programm zur nachhaltigen Nutzung und zum Schutz der natürlichen Ressourcen. Berlin (Online: http://www.bmub.bund.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/progress_bf.pdf)
- Fachartikel Kaiser (2013): ProgRess – und wie geht es weiter? Neues vom deutschen Ressourceneffizienzprogramm“ (Online: <http://www.neress.de/themenspiegel/progress.html>)
- Outputs PolRess – Politik für Ressourceneffizienz. Fachbegleitung FFU der Ressourcenpolitik (Jacob et al.) <http://www.ressourcenpolitik.de/ergebnisse/>
- Münch, L./Jacob, K. (2013): Öffentliche Beschaffung zur Förderung der Ressourceneffizienz. Kurzanalyse 1 im Projekt Ressourcenpolitik: Analyse der ressourcenpolitischen Debatte und Entwicklung von Politikoptionen (PolRess).
 - Ferretti, J. / Jacob, K. / Werland, S. (2013): Rohstoffpartnerschaften im Rahmen der Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Kurzanalyse 2 im Projekt Ressourcenpolitik: Analyse der ressourcenpolitischen Debatte und Entwicklung von Politikoptionen (PolRess). Überarbeitete Version, Juli 2013.
 - Werland, Stefan (2014): Handlungspotenziale und Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen. Kurzanalyse 7 im Projekt Ressourcenpolitik: Analyse der ressourcenpolitischen Debatte und Entwicklung von Politikoptionen (PolRess). Berlin.
 - Scholl, G./Herr, J. (2014): Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz in Handelsunternehmen. Kurzanalyse 11 im Projekt Ressourcenpolitik: Analyse der ressourcenpolitischen Debatte und Entwicklung von Politikoptionen (PolRess).
 - Scholl, G./ Gossen, M./ Grubbe, M./ Brumbauer, T. (2013): Alternative Nutzungskonzepte– Sharing, Leasing und Wiederverwendung. Vertiefungsanalyse 1 im Projekt Ressourcenpolitik: Analyse der ressourcenpolitischen Debatte und Entwicklung von Politikoptionen (PolRess).
 - Werland, S. (2012): Rohstoffknappheit. Debattenanalyse 5.1 im Projekt Ressourcenpolitik: Analyse der ressourcenpolitischen Debatte und Entwicklung von Politikoptionen.
 - Jacob, K./ Werland, S./ Münch, L.(2013): Analyse der Debatten der Ressourceneffizienzpolitik in Deutschland: Erwartungen, Positionen und Konflikte der Ressourcenpolitik. Debattenanalyse 5.2 im Projekt Ressourcenpolitik: Analyse der ressourcenpolitischen Debatte und Entwicklung von Politikoptionen (PolRess).
 - Klaus Jacob, Stefan Werland, Lisa Münch (2012). Discussion Paper Erwartungen, Positionen und Konflikte der Ressourcenpolitik (link s. oben)
 - Münch, L./Jacob, K./Werland, S. (2013): Thesenpapier: Bedeutung der Ergebnisse der Enquete Kommission „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ für ProgRess /die Ressourcenpolitik Policy Paper 2 im Projekt Ressourcenpolitik: Analyse der ressourcenpolitischen Debatte und Entwicklung von Politikoptionen (PolRess).
 - Bienge, K. / Hierschnitz-Garbers, M. / Jacob, K. /Werland, S. (2013): Schlüsselfragender Ressourcenpolitik in der kommenden Legislaturperiode: Ein Zwischenruf aus der Wissenschaft. Policy Paper 3 im Projekt Ressourcenpolitik: Analyse der ressourcenpolitischen Debatte und Entwicklung von Politikoptionen (PolRess)
- Rückert-John, J./ Jaeger-Erben, M./ Schäfer, M. (2014): Soziale Innovationen im Aufwind. Ein Leitfaden zur Förderung sozialer Innovationen für nachhaltigen Konsum. Hrg. Umweltbundesamt (im Druck).

7.3 Anhang C: Materialien zum Fachgespräch „Klimaschutz“

1. Einladung
2. Impulspapier

Fachgespräch Klimaschutz

Ort: Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin, Raum 6.06

Zeit: 30. September 2014, 9-13 Uhr mit anschließendem Mittagsimbiss

Die aktuelle Umwelt- und Naturschutzpolitik sieht sich im Zuge der erforderlichen großen Transformation immer stärker mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen konfrontiert und mit der Herausforderung, Themen wie Partizipation, soziale Innovationen und Fairness beider Planung und Umsetzung umweltpolitischer Maßnahmen stärker zu berücksichtigen und als Ansatzpunkte zur Beförderung umweltpolitischer Anliegen zu nutzen.

Das vom BMUB geförderte Vorhaben „Umwelt- und Naturschutzpolitik als Gesellschaftspolitik – Konzepte und zukünftige Herausforderungen“ sondiert, wie in verschiedenen umweltpolitischen Bereichen mit dieser Herausforderung umgegangen wird. Auf dieser Grundlage soll im BMUB und den nachgeordneten Behörden eine Diskussion über ein gemeinsames Verständnis von Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik angeregt werden.

Am **30.9.14** soll die Debatte in Form eines Fachgesprächs beispielhaft zum Thema Klimaschutz geführt werden. Dazu wird bis Mitte September ein Vorbereitungspapier verschickt.

Zum Fachgespräch sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BMUB und der nachgeordneten Behörden (UBA und BfN) herzlich eingeladen. Bitte melden Sie sich **bis 10.9.14** bei Frau Schäfer (schaefer@ztg.tu-berlin.de) und Herrn Petschow (ulrich.petschow@ioew.de) an.

Ablauf

Wann	Was	Wer
9.00-9.15	Begrüßung durch BMUB und Auftragnehmer Vorstellung der Intention des Projekts und des Fachgesprächs	BMUB, ZTG/IÖW
Block I: Diskussion der Potenziale der Berücksichtigung gesellschaftspolitischer Fragestellungen für den Klimaschutz		
9.15-9.45	Input der Auftragnehmer zu den zur Diskussion stehenden Thesen und ihrer Relevanz für den Klimaschutz	IÖW
9.45-10.15	Kommentar zur Relevanz der vorgestellten Thesen für den Klimaschutz : <ul style="list-style-type: none"> • Potenziale und Hindernisse der Integration gesellschaftspolitischer Aspekte in Strategien des Klimaschutzes • Unterstützungsbedarf 	Dr. Ursula Fuentes-Hutfilter, BMUB
10.15-11.15	Diskussion	Moderation: ZTG
11.15-11.30	Pause	
Block II: Diskussion der nächsten Schritte und des Unterstützungsbedarfs		
11.30-11.45	Externer Kommentar zur Relevanz der Integration gesellschaftspolitischer Aspekte in den Klimaschutz <ul style="list-style-type: none"> • Welche Erfahrungen liegen hierzu am PIK vor? • Wie können die Potenziale ausgeschöpft werden? 	Dr. Fritz Reusswig, PIK
11.45-12.00	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenfassung der wichtigsten Punkte aus der Diskussion • Vorstellung weiterer geplanter Schritte im Projekt 	IÖW/ZTG
12.00-12.45	Diskussion über die nächsten Schritte und den Unterstützungsbedarf: <ul style="list-style-type: none"> • Was ist notwendig, damit gesellschaftspolitische Aspekte besser in die alltägliche Arbeit integriert werden können? • Welcher Unterstützungsbedarf wird hierfür gesehen? • Welche Formate sind dazu geeignet? • Wie kann die Diskussion zu diesem Thema im BMUB, UBA, BFN in Zukunft weitergeführt/ vertieft/ institutionalisiert werden? 	Moderation: ZTG
12.45-13.00	Wrap Up, Verabschiedung	BMUB
13.00-14.00	Mittagsimbiss	



Impulspapier

Potenziale des Aufgreifens gesellschaftspolitischer Aspekte in der Umwelt- und Naturschutzpolitik – das Beispiel Aktionsprogramm Klimaschutz 2020

Das Projekt „Umwelt- und Naturschutzpolitik als Gesellschaftspolitik – Konzepte und zukünftige Herausforderungen“ soll einen konkreten Beitrag zu einer integrierten Umweltpolitik leisten. Die aktuelle Umweltpolitik sieht sich immer stärker mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen konfrontiert: sei es die Forderung nach Bürgerbeteiligung, die Entwicklung sozialer Innovationen oder die Debatte um Fairness, Gerechtigkeit und Demokratie – für die Planung und Umsetzung umweltpolitischer Maßnahmen sind neue Herausforderungen entstanden, auf die Umweltpolitik reagieren muss.

Das vom BMUB geförderte Vorhaben „Umwelt- und Naturschutzpolitik als Gesellschaftspolitik – Konzepte und zukünftige Herausforderungen“ sondiert, wie in verschiedenen umweltpolitischen Bereichen mit diesen Herausforderung umgegangen wird. Das Projekt soll eine Diskussionsgrundlage schaffen für die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses von Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik und hilfreichen Unterstützungsstrukturen.

Dies stellt die Grundvoraussetzung für eine integrativ ausgerichtete Umweltpolitik dar, die damit nicht nur ihre Anschlussfähigkeit an andere Politikfelder, sondern auch ihre Reichweite und Effektivität vergrößert. Die Auftragnehmer, das Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin (ZTG) und das Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), haben hierzu ein Thesenpapier erarbeitet, das eine Systematik zur Bearbeitung gesellschaftspolitischer Fragestellungen anbietet und als Grundlage für den Verständigungsprozess dienen kann.

Zur Systematisierung der gesellschaftspolitischen Perspektive wird sie in diesem Vorhaben mit den drei Themenfeldern „Gesellschaftliche Wirkung von Umwelt- und Naturschutzpolitik“, „zivilgesellschaftliches Engagement, Beteiligung und Umwelthandeln“ sowie „Fairness und Gerechtigkeit“ beschrieben, die jeweils mit den drei Spannungsfeldern „Demokratie“, „kultureller Wandel“ und „individuelle Chancen und gesellschaftliche Hemmnisse“ verknüpft sind.

Im Folgenden sind die Potenziale, die sich aus einer solchen gesellschaftspolitischen Perspektive ergeben, beispielhaft für das Themenfeld Klimaschutz dargestellt. Hierbei handelt es sich um eine Sondierung auf der Basis des im April 2014 vom BMUB veröffentlichten Eckpunktepapiers² zum

² Die in diesem Dokument angegebenen Seitenzahlen beziehen sich alle auf dieses Eckpunktepapier, das hier (http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutz_2020_aktionsprogramm_eckpunkte_bf.pdf) online abrufbar ist (Stand 05. August 2014).

Aktionsprogramm Klimaschutz 2020, das die zur Erreichung der 2020-Klimaschutzziele notwendigen Maßnahmen umfassen und im November 2014 im Kabinett beschlossen werden soll. Dieses Aktionsprogramm geht dabei dem langfristiger orientierten Klimaschutzplan 2050 voraus, der im Jahr 2016 verabschiedet werden soll.

Das Impulspapier ist wie folgt aufgebaut: Nach einer allgemeinen Einschätzung zur gesellschaftspolitischen Relevanz der Klimaschutzziele anhand des Eckpunktepapiers für das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 werden die im Papier formulierten grundlegenden Thesen an die Eckpunkte des Klimaschutzprogramms angelegt und dahingehend diskutiert, wie eine sozialwissenschaftliche Perspektive zu einer erfolgreichen, fairen und demokratischen Klimaschutzpolitik beitragen kann.

Das vorliegende Dokument wird als Impulspapier für das Fachgespräch am 30. September 2014 verstanden, bei dem diskutiert werden soll, inwieweit die gesellschaftlichen Herausforderungen des Klimaschutzes bereits aufgegriffen werden, welche weiteren Potenziale gesehen werden und wie diese Erweiterung der Perspektive unterstützt werden kann.

Allgemeine Einschätzungen zur gesellschaftspolitischen Relevanz von Klimaschutzpolitik

Ziel des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 ist es, Maßnahmen zu identifizieren, die es erlauben, eine Senkung der Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) bis 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 zu erreichen. Wie das Eckpunktepapier betont, hat „Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe (...) immer auch eine kulturelle und soziale Dimension“. Gerade beim Klimaschutz gehe es darum, zu überzeugen, mitzunehmen und einzubinden sowie „Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger zu schaffen“ (S. 2).

Grundsätzlich zeigt sich somit schon in der Einleitung des Eckpunktepapiers zum Aktionsprogramm die Berücksichtigung der gesellschaftspolitischen Bedeutung und Einbettung von Klimaschutzpolitik. Klimaschutz und Klimawandel greifen in den Alltag aller Menschen ein und haben eine große soziale Relevanz, die es in ihren differenzierten und widersprüchlichen Zusammenhängen zu erfassen und darzustellen gilt. So ist der Klimawandel einerseits selbst nicht nur ein ökologisches, sondern auch ein soziales Problem, da schwächere soziale Milieus – insbesondere in Entwicklungsländern – stärker negativ davon betroffen sind als wohlhabendere. Dies betrifft bspw. Dürren oder den Anstieg des Meeresspiegels, der weltweit vor allem das sichere Obdach ärmerer Menschen bedroht. Andererseits stellt auch eine anspruchsvolle und erfolgreiche Klimaschutzpolitik potenziell eine „Zumutung“ für Bürgerinnen und Bürger dar. Denn erfolgreicher Klimaschutz kann nicht ausschließlich über technologische Innovationen gelingen, sondern stellt insbesondere auch Anforderungen an Bürgerinnen und Bürger, ihre Verhaltensroutinen und Konsumgewohnheiten zu ändern. Dies betrifft bspw. ihre Mobilitätsmuster (mehr Fahrrad und ÖPNV, weniger PKW) oder ihre Ernährungsgewohnheiten (weniger Fleisch). Die Klimaschutzpolitik muss hierfür die richtigen Rahmenbedingungen und unterstützende Strukturen setzen sowie entsprechende Anreize schaffen, wobei die Gestaltungsspielräume durch den voranschreitenden Klimawandel zunehmend eingeschränkt werden. Eine ambitionierte Klimaschutzpolitik stellt allerdings potenziell auch einen Innovations- und Arbeitsplatzmotor dar und ist damit – kurz- und langfristig – auch ein sozialpolitisch wichtiger Faktor. So kann bspw. die energetische Gebäudesanierung – wenn sie richtig ausgestaltet wird – nicht nur die Treibhausgasemissionen senken, sondern auch die Energiekosten, und darüber hinaus positive Gesundheitswirkungen haben sowie den Wohnkomfort steigern. Wichtig ist zudem, die nationale und die globale soziale Gerechtigkeit zu bedenken. Es gilt somit gerade hinsichtlich der klimaschutzpolitischen Bemühungen der Industrieländer, die kurz- und langfristigen

Kosten – sei es von Klimaschutzpolitik oder auch ihrer Unterlassung – nicht (weiter) in andere Weltregionen auszulagern oder zukünftigen Generationen aufzubürden, sondern selbst aktiv anzugehen und nach gesellschaftspolitisch tragbaren Lösungen zu suchen.

Diese hier kurz umrissenen gesellschaftspolitischen Implikationen von Klimaschutzpolitik werden im Eckpunktepapier bereits ansatzweise aufgegriffen. Die weitere Ausformulierung des Aktionsprogramms und insbesondere des langfristig orientierten Klimaschutzplans 2050 bieten zudem die Gelegenheit, die sich aus einer gesellschaftspolitischen Perspektive ergebenden Herausforderungen systematisch zu berücksichtigen und ggf. stärker zu integrieren.

Die Sozialwissenschaften können in diesem Zusammenhang wesentlich dazu beitragen, die gesellschaftspolitische Relevanz von Klimaschutzpolitik dezidiert aufzuzeigen und Strategien im Umgang mit den Herausforderungen zu erarbeiten. Mithilfe der einzelnen im Thesenpapier bearbeiteten Themenfelder und der damit verknüpften Spannungsfelder lassen sich Anknüpfungspunkte identifizieren, wie sich Klimaschutzkonzepte gesellschaftlich stärker einbetten lassen. Potenziale ergeben sich vor allem durch das Aufgreifen gesellschaftspolitischer Diskurse für die Suche nach neuen Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern, die Schaffung einer neuen und „echten“ Beteiligungskultur, die Förderung sozialer Innovationen und die Beachtung von Fairness und Gerechtigkeitsaspekten in klimaschutzpolitischen Entscheidungsprozessen. Diese gesellschaftspolitischen Anknüpfungspunkte werden im Folgenden beschrieben und Fragen bzgl. ihrer Relevanz und Umsetzbarkeit an die umweltpolitischen Expertinnen und Experten formuliert.

Bezüge des Eckpunktepapiers zu den Themen- und Spannungsfeldern

Die Behandlung gesellschaftspolitischer Aspekte in der Klimaschutzpolitik soll sich im Folgenden an den grundlegenden im Rahmen des Projekts „Umwelt- und Naturschutzpolitik als Gesellschaftspolitik“ formulierten Thesen orientieren. Anhand dieser sieben Thesen wird diskutiert, wo aus sozialwissenschaftlicher Perspektive Anknüpfungspunkte für eine erfolgreiche, gerechte und demokratische Klimaschutzpolitik bestehen. Die Thesen liegen an den Schnittstellen zwischen den drei Themenfeldern „Gesellschaftliche Wirkung von Umwelt- und Naturschutzpolitik“, „Zivilgesellschaftliches Engagement/Beteiligung/Umwelthandeln“ und „Fairness und Gerechtigkeit“, mit denen die gesellschaftspolitische Perspektive in diesem Projekt systematisiert wird. Sie sind im Kontext gesellschaftlicher Diskussionen verankert, die zu Spannungen zwischen der Ausrichtung und Wirkweise von klimaschutzpolitischen Maßnahmen im gesellschaftlichen Kontext führen können.

Diese Spannungsfelder stellen gesellschaftspolitische Herausforderungen für die Klimaschutzpolitik dar. Sie werden beschrieben mit „*Demokratie*“ (klimaschutzpolitische Entscheidungen können nicht top-down ‚verordnet‘ werden, sondern müssen demokratisch legitimiert sein); „*Kultureller Wandel*“ (klimaverträgliche Lebensstile widersprechen dem derzeitigen Verständnis von Lebensqualität und Wohlstand); und „*Individuelle Chancen und gesellschaftliche Hemmnisse*“ (die Veränderung individueller Verhaltensroutinen erfordert eine Flankierung durch unterstützende strukturelle Rahmenbedingungen).

Durch eine systematische Analyse des Eckpunktepapiers im Kontext der Themen- und Spannungsfelder ist es möglich, für jede These zu diskutieren, welche gesellschaftspolitischen Herausforderungen mit der Klimaschutzpolitik verknüpft sind, welche davon bereits bearbeitet werden sowie wo Herausforderungen und Potenziale einer stärkeren Integration gesellschaftspolitischer Perspektiven bestehen.

These 1: Eine Umwelt- und Naturschutzpolitik, die gesellschaftliche Diskurse als Chance erkennt und nutzt, kann sich besser in laufende Transformationsprozesse und Diskussionen einbringen (Stichwort „Politikintegration“).

Inhaltlich gibt es für die Klimaschutzpolitik zahlreiche Bezüge zu gesellschaftlichen Diskursen, die als Chance zur Politikintegration erkannt und genutzt werden (könnten). Im Eckpunktepapier finden sich zwar keine direkten Bezüge zu gesellschaftlichen Großdebatten wie Postwachstum oder dem demografischen Wandel, aber es lassen sich zahlreiche potenzielle Anknüpfungspunkte zu gesellschaftlichen Diskursen erkennen.

So wird beispielsweise im Unterkapitel zu den sektoralen Minderungspotenzialen im Bereich Haushalte/Gebäude erwähnt, dass hinsichtlich der Steigerung der Rate der energetischen Gebäudesanierung „die Ziele des Bündnisses für bezahlbares Bauen und Wohnen berücksichtigt und Synergien genutzt werden“ müssen (S. 9). Hier wird Bezug auf Diskussionen über steigende Miet- und Immobilienpreise genommen, die insbesondere in Großstädten derzeit hoch relevant sind. Die Klimaschutzpolitik könnte diese Bezüge zu bezahlbarem Bauen und Wohnen nutzen, um das innovative Potenzial und die thematischen Synergien dieser Diskussionen als Chance und Gestaltungsfeld identifizieren und um eigene Impulse zu setzen, neue Akteursnetzwerke (wie das Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen) zu unterstützen und damit letztendlich auch das ureigene Themenfeld Klimaschutz weiter voranzubringen.

Solche Anknüpfungspunkte und Bezüge zu gesellschaftlichen Debatten lassen sich darüber hinaus auch in den anderen im Eckpunktepapier angesprochenen Sektoren identifizieren. Im Bereich des Verkehrs („Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs sowie (...) des Fahrradverkehrs“; S. 9) und der Landwirtschaft („Ausweitung des Ökolandbaus“, S. 9) werden solche Bezüge im Eckpunktepapier bereits angedeutet.

Darüber lassen sich solche Bezüge zu gesellschaftlichen Diskursen mit großem Potenzial sowohl für Klimaschutz als auch für eine nachhaltige Gesellschaftstransformation insgesamt auch für die Sektoren Energie, Industrie, etc. finden. Da das heutige Verbrauchsniveau als Hauptursache hoher THG-Emissionen gilt, werden Potenziale beispielsweise darin gesehen, eine Diskussion über Suffizienz als normativem Orientierungsrahmen im Sinne des Klimaschutzes zu führen. Suffizienzstrategien eröffnen die Chance, die Veränderung von Lebensstilen und Konsummustern verstärkt in den Blick zu nehmen, und erweitern damit das klimapolitische Instrumentarium. Gleichzeitig böte die Integration einer Suffizienzperspektive Anknüpfungspunkte an den gesellschaftlichen Diskurs des Postwachstums, über die auch neue Akteursallianzen und Bündnisse geschaffen werden können (ähnlich zu dem oben genannten Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen).

Entsprechend der Anknüpfung an gesellschaftliche Debatten und Diskurse ist ein verwaltungsspezifischer Aspekt dieser These der Aspekt der Politikintegration. Das Identifizieren und Nutzen von thematischen Synergien bedeutet für die Klimaschutzverwaltung auch, dass hierzu die Integration unterschiedlicher politischer Fachperspektiven, also eine intensive ressortübergreifende Zusammenarbeit notwendig ist. Auf diesen Aspekt wird im Eckpunktepapier relativ deutlich Bezug genommen. So wird eingangs erwähnt, dass es sich bei dem Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 um ein „ressortübergreifendes Aktionsprogramm“ handeln wird (S. 2). Darüber hinaus wird insbesondere aus dem an das Eckpunktepapier angehängten Zeitplan deutlich, dass die Ausarbeitung des Aktionsprogramms zu großen Teilen in einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe stattfindet und vor der endgültigen Verabschiedung des Aktionsprogramms im Bundeskabinett eine Abstimmung zwischen den beteiligten Ressorts stattfinden soll. Diese ressortübergreifende Zusammenarbeit in Bezug auf das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 birgt ein großes Potenzial, um Klimaschutz

auch in anderen Ressorts als wichtiges und vor allem gewinnbringendes Thema zu verankern, wobei dem BMUB als federführendem Ressort hier eine besondere Verantwortung zukommt.

Folgerung: Durch eine sozialwissenschaftliche Perspektive können Bezüge der Klimaschutzpolitik zu gesellschaftlichen Diskursen systematisch identifiziert und hergestellt und im Hinblick auf ihre fördernden und hemmenden Implikationen für klimaschutzpolitische Ziele analysiert werden.

Fragen an die Experten:

- Welche Bezüge zu anderen gesellschaftlichen Debatten werden gesehen und diskutiert?
- Wie werden der Nutzen und das Potenzial eingeschätzt, die Klimaschutzpolitik durch das Aufgreifen aktueller Diskurse maßgeblich voranzubringen?

These 2: Vor dem Hintergrund eines erweiterten Demokratieverständnisses ergibt sich für Umwelt- und Naturschutzpolitik die Herausforderung, eine breite gesellschaftliche Beteiligung zu ermöglichen und diese in politische Prozesse der Strategie- und Maßnahmenentwicklung einzubetten.

Gesellschaftliche Beteiligung ist ein Aspekt, der sowohl für das Aktionsprogramm 2050 als auch für den Klimaschutzplan 2050 eine herausgehobene Bedeutung hat. So wird bereits in der Einführung betont, dass es notwendig ist, „für eine breite Akzeptanz neuer Maßnahmen zu werben und für eine breite Unterstützung in der Gesellschaft zu sorgen“. Ferner heißt es, dass man „beim Klimaschutz wie auch in anderen Politikfeldern überzeugen, mitnehmen, einbinden“ und deshalb Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger schaffen müsse (S. 2). Insbesondere mit Blick auf den Klimaschutzplan wird dieses Anliegen zum Ende des Eckpunktepapiers hin noch einmal besonders stark gemacht. So ist hier davon die Rede,

- dass die „Bundesregierung (...) mit dem Klimaschutzplan einen Dialog- und Beteiligungsprozess mit den Ländern und Gemeinden sowie mit Wirtschaft, Interessenvertretungen (Kirchen, Verbände und Gewerkschaften) und Zivilgesellschaft zur Erarbeitung der jeweils folgenden, fortgeschriebenen Klimaschutzpläne“ etabliere (S. 11-12),
- dass für „die gesellschaftliche Verankerung von Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe ein Dialogprozess mit breiter Beteiligung der Länder und Gemeinden sowie aller gesellschaftlichen Gruppen sowohl bei der Erarbeitung von Plänen und Maßnahmenprogrammen als auch bei der Umsetzung und Überprüfung unerlässlich“ sei (S. 12), und
- dass dies „sowohl für die Entwicklung des „Aktionsprogramms Klimaschutz 2020“ wie für die Erarbeitung und Fortschreibung des „Klimaschutzplans 2050“ gelte (S. 12).

Weiterhin sind Dialoge mit Ländern und kommunalen Spitzenverbänden sowie „mit relevanten gesellschaftlichen Gruppen (Wirtschaft, Verbände, Zivilgesellschaft)“ vorgesehen sowie, „ein unabhängiges [Monitoring-]Gremium mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Gesellschaft einzurichten“, das die Bundesregierung beraten und die Einhaltung der Ziele überprüfen soll (S. 11).

Insgesamt wird dem Thema gesellschaftliche Beteiligung im Eckpunktepapier ein hoher Stellenwert zugesprochen. Damit die geplanten Beteiligungsverfahren möglichst große Wirkung entfalten können, ist es von Bedeutung, verschiedene Zielgruppen mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Instrumenten einzubeziehen. Hierfür erscheint es sinnvoll, die vorliegenden umfangreichen Erfahrungen zu Erfolgsfaktoren und notwendigen strukturellen Rahmenbedingungen von Partizipation und geeigneten Instrumenten systematisch auszuwerten. Für die Beteiligten sollte bereits zu Be-

ginn erkennbar sein, wie mit ihren Anregungen im weiteren Prozess der Strategieentwicklung umgegangen wird. Bestandteil einer neuen Beteiligungskultur ist es weiterhin, die Gestaltungsspielräume gegenüber den Mitwirkenden frühzeitig offenzulegen und förderliche Rahmenbedingungen für ernstgemeinte Partizipation zu schaffen (z.B. niedrigschwellige Zugänge für unterschiedliche Personenkreise, Empowerment, Aufwandsentschädigungen, Freistellungen etc.). Dies erhöht einerseits die Akzeptanz und Legitimität Klimaschutzpolitischer Maßnahmen. Andererseits ermöglicht es die Entwicklung von Alternativen in gemeinsamen Lernprozessen. So können sowohl alltags-taugliche Vorschläge gesammelt werden und somit neue Maßnahmen entwickelt werden als auch bestehende Maßnahmen auf ihre Alltagstauglichkeit und Lebensnähe geprüft werden.

Folgerung: Die Sozialwissenschaften können in diesem Bereich einerseits zur Gestaltung der Verfahren und Methodenentwicklung beitragen und andererseits bei der Auswertung und Bewertung der Ergebnisse unterstützen.

Fragen an die Experten:

- **Was wird in Bezug auf Bürgerbeteiligungsverfahren, geeignete Methoden und „echte“ Mitspracherechte bereits diskutiert?**
- **Wie hoch werden der Nutzen und das Potenzial der breiten Bürgerbeteiligung eingeschätzt, die Klimaschutzpolitik maßgeblich voranzubringen?**
- **Welche Hindernisse und welcher Unterstützungsbedarf werden gesehen?**

These 3: Soziale Innovationen für Nachhaltigkeit und Klimaschutz sind für eine gesellschaftspolitisch orientierte Umwelt- und Naturschutzpolitik von besonderer Bedeutung, da sie gesellschaftliche Probleme und Wege zu ihrer Lösung aufzeigen und zu einer breiten Diffusion nachhaltiger Normen und Lebensstile beitragen.

Ein sozialwissenschaftlich orientiertes Innovationsverständnis geht über technologische Innovationen zur Senkung der Treibhausgasemissionen hinaus und schließt soziale Innovationen im Sinne alternativer Angebots- und Nutzungsformen mit ein. Mit sozialen Innovationen werden gesellschaftliche Experimentierräume, beispielsweise für klimaschonende Lebensstile, geschaffen. Sie können eine wichtige Rolle dabei spielen, dominante Wertvorstellungen zu klimarelevantem Verhalten und zum Erwerb und der Nutzung von Produkten in Frage zu stellen (Lernprozesse) und können damit einen Beitrag zum kulturellen Wandel leisten. Durch soziale Innovationen können zudem neue Kooperationen und Bündnisse für den Klimaschutz entstehen (z.B. Bürgerenergiegenossenschaften).

Der Begriff soziale Innovationen findet in diesem Eckpunktepapier keine explizite Erwähnung. Beispiele für (möglicherweise) klimaschonende soziale Innovationen sind der Trend zum Car Sharing, Verleih von Fahrrädern oder zu Community Supported Agriculture aber auch die Gründung von Energiegenossenschaften. Sie werden z.B. auch im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) des BMUB in zahlreichen Projekten gefördert, wenn auch nicht unter diesem Begriff.

Ansatzpunkte, die sich für eine stärkere Berücksichtigung sozialer Innovationen im Klimaschutz anbieten, gibt es im Eckpunktepapier jedoch reichlich, bspw. im Sektor Verkehr, in dem die Stärkung des ÖPNV- oder des Fahrradverkehrs genannt werden (S. 9), oder im Landwirtschaftssektor, in dem eine Ausweitung des Ökolandbaus angestrebt wird (ebd.).

Soziale Innovationen können Lern- und Experimentierorte für klimaschonende Lebensstile darstellen und spielen deshalb eine entscheidende Rolle dafür, die Herausforderungen des Klimaschutzes im Alltag der Menschen meistern zu können. Für eine systematischere Berücksichtigung er-

scheint es zum einen sinnvoll, die Träger solcher Innovationen (Change Agents) in die Gestaltung von ermöglichenden Maßnahmen einzubeziehen. Derartige Initiativen sehen sich häufig diversen rechtlichen, planerischen und organisatorischen Hindernissen gegenüber, zu deren Überwindung eine unterstützende Verwaltung entscheidend beitragen kann. Zum anderen sollten die Nachhaltigkeitswirkungen sozialer Innovationen – und hier insb. der Beitrag zum Klimaschutz – durch begleitende Forschungsprojekte noch besser erfasst werden, damit eine gezieltere Förderung möglich ist.

Folgerung: Eine gesellschaftspolitische Perspektive kann dazu beitragen, klimaschonende soziale Innovationen in den verschiedenen Sektoren zu identifizieren, Förderempfehlungen zu erarbeiten und zu evaluieren.

Fragen an die Experten:

- **Was wird in Bezug auf den stärkeren Einbezug und die Förderung sozialer Innovationen bereits diskutiert?**
- **Wie hoch werden der Nutzen und das Potenzial eingeschätzt, die Klimaschutzpolitik durch soziale Innovationen maßgeblich voranzubringen?**

These 4: Ausschließlich an Einstellungen und Wissen ausgerichtete umweltpolitische Maßnahmen zur Förderung von Umwelthandeln greifen zu kurz, da das Handeln der Bürgerinnen und Bürger in Alltagskontexte eingebettet ist, die umweltgerechtes Handeln unabhängig von entsprechenden Motiven ermöglichen oder verhindern können.

Das Alltagshandeln der Menschen ist höchst relevant für den Klimaschutz, da sich hier vielfältige Einsparpotenziale für CO₂ ergeben. Ein Aspekt des klimarelevanten Alltagshandelns, der im Eckpunktepapier bereits relativ deutlich adressiert wird, ist das Alltagshandeln der Bundesregierung selbst. Die Herausforderung, sich selbst als klimarelevant handelnden Akteur zu begreifen und mit „gutem Beispiel“ voranzugehen und zur Bereitstellung nachhaltiger Strukturen beizutragen, wird im Eckpunktepapier betont. So hebt das Papier die „doppelte Funktion“ der Bundesregierung „als Rahmensetzer und als in den Sektoren handelnde Institution“ hervor, wegen der das Aktionsprogramm „Maßnahmen enthalten [solle], die die Vorbildfunktion der Bundesregierung deutlich machen.“ Als Beispiele werden die energetische Sanierung bundeseigener Liegenschaften, die Beschaffung umweltverträglicher Fahrzeuge und der Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik genannt (S. 10-11).

Zudem enthält das Eckpunktepapier zahlreiche Ansatzpunkte, Klimaschutzmaßnahmen stärker in das Alltagshandeln der Menschen einzubetten. Energiesparendes Verhalten im Haushalt oder im Verkehr (S. 9) sind hier nur zwei Beispiele, an denen angesetzt werden könnte, um Strukturen und Rahmensetzungen, die nachhaltiges (=klimaschonendes) Alltagshandeln erleichtern, zu etablieren. Insgesamt birgt es ein großes Potenzial, auch in anderen Sektoren klimarelevante Alltagspraktiken zu identifizieren und die gesamte Breite der Instrumentenpalette auszunutzen, um diese Alltagspraktiken in Richtung Klimaschutz zu verändern. Dies beinhaltet, neben Information und Bildung auch die finanzielle Förderung von klimaschonendem Alltagshandeln sowie Kooperationen und Netzwerkbildungen mit Zivilgesellschaft und Verbrauchern für eine gemeinsame Ableitung von Strategien und strukturellen Maßnahmen. Dabei können Maßnahmen der Stadtplanung genauso eine Rolle spielen wie noch konsequentere Maßnahmen der energetischen Gebäudesanierung oder der Ausbau und die Optimierung von ÖPNV-Angeboten.

Eine Voraussetzung für die Formulierung solcher strukturellen Maßnahmen besteht darin, die komplexen Zusammenhänge zwischen Strukturen, Wissen, Können und Handeln für umweltrelevante soziale Praktiken zu verstehen und Anknüpfungspunkte für eigene Strategien und Maßnahmen zu identifizieren. Ansatzpunkte, diese Herausforderung aufzugreifen, gibt es z.B. durch die Erkenntnisse der von BMBF und BMUB geförderten Forschungsprojekte (wie bspw. der thematische Schwerpunkt „Vom Wissen zum Handeln - Neue Wege zum nachhaltigen Konsum“ im Rahmen der sozial-ökologischen Forschung des BMBF). Eine systematischere Aufarbeitung und Berücksichtigung der vorliegenden Erkenntnisse, um daraus eigene Strategien und Maßnahmen abzuleiten, könnte im Rahmen der Ausarbeitung des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 oder auch des Klimaschutzplans 2050 vorgenommen werden.

Folgerung: Die Sozialwissenschaften können dazu beitragen, die komplexen Zusammenhänge zwischen Strukturen, Wissen, Können und Handeln für umweltrelevante soziale Praktiken herauszuarbeiten und Anknüpfungspunkte für geeignete Strategien und Maßnahmen zu identifizieren.

Fragen an die Experten:

- **Was wird bereits in Bezug auf die Einbettung von für den Klimaschutz notwendigen Verhaltensänderungen in den Alltag der Bevölkerung diskutiert?**
- **Wie werden der Nutzen und das Potenzial eingeschätzt, die Klimaschutzpolitik durch die Schaffung struktureller Rahmenbedingungen für klimaschonende Lebensstile maßgeblich voranzubringen?**

Thesen zu Fairness/Gerechtigkeit

Aufgrund des engen thematischen Zusammenhangs zwischen den Thesen 5-7 im Themenfeld Fairness/Gerechtigkeit wird ihre Relevanz für die Klimaschutzpolitik im folgenden Abschnitt gemeinsam behandelt.

These 5: Eine Herausforderung der Umwelt- und Naturschutzpolitik liegt darin, normative Belange sowohl von heute und in der Zukunft lebenden Menschen sowie der nicht-menschlichen Umwelt in demokratischen Aushandlungsprozessen angemessen zu berücksichtigen.

These 6: Umwelt- und Naturschutzpolitik kann mit seinen Maßnahmen zeigen, dass Fairness ein kultureller Wert ist, den es lohnt, durch integratives Politikverständnis und im eigenen Alltag zu stärken.

These 7: Die Umwelt- und Naturschutzpolitik steht vor der Herausforderung, bestehende Ungerechtigkeiten zu verringern, keine neuen entstehen zu lassen und die in ihr angelegten Chancen zur Erhöhung der individuellen Lebensqualität zu befördern und ökologisch gerechte Lebensweisen zu ermöglichen.

Stabile klimatische Bedingungen sind eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Menschen wesentliche Bedürfnisse befriedigen können, um ein gelingendes Leben zu führen. Klimaschutz ist ein Thema, das auf grundlegende Weise mit Gerechtigkeitsfragen zusammenhängt, insbesondere mit Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit. So müssen beispielsweise die normativen Belange von in der Zukunft lebenden Menschen berücksichtigt werden. Diese Perspektive der **intergenerationalen Gerechtigkeit** ist einer der Grundpfeiler insbesondere der Klimaschutzpolitik, aber auch der Umweltpolitik insgesamt. So ist die folgende grundsätzliche Forderung intergenerationaler Gerechtigkeit (innerhalb der akademischen Literatur) kaum umstritten: Zukünftige Generationen sol-

len zumindest über die gleichen Möglichkeiten verfügen, ein gutes Leben zu führen, wie sie den vorherigen Generationen zur Verfügung standen.

Diese Minimalforderung ist innerhalb des Nachhaltigkeits- und vor allem innerhalb des Klimaschutzdiskurses breit akzeptiert und wird auch im Eckpunktepapier für das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 rezipiert, wenn in der Einführung vom „Leitprinzip einer nachhaltigen, global- und zukunftsverantwortlichen Entwicklung“ die Rede ist (S. 1). Man könnte sagen, dass Klimaschutz per se heißt, dass die normativen Belange von in der Zukunft lebenden Menschen berücksichtigt werden. Gleichwohl ist in Bezug auf die intergenerationelle Gerechtigkeit insbesondere das heutige Verbrauchsniveau (als Ursache hoher THG-Emissionen) von entscheidender Bedeutung, da dieses die Möglichkeiten zukünftiger Generationen gefährdet, ihre Bedürfnisse zu befriedigen und ein gutes menschliches Leben zu führen. D.h., der Klimaschutz bietet neben Effizienz- und Konsistenzmaßnahmen auch Anknüpfungspunkte für eine Suffizienzperspektive, insbesondere im Rahmen der Überlegungen zu der Frage, wie kultureller Wandel im Sinne des Klimaschutzes (und damit der intergenerationellen Gerechtigkeit) wirken bzw. wirksam gestaltet werden könnte. So wird im Eckpunktepapier selbst darauf hingewiesen, dass „Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe (...) immer auch eine kulturelle und soziale Dimension“ hat (S. 2). Daran anschließende Überlegungen, die in diesem Zusammenhang ebenfalls bereits im Eckpunktepapier angesprochen werden, sind bspw. die Bereiche Fahrradverkehr oder Ökolandbau. Darüber hinausgehende und möglicherweise potenzialträchtige Beispiele, wie kultureller Wandel für den Klimaschutz genutzt oder beeinflusst kann, könnten der Trend zum Car Sharing im Verkehrsbereich oder die Verbreitung vegetarischer Lebensstile im Ernährungsbereich sein. Zu berücksichtigen wäre in diesem Zusammenhang aus einer Gerechtigkeitsperspektive insbesondere erstens, dass der kulturelle Wandel tatsächlich in Richtung Klimaschutz wirkt, und zweitens, dass auch benachteiligte Gruppen im Hier und Jetzt davon profitieren.

Bei der Berücksichtigung der Rechte zukünftiger Generationen darf allerdings die zweite wichtige Gerechtigkeitsperspektive nicht vernachlässigt werden, nämlich die **intragenerationelle Gerechtigkeit**. Intragenerationelle Gerechtigkeit hat dabei grundsätzlich eine globale Dimension, aber auch ihre regionale (bspw. nationale) Dimension sollte beachtet werden.

Für Fragen der globalen Gerechtigkeit lassen sich im Eckpunktepapier Anknüpfungspunkte finden, z.B. in Bezug auf die geforderte „anspruchsvolle Reform des Emissionshandels (...) auf EU-Ebene“ (S. 7), da der regional auf die EU begrenzte Emissionshandel zu sogenannten „Carbon Leakage“-Effekten führen könnte, also der Verlagerung industrieller Produktion und damit verbundener THG-Emissionen in Länder, in denen keine oder geringere Klimaschutzauflagen gelten. Ein anderes Beispiel für eine Frage globaler Gerechtigkeit liefert die im Eckpunktepapier angesprochene „weitere Einführung der Elektromobilität“ (S. 9), da diese mit der Nachfrage nach bestimmten, oft nur in anderen Teilen der Welt verfügbaren und noch dazu oft knappen Rohstoffen (wie bspw. Lithium für die Batterien oder sogenannte seltene Erden wie Dysprosium) verbunden ist.

Doch haben Fragen der intergenerationellen und der globalen Gerechtigkeit auch Implikationen für die Frage der gerechten Verteilung von Nutzen und Lasten von Klimaschutzmaßnahmen innerhalb eines Landes. Zum einen liefern Prinzipien intergenerationeller und globaler Gerechtigkeit Gründe dafür, die THG-Emissionen auf nationaler Ebene absolut zu reduzieren. Damit stellt sich eine weitere Gerechtigkeitsfrage: wenn Prinzipien intergenerationeller und globaler Gerechtigkeit eine absolute THG-Emissionsreduktion fordern, wie kann diese Reduktion auf nationaler Ebene so umgesetzt werden, dass benachteiligte soziale Gruppen nicht negativ betroffen werden? Ein Beispiel für einen solchen Fall sind die Auseinandersetzungen um die energetische Gebäudesanierung. Es

wird zwar allgemein kaum hinterfragt, dass die Erhöhung der energetischen Sanierungsrate von Gebäuden eine hohe Klimaschutzpolitische Relevanz hat. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die Kosten für die energetische Sanierung insbesondere benachteiligte soziale Gruppen stärker belasten als z.B. einkommensstärkere Milieus. Energetische Sanierungsmaßnahmen haben in der Regel Mieterhöhungen zur Folge, die einen erheblichen Teil des verfügbaren Einkommens benachteiligter sozialer Gruppen binden, was insbesondere in Großstädten zu (teilweise bereits zu beobachtenden) Verdrängungs- und Homogenisierungseffekten (Stichwort Gentrifizierung) beitragen kann – auch wenn diese Effekte keineswegs nur auf die energetische Gebäudesanierung allein zurückgeführt werden können. Auch bei der Verteilung der Kosten des Ausbaus der erneuerbaren Energien (Beispiel EEG-Umlage) stellen sich ähnliche Fragen. Hier stehen sich die normativen Belange und Interessen von in der Zukunft und den im Hier und Jetzt lebenden Menschen gegenüber. Bis auf die Erwähnung der „sozialverträgliche[n] Berücksichtigung dieser Aspekte [(Effizienzmaßnahmen, EE-Wärme, Sanierung, etc.)] im Miet- und Steuerrecht“ in Bezug auf den Gebäudesektor werden solche Verteilungsfragen im Eckpunktepapier nicht vertieft angesprochen.

Beachtet werden sollte jedoch auch, dass Klimaschutzmaßnahmen nicht nur Lasten erzeugen, sondern auch einen Nutzen haben können und Chancen bieten, der über die Reduktion von THG-Emissionen hinausgeht. Diese Perspektive wird im Eckpunktepapier auch zu gleich zu Beginn eingenommen, indem darauf verwiesen wird, dass „konsequenter Klimaschutz sich auszahlt – auch für Verbraucherinnen und Verbraucher – dank sinkender Ausgaben für Heizung und Warmwasser und durch die Nutzung von Chancen für gutes Leben“ (S. 2). Weiterhin werden im Eckpunktepapier die positiven Gesundheitseffekte durch Erhöhung des Fahrradverkehrs (s. 9) oder die Auswirkungen der Ausweitung des Ökolandbaus für die Kulturlandschaft (S. 9), die von entsprechenden Klimaschutzmaßnahmen ausgehen können, herausgestellt.

Folgerung 1: Die Sozialwissenschaften können dazu beitragen, gesellschaftliche Trends zu suffizienteren Lebensstilen zu identifizieren und Empfehlungen erarbeiten, wie sich diese Potenziale systematischer für eine Klimaschutzpolitik nutzen lassen, die die soziale Gerechtigkeit im Blick behält, damit benachteiligte Gruppen nicht noch mehr Nachteile erleiden, sondern bestenfalls davon profitieren.

Folgerung 2: Die Sozialwissenschaften können dazu beitragen, die Verflechtung der unterschiedlichen Gerechtigkeitsdimensionen (heute – zukünftig; lokal – global) zu identifizieren und die damit verbundenen Herausforderungen einer gerechten Verteilung der Lasten von Klimaschutzmaßnahmen herauszuarbeiten.

Folgerung 3: Die Sozialwissenschaften können dazu beitragen, die positiven Beiträge klimapolitischer Maßnahmen zur Erhöhung der individuellen Lebensqualität – insbesondere für benachteiligte soziale Gruppen – systematisch herauszuarbeiten, um sie für die Klimaschutzpolitik nutzbar zu machen.

Folgerung 4: Eine gesellschaftspolitische Perspektive kann dafür sensibilisieren, dass klimaschutzpolitische Maßnahmen keine neuen Ungerechtigkeiten verursachen und, wenn möglich, zur Verringerung bestehender Ungerechtigkeiten beitragen.

Fragen an die Experten:

- **Was wird bereits in Bezug auf Fairness und Gerechtigkeit innerhalb der Klimaschutzpolitik diskutiert?**

- **Wie hoch werden der Nutzen und das Potenzial eingeschätzt, den Erfolg der Klimaschutzpolitik zu sichern und/oder maßgeblich voranzubringen, indem Aspekte von Fairness und Gerechtigkeit stärker einbezogen werden?**

Schlussfolgerung

Klimaschutzpolitik ist mit zahlreichen gesellschaftlichen Herausforderungen konfrontiert. Das Eckpunktepapier zum Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 greift bereits viele der Herausforderungen, die sich aus einer stärkeren Integration gesellschaftspolitischer Aspekte in die Umweltpolitik/Klimaschutzpolitik ergeben, auf. Zusätzliche Potenziale des Einbezugs gesellschaftspolitischer Aspekte ergeben sich dahingehend, in weiteren Politikfeldern Akteure zu identifizieren, die sich als strategisch-relevante Bündnispartner für Abstimmungsprozesse über eine zukünftige Klimaschutzpolitik eignen. In diesem Zusammenhang sind auch soziale Innovationen zu nennen, die bereits gesellschaftlich Resonanz finden und an Bedarfe der Alltagswelt anschließen. Chancen und Grenzen einer neuen Beteiligungskultur, die Fairness und Gerechtigkeitsaspekte berücksichtigt und über formale Ansprüche hinausgeht, können eruiert werden. Schließlich können die Sozialwissenschaften den Bereich des nachhaltigen Alltagshandelns und dessen Relevanz für den Klimaschutz umfassend analysieren und die Entwicklung struktureller Maßnahmen unterstützen.

Für das Fachgespräch sind in diesem Zusammenhang folgende übergreifende Fragen interessant:

- Welche Beiträge/welche Unterstützung wird von den Sozialwissenschaften erwartet/ gewünscht, um den Herausforderungen einer erfolgreichen, gerechten und demokratischen Klimaschutzpolitik zu begegnen?
- Wie wird der Nutzen der einzelnen Thesen für eine erfolgreiche, gerechte und demokratische Klimaschutzpolitik eingeschätzt?

7.4 Anhang D: Materialien zum Fachgespräch „Gerechtigkeit in der Umwelt- und Naturschutzpolitik“

1. Einladung

Fachgespräch Gerechtigkeit in der Umwelt- und Naturschutzpolitik

Ort: Bundesumweltministerium, Krausenstraße 17-20 , 10117 Berlin

Zeit: 16. Oktober 2014, 14-18 Uhr,

18.30 Uhr Podiumsdiskussion mit anschließendem Empfang

zur Verabschiedung von Dr. Michael Wehrspaun

Umwelt- und Naturschutz sieht sich heute immer stärker mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen konfrontiert. Ob die Forderung nach Bürgerbeteiligung, die Entwicklung sozialer Innovationen oder Debatten über Fairness, Gerechtigkeit und Demokratie – für die Planung und Umsetzung umweltpolitischer Maßnahmen sind neue Herausforderungen entstanden, auf die Umweltpolitik reagieren muss.

Das vom BMUB geförderte Vorhaben „Umwelt- und Naturschutzpolitik als Gesellschaftspolitik – Konzepte und zukünftige Herausforderungen“ sondiert, wie in verschiedenen umweltpolitischen Bereichen mit diesen Herausforderung umgegangen wird. Das Projekt soll eine Diskussionsgrundlage schaffen für die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses von Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik und hilfreichen Unterstützungsstrukturen.

Sie sind ganz herzlich eingeladen, am **16.10.2014** diese Fragen am Beispiel **Gerechtigkeit und Fairness** mit zu diskutieren.

Ob umweltpolitische Maßnahmen als gerecht oder ungerecht empfunden werden, trägt maßgeblich zu ihrer Akzeptanz und damit auch ihrer Durchsetzbarkeit bei.

Welche Gerechtigkeitsdimensionen muss Umweltpolitik heute – zukünftig, lokal – global berücksichtigen? Wie kommt man zu einer gerechten Verteilung der Lasten von umweltpolitischen Maßnahmen? Wie wird sichergestellt, dass durch eine stark auf Zukunft und nachfolgende Generationen ausgerichtete Umweltpolitik die hier und heute benachteiligten Gruppen nicht noch mehr Nachteile erleiden, sondern am besten ebenfalls davon profitieren? Wie wirken sich die umweltpolitischen Maßnahmen positiv auf die individuelle Lebensqualität für verschiedene soziale Gruppen aus? Wie kann verhindert werden, dass durch Umweltpolitik neue Ungerechtigkeiten entstehen und, wenn möglich, bestehende Ungerechtigkeiten verringert werden?

Beim Fachgespräch soll diskutiert werden, wie Umweltpolitik bereits mit diesen und weiteren Fragen rund um die Gerechtigkeit umgeht, welche Herausforderungen und Chancen für die Umweltpolitik mit diesen Fragen verknüpft sind und was dies für die konkrete praktische umweltpolitische Arbeit bedeutet.

Diese Fragen rund um das Thema Umwelt und Gerechtigkeit beschäftigen den Soziologen Dr. Michael Wehrspaun seit langem. Als Mitarbeiter des Umweltbundesamtes hat er sie mit großem Engagement vorangetrieben.

Ende Oktober verabschieden wir Dr. Michael Wehrspaun in den verdienten Ruhestand von der Erwerbsarbeit. Mit der Veranstaltung wollen wir ihm für seine wichtigen Überlegungen und Leistungen danken, die er uns hinterlässt, und seinen Aufbruch in die Soziologie jenseits der „Behördenlogik“ feiern.

Dazu laden wir Sie recht herzlich ein zu einer Podiumsdiskussion ein, bei der Prof. Dr. Michael Opielka, Dr. Hermann Ott und Prof. Dr. Konrad Ott mit ihm über seine Überlegungen und Thesen diskutieren werden. Wir verbinden damit den Wunsch, dass er sich weiter aktiv an der Diskussion um eine Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik beteiligt und die Begründung der ökologischen Gerechtigkeit als Kulturmodell weiter vorantreibt.

Die Podiumsdiskussion findet um 18.30 Uhr im Anschluss an das Fachgespräch statt mit einem kleinen festlichen Rahmenprogramm und Empfang statt.

Zum Fachgespräch und zum Empfang sind Sie herzlich eingeladen. Beide Veranstaltungsteile können auch getrennt besucht werden.

Bitte melden Sie sich **bis 1.10.14** bei Frau Dr. Schack (Korinna.Schack@bmub.bund.de) und Frau Prof. Schäfer (schaefer@ztg.tu-berlin.de) an mit dem Hinweis, an welchen Programmteilen Sie teilnehmen werden.

Ablauf des Fachgesprächs

Wann	Was	Wer
13.15 -14.00	Anmeldung, Mittagsimbiss	
14.00-14.15	Begrüßung durch BMUB und Auftragnehmer Vorstellung der Intention des Projekts und des Fachgesprächs	BMUB, ZTG/IÖW
Block I: Diskussion der Herausforderungen für die Umweltpolitik im Hinblick auf Gerechtigkeit		
14.15-14.35	Sozial-ökologische Transformationspolitik vor dem Hintergrund sozialer Ungleichheiten	Prof. Dr. Anke Hassel Hertie School of Governance
14.35-14.55	Herausforderungen bei der Berücksichtigung von Gerechtigkeitsforderungen in der Natur- schutzpolitik	Dr. Uta Eser, Hoch- schule für Wirtschaft und Umwelt Nürtigen- Geißlingen
14.55-15.15	Blick aus der politischen Praxis	Dr. Michael Wehrs- pau, UBA
15.15-16.00	Diskussion der Gerechtigkeits- Herausforderungen	Moderation: ZTG o. IÖW
16.00-16.15	Kaffeepause	
Block II: Blick auf die Praxis der Umweltverwaltung		
16.15-16.35	Bedeutung von Gerechtigkeitsaspekten bei einzelnen umweltpolitischen Themen (Beispiele)	IÖW/ZTG
16.35-16.55	Kommentare aus den Umweltverwaltungen	BMUB, UBA oder BFN
16.55-17.30	Diskussion: Identifikation von Möglichkeiten zum Umgang mit der Herausforderung in der Praxis des BMUB, UBA und BfN	Moderation: ZTG
17.30-17.40	Ausblick	ZTG/IÖW
17.40	Überleitung zur Festveranstaltung	BMUB

Wegbeschreibung:

Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Krausenstraße 17-20
10117 Berlin

U-Bahn-Linien: U2, U6: Bahnhof Stadtmitte

Bus-Linien: M48, 265: Jerusalemer Straße

Vom Bahnhof Zoo: U-Bahn-Linie U2 (Richtung: Pankow) bis: U Stadtmitte

Vom Hauptbahnhof: S-Bahn-Linien S3, S5, S7, S75 (über Alexanderplatz) bis: S Friedrichstraße.
Dort umsteigen in U-Bahn-Linie U6 (Richtung: Alt-Mariendorf) bis: U Stadtmitte

Vom Ostbahnhof: S-Bahn-Linien S3, S5, S7, S75 (über Alexanderplatz) bis: S Friedrichstraße.
Dort umsteigen in U-Bahn-Linie U6 (Richtung: Alt-Mariendorf) bis: U Stadtmitte

<http://www.bmub.bund.de/bmub/anschriften/anfahrtsbeschreibung-zum-dienstszitz-berlin/>